DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
E-MAIL: contraste@online.de

293 26. JAHRGANG Februar 2009 4,50 €

AUS DEM INHALT:

ELEMENTE SOLIDARISCHER ÖKONOMIEN

Betriebliche Selbstverwaltung

Solidarische Ökonomien haben viele Gesichter, zum Beispiel: solidarische Handelsbeziehungen zwischen verschiedenen Ländern, Fair Trade zwischen KonsumentInnen und ProduzentInnen, genossenschaftliche Produktion und Kooperation, oder staatliche Unternehmen unter demokratischer Kontrolle. Solidarische Ökonomie findet überall dort statt, wo nicht der Profit, sondern der konkrete Nutzen für die Beteiligten ausschlaggebend dafür ist, was produziert wird, wie dies geschieht, und wie die Güter und Leistungen miteinander ausgetauscht werden.

Die GründerInnen von Wagner & Co Solartechnik vor ihrer ersten Betriebsstätte, 1979 und 2004 (s. Seite 8) im neuen Betriebsgebäude Foto: Wagner & Co

Elisabeth Voß, Redaktion Berlin ● Dies ist in selbstverwalteten Betrieben meistens der Fall. Dabei unterscheiden sich die Erfahrungen zum Beispiel mit Rechtsform, Eigentum, Entscheidungsfindung, Ein- und Ausstieg und wirtschaftlicher Tragfähigkeit je nach historischer Situation und konkreten Rahmenbedingungen. Mit diesen Erfahrungen verändern sich die Betriebe und ihre Selbstverwaltung im Laufe der Zeit.

Hierzulande stand seit den 1970er Jahren der Wunsch nach selbst bestimmten Arbeiten im Vordergrund. Es wurden nützliche Produkte hergestellt und Leistungen erbracht, die im gesamten Herstellungsprozess weder anderen Menschen, noch der Umwelt schaden, und dabei in der Zusammenarbeit die eigene Kreativität entfalten. Die Betriebe *Oktoberdruck*, *Wagner und Co.* und der *Fahrradladen Mehringhof* stammen aus dieser Zeit.

Dort hat sich der hohe Anspruch des Beginnens, dass alle gleichmäßig am Eigentum und Ertrag beteiligt sein und gleiche Verantwortung tragen sollten, über die Jahrzehnte den unterschiedlichen Wünschen der Beteiligten entsprechend ausdifferenziert. Geblieben ist der Versuch, die tägliche Zusammenarbeit und die Entscheidungsprozesse darüber so gleichberechtigt wie irgend möglich zu gestalten. Der teilweise Abschied von den Vorstellungen, wie ein richtiges Kollektiv organisiert zu sein hätte, mag bedauerlich sein, schafft aber unterschiedliche Beteiligungsmöglichkeiten und Zugänge für ganz verschiedene Menschen, und baut damit Brücken aus der Selbstverwaltungsszene in die Gesellschaft hinein.

Ganz andere Entstehungsgeschichten haben besetzte Betriebe, in denen die Selbstverwaltung zum Erhalt der Arbeitsplätze erkämpft wurde, wie in den 1970er Jahren die Uhrenfabrik *Lip* in Frankreich oder seit sieben Jahren *Zanon* in Argentinien. Eingebettet in soziale Bewegungen und mit großer Unterstützung eines solidarischen Umfeldes stand und steht hier die Existenzsicherung im Vordergrund, ebenso wie bei den Kämpfen der Landlosen in Brasilien. Diese Existenzsicherung ist gleichzeitig auch politische Aktion. Dabei möchten die KollegInnen von *Zanon* zwar die betriebliche Selbstverwaltung der ArbeiterInnen aufrecht erhalten, fordern aber vom Staat, dass er ihren Betrieb übernimmt.

Die ArbeiterInnen des selbstverwalteten serbischen Medikamentenherstellers *Jugoremedija* (Seite 11) haben mit dem bisherigen Umgang des Anteilseigners Staat durchgängig schlechte Erfahrungen gemacht. Nun fühlen sie sich davon bedroht, dass der Staat seine 42% am Unternehmen meistbietend verkaufen könnte. *Jugoremedija* wird sich in Wien auf dem Kongress Solidarische Ökonomie vorstellen, ebenso wie das *Internetcafé Planet13* aus Basel, das von Armutsbetroffenen ehrenamtlich betrieben wird. Dort bieten sie kostenlose Zugänge für Arme und Ausgegrenzte zu den neuen Medien, ihren Informationen und Kommunikationsmöglichkeiten.

In Berlin stellen sich gerade im Rahmen des Kunstprojekts *Le Grand Magasin* mehrere europäische Produktivgenossenschaften vor. An ihnen wird deutlich, wie unterschiedlich diese Unternehmensform ausgestaltet werden kann, je nach Rahmenbedingungen und Ansprüchen der Beteiligten.

Selbstverwaltete Betriebe, die am Markt tätig sind, müssen einen Weg finden zwischen ökonomischen Notwendigkeiten und betriebswirtschaftlichem Erfolgsdruck einerseits und den Wünschen und Ansprüchen an selbstorganisierte Strukturen und politische Entscheidungen andererseits. Die basisdemokratische Ausgestaltung dieser Spielräume ist ihre besondere Qualität. Diese ist gleichzeitig Ausdruck und Motor der Entwicklung gesellschaftlichen Bewusstseins, das weit über den einzelnen Betrieb hinaus weist.●

Schwerpunktthema Seite 7 bis 10

SCHWERPUNKTTHEMA

35 Jahre Oktoberdruck Berlin
Kollektiv und Selbstverwaltung Seite 7

Fahrradladen Mehringhof
Kollektive Strukturen in flachen Hierarchien Seite 7

30 Jahre Wagner & Co Solartechnik
Der selbstverwaltete Betrieb
– Baustein für eine solidarische Ökonomie? Seite 8

Fliesenfabrik Zanon/Argentinien
Die Fabrik gehört allen! Seite 9

Ausstellung »Le Grand Magasin«
Zwitterdinger Seite 9

Internetcafé Planet13, Basel Seite 10

Erkämpfte Selbstverwaltung
LIP und die brasilianische Landlosenbewegung Seite 10

SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

Vom 20. bis 22. Februar 2009 findet in Wien der Kongress »Solidarische Ökonomie« statt. Aus diesem Grund gibt es in dieser Ausgabe neben unserem Schwerpunktthema »Betriebliche Selbstverwaltung« einen weiteren Themenschwerpunkt »Solidarische Ökonomie« mit Beiträgen, die uns die Organisationsgruppe des Wiener Kongresses zu Verfügung gestellt hat. Den Anfang macht der Beitrag »Auf zur Commune von Wien« von Markus Schallhaas auf dieser Seite. Dieser beschreibt die Vielzahl der Treffen bei verschiedenen österreichischen Projekten, die notwendig waren, um diesen Kongress zu ermöglichen.

Arno Uhl wirft einen Blick auf Ansätze praktischer Selbstorganisation in der solidarischen Ökonomie in seinem Beitrag »Reflexionen über den Stand sozialer Kämpfe und Selbstorganisation zwischen Verzweiflung und Zuversicht in Österreich« auf Seite 3.

Das Konzept und die Praxis der christlich orientierten Wiener Gemeinschaft B.R.O.T. stellt B.R.O.T.-Mitglied Helmuth Schattovits auf Seite 4 vor.

Das Projekt »Wiesenhoisl« in der Steiermark versteht sich als Kollektiv im ländlichen Raum, das im Rahmen subsistenzorientierter Landwirtschaft hierarchiefreies Zusammenleben, Wirtschaften und politisches Arbeiten in die Praxis umzusetzen versucht.

»Jugoremedija« ist die letzte selbstverwaltete Fabrik in Serbien, die von den Privatisierungsplänen des Staates bedroht ist. Ivan Zlatic stellt in seinem Beitrag »Kampf für eine selbstverwaltete Fabrik« den serbischen Medikamentenhersteller vor. Seite 11

Der Themenschwerpunkt »Betriebliche Selbstverwaltung« wird in unserer Aprilausgabe fortgesetzt werden und für den Mai 2009 ist die Berichterstattung zum Wiener Kongress in Planung. Hier noch ein aktueller Terminhinweis: Am 4. und 5. April wird an der Universität Basel ein Selbstverwaltungs-Kongress stattfinden. Mehr dazu in unserer nächsten Ausgabe.

HAUSRETTUNG

Im dritten Teil unserer Artikelserie in Sachen Hausrettung beschreibt Konrad Kantstein unter dem Titel »Wir haben von allem genug« den Weg in die Reparatur-Gesellschaft. Seite 6

RECHTSPOPULISMUS

Die ideele Grundhaltung in allen europäischen Ländern ist deutlich intoleranter geworden. Der Erfolg rechter Parteien lässt befürchten, dass die Dämme gegen rechte Politik endgültig zusammenbrechen werden, falls ungünstige Umstände (Arbeitslosigkeit, Wirtschaftskrise etc.) zunehmen. Ein Siegeszug rechtsextremer und rechtspopulistischer Politik scheint vorprogrammiert zu sein – ein »Faschismus light« ist eine europaweit möglich gewordene Option und kann – muss aber nicht – gesellschaftliche Realität werden. »Altes Gespenst in neuen Kleidern« von Roman Schweidlenka auf Seite 12.

www.contraste.org

D 8008

Hier ist Platz für Anzeigen

von Projekten, Betrieben, Verlagen etc.

Format:
36 x 90 mm
Preis:
108 EUR Netto
Kontakt:
contraste@online.de

KONGRESS »SOLIDARISCHE ÖKONOMIE« IN WIEN VOM 20. BIS 22. FEBRUAR 2009

Auf zur Commune von Wien

Vom 20. bis 22. Februar findet der Kongress »Solidarische Ökonomie« in Wien statt. Dieser knüpft an den Ende 2006 in Berlin erfolgreich durchgeführten Kongress zur Frage »Wie Wollen Wir Wirtschaften« an. Das bisher angekündigte Programm ist sehr umfangreich, deshalb verzichten wir hier auf eine Vorstellung und verweisen stattdessen auf www.solidarische-oekonomie.at. Viele Treffen waren notwendig, um den Kongress vorzubereiten. Markus Schallhas aus Wien stellt nachfolgend die dem Kongress vorangegangenen Stationen vor:

Als Reiseführer für Wien, mit ein wenig Poststrukturalismus, sowie aus der Perspektive eines Teilnehmers. Eine Auswahl von Orten und Ereignissen.

24. bis 26.11. 2006, Charlottenburg, Technische Universität Berlin. Einige Menschen aus Österreich treffen sich mehr oder weniger zufällig am Kongress. Wir stellen fest, dass wir uns eigentlich auch zu Hause sehen könnten.

21.1.2007, Amerlinghaus, das erste Treffen! Fünf Leute kommen. Drei von ihnen werden bis zum Ende aktiv dabei sein. Wir besprechen die ersten Prinzipien. Repräsentation soll im Unterschied zu Berlin möglichst vermieden werden. Das Amerlinghaus wurde 1975 besetzt und hat eine lange Geschichte solidarischer Ökonomie. www.amerlinghaus.at

25.5.2007, Silberwirt. Hier herrscht Konsumzwang. JedeR nimmt Kontakt mit ein paar Leuten auf. Die E-mail Liste [Sol-Kong] wurde gestartet. Viele inhaltliche Hinweise und organisatorische Diskussionen erweitern ab jetzt laufend unseren Horizont.

7.7.2007, Wien. In der Vorbereitung auf die Auftaktveranstaltung bestehen wir unsere erste Bewährungsprobe. Die Einladung von internationalen ReferentInnen wird zur Schlüsselfrage unterschiedlicher Kulturen der Selbstorganisation.

19.10. 2007, Depot. Das Diskussionszentrum führt viele Szenen zusammen. Dagmar, Arno, Utta und Karl sprechen mit etwa 50 Menschen. Ein Newsletter hält ab jetzt alle Interessierten auf dem Laufenden. Wir beginnen bei dieser und anderen Veranstaltungen e-mail Listen herumzureichen. www.depot.or.at

20.10.2007, Katholische Sozialakademie. Eine große Runde trifft sich am Folgetag zur vertieften Diskussion. Zu Mittag geht es in den »Deewan«, einem Lokal nach dem Prinzip »Pay as you wish«. Das pakistanische Essen schmeckt ausgezeichnet. www.deewan.at, www.ksoe.at

5.12.2007, I:da, Idee direkte Aktion. Gleich neben dem Westbahnhof freie Preise, Getränke, Treffen, Filme, Volksküche. Eine kleine Gruppe arbeitet den Aufruf zur Mitgestaltung weiter aus. Es kommt zu Aggressionen, die in einem offenen Kreis nicht einfach verdrängt werden können. http://ideedirekteaktion.at

19.1.2008, Sargfabrik. Ein Wohnprojekt mit Hallenbad, Konzertsaal und Lokal. Viele wichtige Fragen werden ausgearbeitet. Sollen Vorbereitungsprozess und Kongress nach den gleichen Prinzipien funktionieren? www.sargfabrik.at

16.2.2008, Kindercafé Lolligo. Hier gibt es Literatur nicht für eine andere Pädagogik, sondern gegen Pädagogik. Wir beschließen, dass alle Beitragenden gleich behandelt werden sollen. Statt zentralen RednerInnen wird es Plena und Foren geben. Ein Solidaritätsfonds für Reisekosten wird eingerichtet. www.lolligo.net

1.3.2008, Le Kri, zu Gast bei einer kollektiven Beratungs- und Therapiepraxis. Der Ort Universität für Bodenkultur ist fix! Ein Finanz- und ein Zeitplan werden ausgearbeitet. Neben den Plenar- und Fixräumen soll es auch Spontan- und Prozessräume geben. www.le-kri.at

12.-13.4.2008, Pitten, Niederösterreich, Frühling. Wir haben nichts vor, außer uns kennenzulernen und zu diskutieren. Das Buch »Revolutionierung des Alltags« von Heide Hammer (2007) macht die Runde. Das Motiv des Rhizoms wird später zum Logo.

24.4. 2008, Die Kärntner AktivistInnen veranstalten eine Tagung zu Solidarischer Ökonomie.

28.4.2008, Die KSÖ präsentiert das Dossier »Solidarische Ökonomie«. Aus dem offenen Terminkalender der Homepage wird ein »unsichtbarer Kongress«.

5.4.2008, Uoqbon. Ein Freiraum mit Küche, Wohnzimmer und kleiner Bühne. Die Suche nach SponsorInnen geht weiter. http://uoqbon.obda.net

Fortsetzung auf Seite 3

TICKER REPRESSION & RECHTSFÄLLE

Harte Strafen für Ungdomshuset-AktivistInnen
Nach viermonatigen Gerichtsverhandlungen wurde am 22.12.2008 das Urteil für die dänischen AktivistInnen im Ungdomshuset-Prozess gefällt. Insgesamt sind 15 AktivistInnen schuldig gesprochen worden, Angriffe gegen die Polizei vorbereitet zu haben und wurden zu 1 bis 1,3 Jahren Haft ohne Bewährung verurteilt. Nur einer kam mit 9 Monaten Gefängnis davon, da die Person zum Räumungszeitpunkt noch nicht volljährig war. Genauer:
http://de.indymedia.org/2008/12/237215.shtml.

Totaler Kriegsdienstverweigerer verurteilt
In Gießen wurde am 18.12.2008 ein totaler Kriegsdienstverweigerer zu einer Haftstrafe von 4 Monaten verurteilt. Die Strafe wurde zur Bewährung ausgesetzt. In einer Prozesserklärung formuliert Solid Gießen: »Jonas stellte klar, dass jegliche, auch indirekte Unterstützung des Militärs zu Wettrüsten, Imperialismus und somit zum Leid vieler Menschen weltweit beitragen. ...« Richter Dittrich blieb nichts weiter zu sagen, als dass das Gesetz nun mal so sei. Unrühmlicher Höhepunkt der Verhandlung war der Rauswurf eines Prozessbeobachters. Nach Zwischenrufen wollte der Richter sogar den ganzen Saal (»von der hintersten Reihe her«) räumen lassen. Nachdem sich eine Prozessbeobachterin in ihren Rechten verletzt sah und sich raus tragen ließ, brach Dittrich die Räumung ab. Solid-Eklärung unter
http://de.indymedia.org/2008/12/236712.shtml.

mg-Verfahren in Berlin
Nach dem 16. Prozesstag (Bericht: http://de.indymedia.org/2008/12/236752.shtml) ging das Verfahren in die Weihnachtspause. Wieder dominierten Vernehmungen von Polizeibeamten, insbesondere zu Durchsuchungen, Observationen und der Verwertung längst bekannter Informationen.

Für den 13.12.2008 hatten linke Gruppen zu einem dezentralen Aktionstag aufgerufen. Anlass war der Prozess gegen drei Berliner Antimilitaristen, denen neben versuchter Brandstiftung die Mitgliedschaft in der militanten Gruppe (mg) vorgeworfen wird. Der Aktionstag sollte die Solidarität mit den Angeklagten ausdrücken und ein Zeichen gegen die zunehmende Repression gegen linke AktivistInnen setzen. In einigen Städten in der BRD und international fanden Demonstrationen, Veranstaltungen und Plakat- bzw. Transpiaktionen statt. Kritik am Aktionstag gab es, weil keine klare Position gegen Strafe und Knäste erkennbar wurde. Berichte:
http://de.indymedia.org/2008/12/236270.shtml.

Karlsruhe: Antifaschist verurteilt
In einer Gerichtsverhandlung vor dem Amtsgericht Karlsruhe-Durlach wurde am 11.12.08 ein 28-jähriger Antifaschist zu einer Geldstrafe von 120 Tagessätzen a 10 EUR verurteilt. Begleitet wurde der Prozess von einem massiven Polizeiaufgebot. Vorgeworfen wurde dem Aktivisten, uniformiert und vermummt an einer unangemeldeten, militanten Demonstration gegen eine Hitlergeburtstagsfeier in der Badenerstraße 34 (Karlsruhe-Durlach) im April 2008 teilgenommen zu haben.

Bei seiner Festnahme soll er laut Staatsanwaltschaft Widerstand geleistet und nach der Dienstwaffe eines Polizeibeamten gegriffen haben. Die Polizeizeugen mussten auf Nachfragen des Anwaltes eingestehen, den Angeklagten eigentlich nie vermummt gesehen zu haben und äußerten ganz offen, kurz vor dem Prozess ihre Aussagen noch einmal untereinander abgeglichen zu haben. Interessant war die Aussage des 2. Zeugen, er habe den Angeklagten nur kurz gesehen, als dieser von seinem Kollegen schon an die Wand gedrückt wurde und habe dann »mal eben« diesem im Vorbeilaufen Pfefferspray ins Gesicht gesprüht. Ausführlicher:
http://de.indymedia.org/2008/12/236244.shtml

Neuer Reader »Antirepression«
In der Projektwerkstatt Saasen ist ein neuer Reader zusammengestellt worden, der einen umfangreichen Überblick gibt über die Möglichkeiten eines kreativen und offensiven Umgang mit Polizei und Gerichten. Dabei werden wertvolle Rechtstipps vermittelt, aber auch Aktionsideen aufgezeigt. Denn: Sich schützen und sich wehren gehören zusammen – so jedenfalls die Idee der kreativen Antirepression. Der Reader hat A4-Format und 68 Seiten. Er kostet 6 EUR bei www.aktionsversand.de.vu. Dort steht er auch zum Download bereit.

Gesammelte Fälle zur Polizei in Berlin
Auf Indymedia sind viele Beispielfälle für skandalöse Vorfälle in der Berliner Polizei gesammelt worden – von willkürlicher Gewalt bis rechter Gesinnung:
http://de.indymedia.org/2008/12/236071.shtml.

Aktionstage gegen Repression in Lüneburg
Vom 5.-9.12.2008 erlebte Lüneburg eine Vielzahl von Aktivitäten – aus Anlass der Vorbeugehaft gegen eine AtomkraftgegnerIn, eines Gerichtsprozesses, der Abschluss der Aktionstage wurde und der Kriminalisierung rund um den Castor. Das Ergebnis war bunt, subversiv, direkt und unberechenbar: Einige wirkungsvolle Fakes, viele bekletterte und behängte Bäume, ein eingestelltes Gerichtsverfahren, zwei Verhaftungen, viel Straßentheater und direkte Kommunikation sowie ein bisschen Sabotage. Den so bedrängten Ordnungshütern von Ämtern und Polizeiwachen blieb wenig anderes übrig als auf Abstand zu gehen – so soll es bleiben! Weniger erfreulich war, dass innerhalb von Antifa- und Rechtshilfezusammenhängen gegen die Aktionstage mobilisiert und sogar Plakate mit Aufrufen abgerissen wurden. Bericht:
http://de.indymedia.org/2008/12/235870.shtml.

Überfall auf Containerer in Bad Oldesloe
In der Nacht vom 8. auf den 9. Dezember kam es zu massiven Repressionen gegen Menschen, die in Oldesloe Supermarktcontainer nach Verwertbarem durchsuchten. In Pressemitteilungen verschwieg die Polizei, dass es sich bei angeblichem »Diebesgut« um Müll handelte, und dass von Seiten der Polizei brutale Gewalt gegen die zur Hilfe geeilten FreundInnen der festgenommenen Personen angewandt wurde. Im Gegenteil: Der gesamte Sachverhalt wurde so gedreht, als ob das Containern ein »Raubzug« (Zitat »Lübecker Nachrichten«) gewesen wäre und danach ein Angriff auf die Polizei stattgefunden hätte.

Wie den Berichten zu entnehmen ist (siehe http://de.indymedia.org/2008/12/235432.shtml), war das von der Polizei attackierte Geschehen mehr als harmlos. Als Reaktion gab es vor der Oldesloer Polizeizentrale Kreidemalereien auf dem Pflaster, die Umdekorierung der »Polizei«-Schilder und das kreative Verrücken schwerer Gegenstände in den Eingangsbereich der Wache. Die Polizei griff noch härter durch, übergab ein Kind dem Jugendamt (obwohl sogar der Vater selbst vor Ort erschien) und setzte Pfefferspray ein (Bericht:
http://de.indymedia.org/2008/12/235631.shtml).
Einige Tage später zogen Betroffene und UnterstützerInnen als Demo gegen Polizeigewalt durch die Stadt (http://de.indymedia.org/2008/12/235890.shtml).●

Jörg Bergstedt

AKTION 2009

Geburtstag im Oktober

Gleich zwei Jubiläen gibt es für CONTRASTE in diesem Jahr. Unsere 300. Ausgabe erscheint im September 2009 und im Oktober 2009 wird das Zeitungsprojekt 25 Jahre jung. Seit 25 Jahren berichten wir über Selbstverwaltung und Selbstorganisation und dieses Thema scheint gerade wieder Konjunktur zu bekommen, wie die beiden Kongresse zur Solidarischen Ökonomie im Februar und der Selbstverwaltungs-Kongress Anfang April in Basel zeigen. Im Oktober 2009 soll mit der Ausgabe Nr. 301 unsere Jubiläumsausgabe erscheinen, zu der wir uns viele Geburtstagsanzeigen von selbstverwalteten Projekten und Betrieben erhoffen (Anzeigenpreisliste unter www.contraste.org/mediadaten).

Redaktion Heidelberg ● Es wäre schön, wenn wir in diesem Jubiläumsjahr neben den benötigten Spenden, die wie immer verhindern sollen, dass das Projekt sich weiter verschuldet, durch die Anzeigenaktion auch einen Teil unserer Altschulden tilgen könnten. Erfreulich ist wiederum der Spendeneingang mit Stichtag vom 16. Januar 2009 in Höhe von 1.046 EUR. Damit benötigen wir für diese Jahr noch 2.901 EUR.

Nachfolgend die eingegangenen Spenden, für die wir uns herzlich bedanken:

- Hermann Benz, Villingen (25 EUR)
- Uwe Weppler, Frankfurt/Main (130 EUR)
- Stefan Groll, Fürth (100 EUR)
- Jörg Schwensen, Berlin (15 EUR)
- MiKa eG, Karlsruhe (500 EUR)
- N.N., Barsinghausen (20 EUR)
- Diethart Kerbs, Berlin (50 EUR)
- Reinhard Kellner, Regensburg (50 EUR)
- Annette Schlemm, Jena (50 EUR)
- Ravi Eggbauer, Wien (5 EUR)
- Stefan Otto, Jena (20 EUR)
- Norbert Scheer, Göttingen (25 EUR)
- Georg Knierim, Portugal (38 EUR)
- Nico Schindler, Mannheim (18 EUR)

Auch über die Umwandlung eines Normalabos auf eine Fördermitgliedschaft (100 EUR) haben wir uns sehr gefreut!

Unsere Abostatistik ist leider immer noch negativ. Es gab vier Kündigungen und vier Neuabos. Das Ziel unserer Abokampagne liegt weiterhin bei 151+ Abos.

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Bergstraße
BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

Adressänderungen

Nun noch etwas Wichtiges: In fast jeder Ausgabe weisen wir darauf hin, dass bei einem Umzug Zeitungen im Postzeitungsvertrieb trotz Nachsendeauftrag nicht nachgeschickt werden. Bisher sollte der/die Postbedienstete die Zeitung mit der neuen Anschrift an den Verlag zurückschicken. In der Regel hat dieses in der Vergangenheit fast nie funktioniert. Das hat wohl auch der Postzeitungsdienst eingesehen und daraus ein neues Dienstleistungspaket geschnürt, dass seit dem 1. August 2008 für richtig teures Geld für die Verlage zu haben ist. Wir denken, es geht auch ohne diese Dienstleistung und bitten Euch um Benachrichtigung bei einem Umzug an:
contraste@online.de!

TeilnehmerInnen am Lastschriftverfahren bitten wir bei der Änderung der Bankverbindung gleichfalls um eine Nachricht. Eine Einzugsermächtigung erspart uns die Portokosten und Arbeit für Aborechnungen, bei einer vergessenen Änderungsmeldung ist das so gesparte gleich wieder weg, denn die beteiligten Banken berechnen gerne bis zu 6,50 EUR Gebühren.

Wir hoffen weiterhin auf Eure Unterstützung! Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, KontoNr. 64076 (für Spenden bis 200 EUR ist der Einzahlungsbeleg für das Finanzamt ausreichend, bei höheren Beträgen versenden wir automatisch eine Spendenquittung). Kostenlose Überdrucke für die Werbung auf Treffen & Tagungen können bestellt werden unter contraste@online.de●

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2009

Das Zeitungsprojekt benötigt für 2009: 2.901 EUR

Das Ziel der Abokampagne: 151+ Neuabos

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/ Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

SUBVERSIVE KLANGWELTEN

Keine Macht für Niemand

Die Geschichte von TON STEINE SCHERBEN

»Ton Steine Scherben« (TTS) ist wohl mit Abstand eine der einflussreichsten Bands im deutschsprachigen Raum gewesen, zu deren Erben neben renommierten Größen des Pop-Business vor allem die deutschsprachige Punkszene zählt. Unzählige Musiker berufen sich auf die Band um den charismatischen Sänger Rio Reiser und benennen sie als einen wichtigen Einflussgeber für ihr eigenes Schaffen. Einher ging dabei aber auch eine Mystifizierung der Band und ihrer Mitglieder.

Kai Sichtermann, ehemaliger Bassist der Band, hat gemeinsam mit den ehemaligen Mitstreitern Jens Johler, und Christian Stahl versucht, die Geschichte jener Band nachzuzeichnen -und auch von manch einem Mythos zu befreien. Dabei ist ein sehr detailliertes und kontrastreiches Porträt der Band und ihres Umfeldes entstanden. Es ist mehr als lediglich die Geschichte einer Band – es kann als Porträt einer Epoche linker Geschichte gesehen werden. Dieses Buch erschien 2003 beim Verlag »Schwarzkopf & Schwarzkopf«. Neben seiner Vielschichtigkeit besticht das Buch auch durch ca. 90 Abbildungen.

Nun wurde das Buch auch bei »Fuego« als Hörbuch auf 5 CDs mit knapp 6 stündiger Spielzeit publiziert. Dabei fungieren Anke Colmorn und TSS-Mitglied Marius del Mestre als SprecherInnen. Leider verliert das Porträt jener Band in Form eines Hörbuchs weitgehendst an Charme. Trocken wird der Text vorgelesen – als handele es sich um ein stinknormales Kochbuch. Es gelingt leider nicht, die Stimmung wiederzugeben, die beim Lesen und Betrachten der Fotos aufkommt. Als Trostpflaster – und einziger vernünftiger Grund, das Hörbuch dem Buch vorzuziehen – fungieren 10 (bereits publizierte) Titel von »Ton Steine Scherben« und Rio Reisers Soloprojekt. Darunter finden sich u.a. die Klassiker »Macht kaputt was euch kaputt macht« und »Rauchhaus-Song« sowie »Träume«, der von Rio Reiser geschriebene und gesungene Titeltrack einer Tatort-Folge, die in jeder gut sortierten Plattensammlung zu finden sein sollten.

Insgesamt lässt sich zwar sagen, dass inhaltlich das Buch mit das Beste ist, was neben Rio Reisers Autobiographie »König von Deutschland« über die Scherben bislang publiziert wurde, aber dies nur in Buchform wirkt. Das Medium eines Hörbuches erscheint bezüglich der Kategorie einer erzählten Bandgeschichte vollkommen unangebracht – zumindestens in dieser vorliegenden Form.●

DJ Chaoz

Buch:
Schwarzkopf & Schwarzkopf 2003, 14,90 EUR, ISBN: 3-89602-468-X

Hörbuch:
Fuego / Missing Link E. G. 2008, 5 Audio-CDs, ISBN: 3932676130, Preis: 25 EUR

http://de.wikipedia.org/wiki/Rio_Reiser

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

- O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr. (mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
- O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
- O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

REFLEXIONEN ÜBER DEN STAND SOZIALER KÄMPFE UND SELBSTORGANISATION ZWISCHEN VERZWEIFLUNG UND ZUVERSICHT IN ÖSTERREICH

Enttäuscht die letzte Hoffnung! Und lasst euch räumen!

Ein Blick auf Ansätze praktischer Selbstorganisation in der solidarischen Ökonomie oder auf soziale Kämpfe in Europa ergibt ein erbärmliches Bild. Soziale Bewegungen sind klein, gesellschaftlich isoliert und machtlos (1). Sie schaffen es nicht einmal ansatzweise den zahlreichen Verschlechterungen der Lebensbedingungen etwas entgegenzusetzen. Die Veränderungen der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die in Begriffen wie »Neoliberalismus« oder »Postfordismus« (2) durchscheinen, verschärfen die Situation, weil die kapitalistische Akkumulation seit Jahrzehnten stockt und von Staat und Kapital nur mehr durch Umverteilung nach oben, Ausverkauf öffentlicher Dienste und fiktive Spekulationsgewinne aufrecht erhalten werden kann.

Von Amo Uhl, Wien ● Angesichts dieser Situation sind Selbstbetrug, krampfhafter Optimismus und falsche Hoffnungen zu bestimmenden Motiven der Linken geworden, sofern Resignation und Depression noch nicht alles gelähmt oder zerstört haben. Eine solche Reaktionsweise auf die scheinbar aussichtslose Situation ist zwar nachvollziehbar für Menschen, die ihre Kraft dafür einsetzen, die gesellschaftlichen Verhältnisse und damit die Lebensgrundlagen aller Menschen zu ändern, anstelle sich ausschließlich der eigenen Anpassung und dem Funktionieren nach gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten zu widmen. Mir sind diese Empfindungen auch nicht fremd, aber falscher Optimismus hilft niemandem. Diese führen dazu, dass sich die Gesellschaftskritik angesichts der schlechten Lage nicht schärft, Ursachen sucht und benennt, sondern sich in weiten Teilen auf die Position oberflächlicher Beobachtungen und moralischer Schuldzuweisungen zurückzieht. Selbstgeißelung des eigenen Konsums und Verteufelung böser Konzerne oder SpekulantInnen sind zwei Seiten der selben Medaille, die auch die kapitalistischen Rahmenbedingungen vergisst. Solange falsche Hoffnungen vorherrschen, liegt die größte Hoffnung darin, sie zu enttäuschen.

Notwendigkeit der Systemüberwindung

Die Perspektive sich kollektiv aus der strukturellen Eigendynamik des selbstverwertenden Wertes (3) und dem unbewussten Lauf der Gesellschaft zu befreien, um bewusst über das eigene Leben und die Organisation der Gesellschaft entscheiden zu können, liegt mangels einer sozialen Bewegung außerhalb einer erkennbaren Reichweite. Umso wichtiger wäre es, diese Perspektive in der Theorie zu bewahren, doch stattdessen geht sie immer weiter verloren. Es wird vergessen, dass selbst, wenn es wieder ein Mal gelänge, eine vernünftige Empfindung oder einen warmherzigen Gedanken durchzusetzen, diese immer im Widerspruch zum Konkurrenz getriebenen Kosten-Nutzen-Kalkül stehen würden. Auf kurz oder lang würden sie mit dem kapitalistischen Strom der Verwertung mitgerissen werden, so wie es derzeit mit den sozialstaatlichen Errungenschaften passiert. Sich mit dem Pathos zu begnügen, gegen den kapitalistischen Strom zu schwimmen, ist blanker Zynismus, da die Menschheit eigentlich in der Lage wäre, ganze Ströme umzulenken oder mit Staudämmen zu bändigen. Verbesserungen und Emanzipation bleiben illusionär, solange das warenproduzierende Patriarchat (4) in seiner Totalität nicht überwunden wird.

Radikale Kritik und die Perspektive der Systemüberwindung einzufordern, darf nicht bedeuten, sich auf reine Theoriebildung zurück zu ziehen und auf die Revolution zu warten. Eine qualitative Veränderung der Gesellschaftsform kann nur das Ergebnis eines langwierigen Transformationsprozesses sein – und in einem solchen verlaufen soziale Bewegungen immer in Zyklen. Es gibt Zeiten der versteckten, brodelnden Subversion und Zeiten des breiten Aufstandes. Welchen Umfang die Aufstände haben, welche organisatorischen Formen sie annehmen und welche Ideen und Träume ihre Ziele vorgeben, entscheidet sich auch in den Phasen, in denen fast nichts möglich scheint.

Theoretische Gedanken, wie die bisherigen, laufen Gefahr, das zu ersticken, was sie zu beleben versuchen. Denn keine Praxis wird entstehen, wenn wir uns und unser Begehren vergessen und uns nur an einem fernen, abstrakten Ziel orientieren. Der Ausgang jeder emanzipatorischen Praxis kann nur das Begehren sein, dass von dieser Gesellschaft unterdrückt wird und nach seiner unmittelbaren Erfüllung drängt. Dieses Begehren dürfen wir jedoch nicht verklären, denn es ist durch das waren- und herrschaftsförmige Spektakel (5) konstituiert und muss sich in einem Prozess des Aufbegehrens genauso radikal verändern, wie die Gesellschaft. In einem solchen selbstreflexiven Prozess eröffnet sich das Spannungsfeld zwischen systemimmanenten Forderungen, die auf die unmittelbare Erfüllung des Begehrens zielen, aber – wie oben bereits ausgeführt – langfristig immer scheitern, und der Möglichkeit das System zu überwinden. Jede soziale Praxis muss daher nicht nur nach ihrem unmittelbar Nutzen befragt werden, sondern auch, in wie fern sie geeignet ist, das warenproduzierende Patriarchat aufzuheben.

Schaffung von (Frei)räumen

In den Zeiten stiller Subversion ist der langfristige Aufbau von Strukturen wichtig. Mir geht es im weiteren vor allem um den dafür notwendigen Raum und um dessen Aneignung. Es gibt zwei Wege, um an Raum zu kommen, mit Geld oder ohne. Derzeit ist es sicher leichter, einen Raum zu mieten oder mit Kredit zu kaufen, als eine Besetzung zu halten. Der verzweifelte Pragmatismus verwirft daher solch aussichtslose Ansätze reflexartig. Das ist jedoch ein vorschneller Entschluss, weil es nicht bloß um Raum als Selbstzweck geht, sondern darum, was in einem Raum gemacht werden kann. Ob eine Miete bezahlt oder ein Kredit abgezahlt werden muss, beeinflusst die Nutzungsmöglichkeiten maßgeblich. Die Abhängigkeit vom Geld unterwirft Räume dem Druck einer kommerziellen Nutzung. Im Falle eines Veranstaltungsraumes wird die BesucherInnenzahl und der Alkoholisierungsgrad so zum Beispiel schnell wichtiger, als der Inhalt und Spaß bei der Veranstaltung. Kommerzialisierung von Raum ist aber kein bloßer äußerer Sachzwang. Sie verändert auch die involvierten Personen und das warenförmig gestörte Empfinden kennt früher oder später nur mehr Spaß in Form von BesucherInnenzahlen ohne selbst zu merken, dass von den alten Idealen nichts übrig geblieben ist.

Die geldlose Aneignung, sofern sie erfolgreich ist, reduziert hingegen den generellen Verwertungsdruck, der auf uns lastet, und weitet somit den Spielraum für nicht kommerzielle Wünsche und Umgangsformen aus. Es ist also doch nicht so einfach zu beurteilen, ob es pragmatischer ist, einen Raum zu mieten oder zu besetzen, wenn es nicht um ein simples Nutzungsrecht sondern um die Nutzungsmöglichkeiten geht. Feststeht, dass die langfristige Überwindung der Verhältnisse nur dadurch denkbar ist, dass alle warenförmig vermittelten Ressourcen aus dem Akkumulationsprozess des Kapitals herausgelöst und in eine neue tausch- und geldfreie Organisation eingebunden werden. Und wie sollte es dazu kommen, wenn kein Mensch damit beginnt und es versucht. Die wenigen Orte der Subversion, die so geschaffen werden können, werden die Epizentren zukünftigen Aufbegehrens sein.

Kurzer Überblick HausbesetzerInnen in Österreich

Nach einer totalen Flaute in den 90ern kommt es seit ungefähr 5 Jahren wieder vereinzelt zu Hausbesetzungen in fast allen Bundesländern. Entgegen der Erwartungshaltung, es gäbe keine Aussichten auf Erfolg, lassen sich durchaus kleinere Siege feststellen. In Folge der *Minattiballen*-Besetzung in Innsbruck wurde über Verhandlungen mit der Stadt das autonome Kulturzentrem *PMK* geschaffen. Der *Bomba Clab* in Klagenfurt, die alte *Arge* in Salzburg und der Wagenplatz in Wien konnten ihren besetzten Raum für einige Monate nutzen. In Wien wurde das *EKH*, das einzige besetzte Zentrum, verteidigt. Nachdem das Gebäude von der kommunistischen Partei an einen Neonazi verkauft wurde, kam es zu breitem Widerstand, der die Stadt Wien veranlasste, es zu kaufen. Durch zahlreiche Besetzungen und Aktionen gelang es der *Pankahyttn* ebenfalls ein Haus von der Stadt Wien zu erhalten. Dieses hat den offiziellen Status einer Wohneinrichtung für Obdachlose, was regelmäßig zu Konflikten mit dem umgesetzten Anspruch eines selbstverwalteten Zentrums führt. In Graz und Wien gibt es kleine aktive Gruppen, die seit Jahren kontinuierlich versuchen, sich ein selbstverwaltetes Sozialzentrum anzueignen.

Am Kongress in Wien zu Solidarischer Ökonomie werden Leute aus den meisten genannten Gruppen zusammenkommen und in einer offenen Diskussionsrunde über Erfahrungen, Gefahren und Möglichkeiten für die Zukunft diskutieren.●

Anmerkungen:

1) Macht nicht zu verwechseln mit Herrschaft, sondern verstanden als die Fähigkeit Leben und Gesellschaftlichkeit zu bestimmen. Mit Holloway lässt sich diese in Macht über das eigene Leben und in Macht über andere unterteilen. Die anonyme Macht gesellschaftlicher Dynamiken muss diesem Konzept noch dringend hinzugefügt werden. Im Zusammenhang mit emanzipatorischen Bewegungen kann es nur darum gehen Macht über das eigene Leben zu erlangen und den beiden anderen Formen entgegenzutreten.

2) Fordismus bezeichnet die Ära nach dem 2.WK, die sich durch maschinelle Massenproduktion, Massenkonsumation, Sozialstaat und ein hohes Wirtschaftswachstum auszeichnet. Der Postfordismus steht für das Ende dieser Ära durch Digitalisierung und Flexibilisierung der Arbeitswelt, bei gleichzeitiger Demontage des Sozialstaates.

3) Selbstverwertender Wert ist ein präziserer Begriff für Kapital. Die Ware ist die Grundkategorie des Kapitalismus. Sie besitzt neben dem Gebrauchswert einen Tauschwert, der sich als Geld darstellt. Kapital ist Wert, der in einen Produktionsprozess investiert wird um am Ende durch den Einsatz von Arbeit mehr Wert zu schaffen.

4) Der Begriff des »warenproduzierenden Patriarchat« von Roswitha Scholz ist wichtig, da er darauf verweist, dass das Wertgesetz nicht den gesamten Tiefencharakter dieser Gesellschaft ausmacht, sondern lediglich die männlich konnotierte Sphäre von Öffentlichkeit, Politik und Produktion. Mit dieser verbunden ist die weiblich konnotierte Sphäre von Privatheit und Reproduktion.

5) Das »Spektakel« ist ein von Guy Debord geprägter Begriff und bezeichnet die Ausweitung der kapitalistischen Vergesellschaftung auf die Konsumption durch die Produktion von Bildern. Die Menschen, bereits von der direkten Gestaltung ihres Lebenszusammenhangs abgeschnitten, werden nun auch noch vom direkten Erleben getrennt, indem sie die Welt nur mehr passiv durch die spektakulären Bilder konsumieren können.

FORTSETZUNG VON SEITE 1

19.4.2008, Kulturzentrum Siebenstern. Das Lokal der KPÖ. Wir gründen einen Verein. www.7stern.net

19.5.2008, Städtische Bücherei. Einer der wenigen öffentlichen Dienste, die eine Ahnung bestehen lassen, was deren Sozialisierung bedeuten könnte. Buchpräsentation des Kongressbandes!

28.7.2008, Das Vekks. Hier ist der Kostnixladen. Wir versäumen nicht uns für das Treffen neu einzukleiden. Folder und Plakat gefallen und warten auf breite Verteilung. Dass Rhizom sieht aber angeblich eher wie ein Baum aus. Im Freiraum Vekks wird regelmäßig das kulturelle und künstlerische Spektrum erweitert. www.umsonstladen.at

26.9.2008, EKH. Die frühere Wielandschule der KPÖ ist seit 1990 besetzt. Wegen einer Kundgebung der FPÖ in unmittelbarer Nähe treffen wir uns in einem Chinarestaurant.
http://med-user.net/~ekh

17.10.2008, Grüne Bildungswerkstatt. Ein schöner großer Tisch, freundlicher Empfang und ein riesiges Bad. Die Homepage ist voll funktionstüchtig und partizipativ gestaltet. www.gbw-wien.at

20.10.2008, ab jetzt gibt es jeden Monat ein Jour Fix zum persönlichen und inhaltlichen Austausch.

7.11.2008, Tüwi, ein selbstverwaltetes Lokal direkt neben dem kommenden Kongress. Wir legen am Boden die Pläne der ersten 40 Beiträge aus. In einigen Wochen werden es über 100 sein.
www.tuewi.action.at

14.11.2008, Attac Büro. Ein freundlicher verwinkelter Ort, neben einer nicht enden wollenden Zahl von Gewerkschaftsbüros. Wir fixieren die Einladungen für Übersee. Eine Person wird für die Organisation angestellt. www.attac.at

5.12.2008, Die Auge, das Büro der Alternativen und Unabhängigen GewerkschafterInnen. Eine großzügige Jause lässt uns bis spät in die Nacht aushalten. www.auge.or.at

20.12.2008, Groß-WG, Präsentation des neuesten Plan für den Folder. Es wird ein komplexes Gebilde aus Falten, das Poster, Flyer und Kurzprogramm gleichzeitig ist, Innen und Außen. Deleuze setzt sich abermals durch, (orig. 1988, Suhrkamp 2000), »Die Falte«.

7.1.2008, Kaleidoskop. Ein offener Kulturraum des vielfältigen Netzwerks KuKuMA. Beim nächsten Treffen stehen spannende Themen an. Können die Beiträge optimal konkreten Zeiten und Orten zugeteilt werden? http://kukuma.info

Die Struktur der entstandenen Dynamik ist unklar. Vielleicht sind wir auch so etwas wie ein Schwarm oder eine »Meute«. Nach Deleuze und F. Guattari (orig. 1980, Merve 1992), »Tausend Plateaus«, sollte das die Chancen für die Entfaltung der größtmöglichen Produktivität jedenfalls erhöhen. Der Fluss ist aus dem Fließen entstanden. Die Maschinen, die wir sind, überhäufen sich. Auf zur Commune von Wien.●

Anmeldungen & Programmstruktur:
www.solidarische-oekonomie.at

PRÄMIE FÜR NEUE ABOS !

Für jedes neu geworbene Jahresabonnement gibt es eine CD-ROM als Prämie:

CONTRASTE-Archiv-CD 2008 mit dem »Reader der AlternativMedien«. Inhalt: Die CONTRASTE-Jahrgänge 2005-2007 im Originallayout als pdf, der Jahrgang 1984 mit text-pdf. Zusätzlich: Alle uns bekannten linken und alternativen Zeitschriften der BRD und Schweiz mit Beschreibungen in zwei Datenbanken.

Ich bin bereits JahresabonnentIn oder Fördermitglied und habe untenstehende/n neue/n LeserIn geworben. Bitte schickt mir die nebenstehend angekreuzte Prämie zu.

Meine Anschrift:

Vor- und Nachname

Straße

PLZ, Wohnort

Abonnement

Ich abonniere CONTRASTE für 1 Jahr zu untenstehenden Bedingungen gegen Rechnung. Jahresabo Inland 45 EUR / Ausland 51 EUR (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens 3 Wochen vor Ablauf gekündigt wird.

Vor- und Nachname

Straße

PLZ, Wohnort

Datum, 1. Unterschrift

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen** widerrufen werden
Zu Kenntnis genommen:

Datum, 2. Unterschrift

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

KONZEPT UND PRAXIS DER GEMEINSCHAFT B.R.O.T.

Netzwerke der Kommunikation und Kooperation

»Wenn einer alleine träumt, bleibt es nur ein Traum. Wenn viele gemeinsam träumen, ist das der Beginn einer neuen Wirklichkeit. Träumen wir unseren Traum.« (nach Dom Helder Camara)

Von Helmuth Schattovits ● Das Konzept und die Praxis der Gemeinschaft B.R.O.T. (Beten-Reden-Offensein-Teilen) stellt den Versuch dar, eine praktikable, zukunftsorientierte Antwort auf die Herausforderung der gesellschaftlichen Entwicklung zu geben. Dabei werden auf Basis von Solidarität und Selbstorganisation Netzwerke der Kommunikation und Kooperation in der alltäglichen Lebensführung in gemeinschaftlich errichteten Wohnheimen partizipativ und prozesshaft aufgebaut.

In den Wohnheimen der Gemeinschaft B.R.O.T. wohnen Menschen unterschiedlicher Altersstufen, geistiger, kultureller und körperlicher Verfassung sowie Familien und Einzelpersonen auf Dauer und auf Zeit. Diese soziale Innovation sollte auch Auswirkungen auf die gesellschaftliche Entwicklung haben.

Die konkrete Projektidee ist als Ergebnis sozioökonomischer Forschung und mehreren Symposien in den 70er Jahren entstanden. Die Umsetzung wurde durch das Forschungsprojekt »Integratives Wohnen als soziales Dienstangebot und – Umsetzung einer sozialen Innovation« vorbereitet (Beginn 1983). (1) Dieses war für den Start der praktischen Umsetzung

Grundstein im B.R.O.T.-Hernals Haus

von entscheidender Bedeutung. Der Verwirklichung entgegen gekommen ist die Bereitschaft der r. k. Pfarre Hernals, ein Grundstück in Wien 17. Geblergasse 78, im Baurecht gegen einen Baurechtszins zur Verfügung zu stellen.

Die InteressentInnensuche wurde im November 1985 mittels Flugblättern, Inseraten und Weitersagen gestartet. Aus den interessierten Personen hat sich auf Basis der bis dahin von ihnen erarbeiteten Statuten ein Proponentenkomitee gebildet (Juni 1986). Die Besiedlung des B.R.O.T.-Hauses erfolgte in der ersten Hälfte 1990.

Mit den 25 erwachsenen Mitgliedern wohnen 22 Kinder zwischen 2 und 22 Jahren im gemeinsamen Haushalt mit den Eltern. Die aktuell 6 Gästewohnungen dienen als Übergangswohnungen für Menschen, die aus einer schwierigen Lebenssituation kommend, in ein eigenständiges Leben finden wollen. Seit 1990 haben 80 Personen – davon 27 Kinder – unterschiedlich lang im B.R.O.T.-Haus gewohnt. Als sich 1992 die erste große Flüchtlingswelle aus dem Kriegsgebiet im ehemaligen Jugoslawien in Bewegung setzte, konnten 17 Bosnier aufgenommen und begleitet werden.

Alle im Haus Wohnenden müssen den kostendeckenden Nutzungsbeitrag für die Wohnung bezahlen. Jene, die das nicht können, werden aus dem Solidaritätsfonds unterstützt. Dieser Fonds wird durch Selbstbesteuerung der Mitglieder der Gemeinschaft und auch durch Spenden von außen genährt – Verwandte, Freunde, Nachbarn etc. – bis jetzt insgesamt rd. 270.000 EUR. Damit konnten z. B. die Flüchtlinge aus Bosnien mit rund 75.000 EUR unterstützt werden.

Beim Wohnheim Geblergasse 78 handelt es sich auch architektonisch um eine Innovation. Es wurde die Säulenbauweise gewählt, um Flexibilität auch bezüglich der Wohnungsgrundrisse zu erleichtern. Tatsächlich wurden bereits in fünf Fällen die Wohnungsgrößen geändert. (2)

Die bisherige Entwicklung kann als Prozess des Gelingens, Dahinwurstelns, Misslingens und Ertragens bezeichnet werden. Insgesamt dürften die Erwartung weitgehend erfüllt worden sein. Im folgenden sollen exemplarisch Erfahrungen qualitativ herausgegriffen werden:

Wichtig für die positive Entwicklung ist eine gemeinsame, von allen grundsätzlich anerkannte Basis. In der Gemeinschaft Hernals ist es der Glaube an Gott, vornehmlich aus einer christlichen Spiritualität.

B.R.O.T. definiert bewusst keinen Punkt als Verhaltensnorm zwischen Polen wie z. B. Individualität und Verbindlichkeit, sondern lässt Bandbreiten zu. Diese sind für die einzelnen Mitglieder zumindest zeitweilig und teilweise unterschiedlich groß. Dieses Offensein ist bisher jedem Mitglied und der Gemeinschaft zugute gekommen. Generell haben sich die Freundeskreise der Kinder erweitert. Die mögliche Enge der klein gewordenen Kernfamilie kann überwunden werden. Die Unterstützung beispielsweise durch gegenseitige Kinderbetreuung (Babysitten) entlastet. Auch wenn nicht jede Einsamkeit überwunden werden kann, finden Kontakte zwischen den Mitgliedern und mit Gästen statt, die erleben lassen, dass keiner allein gelassen wird. Durch erfahrbares Wohlwollen entsteht auch ein Schonraum, der Freiheit fördert.

Für 90% der Gäste, die im Haus eingezogen sind, um aus der Betreuung den Schritt in das eigenständige Leben erproben zu können, hat sich die Brückenfunktion positiv eingestellt. Die Aufnahme und mehrere Jahre Betreuung und Integration von bosnischen Flüchtlingen wäre auf Basis von Einzelhaushalten und damit ohne die Gemeinschaft nicht möglich gewesen. Bisher ist lediglich ein Mitglied wegen Differenzen ausgeschieden, während mehrere sich um die Mitgliedschaft bewerben.

Die Erfahrungen in der Gemeinschaft B.R.O.T.-Hernals und die dort nicht erfüllbare Nachfrage nach gemeinschaftlichem Wohnen, haben diese veranlasst, die Gründung einer weiteren Gemeinschaft B.R.O.T. zu initiieren (2001). Diesem Wunsch entgegen gekommen ist, dass die Gesellschaft Jesu (SJ) für einen Teil des in ihrem Besitz befindlichen Grundstückes in Wien 23., Kalksburg, eine neue Nutzung gesucht hat. Ende 2005 fanden erste Kontakte statt. Es sollte nach dem Konzept Gemeinschaft B.R.O.T. ein Wohnheim im Baurecht gegen einen Bauzins errichtet werden. Im Januar 2006 fand ein Informationsabend für Interessierte statt, an dem 60 Personen teilgenommen haben. Im Juni 2006 hat sich auf Basis der erarbeiteten Statuten ein Proponentenkomitee des gemeinnützigen Vereins Gemeinschaft B.R.O.T.-Kalksburg konstituiert. Im Mai 2008 war Baubeginn. Die Besiedlung ist bis Oktober 2009 vorgesehen.

Das Wohnheim wird 57 Wohneinheiten umfassen, die sich auf 4 Objekte aufteilen. Eines, der ehemalige Patrestrakt samt Nebengebäuden, wird saniert und beherbergt die Mehrzahl der Gemeinschaftsräume. Die drei anderen Objekte sind Neubauten, zwei davon in Passivhausqualität.

Das Baurechtsareal umfasst rd. 10 ha. Es bietet die Möglichkeit von Selbstversorgung bei Gemüse und Obst sowie die Nutzung eines großen Waldparkes.

Nach Gründung dieser weiteren B.R.O.T.-Gemeinschaft wurde auch ein Dachverband konstituiert.●

Helmuth Schattovits ist Mitbegründer von Hernals und Kalksburg und Mitglied der Gemeinschaft B.R.O.T.-Hernals

1) Klar, S., Schattovits, H. (1988, 1993): Integratives Wohnen als soziales Dienstangebot und Umsetzung einer sozialen Innovation, Institut für Ehe und Familie, Wien

2) Das Architektenteam bestand aus Univ. Prof. Mag. Ottakor Uhl, Architekt Franz Kuzmich, Dipl. Ing. Martin Wurnig. Begleitet wurde das Projekt von der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft Altmannsdorf und Hetzendorf.

Gemeinschaft B.R.O.T.-Kalksburg

Anzeige

Ossietzky
Zweiwochenschrift für Politik / Kultur / Wirtschaft

Friedrich Wolff
Neujahrsgedanken
Otto Meyer
Wünsche von oben
Arno Klönne
Koch als Bewährungshelfer
Norman Paech
Krieg gegen die Eingeschlossenen

Zwölfter Jahrgang
10. Januar 2009
1
€ 2,50
sFr 5,50

Mit weiteren Texten von Dietrich Antelmann, Volker Bräutigam, Ralph Hartmann, Dietrich Kittner, Hans Krieger, Lothar Kusche, Thomas Kuczynski, Kurt Pätzold, Jürgen Rose, Dieter Schenk, Paul Schreyer, Jörg Wollenberg u.a.

Bestellung:
Probeabo 3 Hefte € 5,- (nicht als Geschenkabo oder ins Ausland)
Jahresabo / Geschenkabo
25 Hefte € 52,- (Ausland € 84,-),
Halbjahresabo / Geschenkabo
12 Hefte € 29,-
Jahresförderabo € 75,- oder € 104,-

Verlag Ossietzky
Weidendamm 30 B • 30167 Hannover
www.ossietzky.net
www.sopos.org/ossietzky
Fax 0511 - 21 55 126
ossietzky@interdruck.net

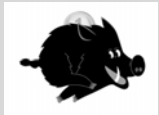
NETZWERK NEWS

Fördern – Vernetzen – Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V. als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds ist mit seiner Idee seit nunmehr 30 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt. Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen UnterstützerInnen und SpenderInnen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

»Bruderland ist abgebrannt«

Eine Ausstellung zur Geschichte der VertragsarbeiterInnen in der DDR



Über 90.000 VertragsarbeiterInnen halfen noch 1989 dabei, in der maroden DDR-Wirtschaft die Pläne zu erfüllen. Damit waren fast die Hälfte aller in der DDR lebenden AusländerInnen VertragsarbeiterInnen, die als billige Arbeitskräfte auf Zeit ins Land geholt wurden. Sie kamen aus Ungarn, Polen, Algerien, Kuba, Mosambik, China, Angola, Nordkorea und Vietnam. Es waren junge Menschen, die in ihrer Heimat weniger verdienten oder Krieg und zerstörter Wirtschaft zu entfliehen suchten. Obwohl sie in zwei und drei Schichten in den DDR-Betrieben produzierten, wollten sie mehr sein als nur Arbeitskräfte. Sie wollten auch leben, lieben und eigene Pläne verwirklichen, anders als von der DDR vorgesehen. Außerdem versuchte fast jede und jeder die Familie in der Heimat zu unterstützen. Eine Geschichte, die so ähnlich den GastarbeiterInnen im Westen geschah, und die hüben wie drüben noch nicht beendet ist.

Nach der Wende mussten viele gegen ihren Willen in ihre Heimatländer zurückkehren, einige Tausend aber konnten bleiben. Ihr »Bruderland« ging zweifach verloren, einmal, weil schon in der DDR-Realität wenig von der versprochenen Solidarität und Brüderlichkeit blieb und zum zweiten, weil mit dem Ende der DDR die Verträge beendet wurden, die ihre Arbeits- und Lebensgrundlagen definierten.

Eine Ausstellung, konzipiert vom Berliner Verein »Reistrommel e.V.«, zeigt nun zwanzig Jahre nach der Wende, die Ursachen für die Beschäftigung von VertragsarbeiterInnen in der DDR und ihre Situation in ihren Herkunftsländern auf, gibt einen Einblick in die allgemeinen Arbeits- und Lebensbedingungen und zeichnet in berührenden Einzelportraits von VertragsarbeiterInnen aus Mosambik, Kuba, Angola und Vietnam sowie Erinnerungen von Deutschen, die mit ihnen zu tun hatten, ganz individuelle Bilder über das »Arbeits«-Leben in einem fremden Land. Darüber hinaus informiert die Ausstellung zu den veränderten Lebensbedingungen nach der Wende, die von rassistischen Übergriffen und den Kampf um ein Bleiberecht geprägt waren. Und auch die hier nach der Wende geborenen Kinder der zweiten Generation kommen zu Wort.

Die Ausstellung ist vom 18. bis 28. Februar 2009 im »Haus der Kulturen der Welt« in Berlin-Tiergarten zu sehen. Ausgeliehen werden kann sie beim Verein »Reistrommel e.V.«, Tel. (0 30) 21 75 85 48, info@reistrommel-ev.de.●

Katja Grabert

NETZWERK
der politische Förderfonds

Netzwerk Selbsthilfe e.V., Gneisenaustr. 2a,
10961 Berlin
buero@netzwerk-selbsthilfe.de
www.netzwerk-selbsthilfe.de
Tel.: (0 30) 691 30 72

Spenden für den Rechtshilfefonds bitte an:
Netzwerk Selbsthilfe e.V., Bank für Sozialwirtschaft, Bankleitzahl 100 205 00, Kontonummer: 302 98 04, Stichwort: Rechtshilfefonds

JUGENDZENTRUM VERDEN: NACH 30 JAHREN SELBSTVERWALTUNG KÜNDIGUNG DER TRÄGERSCHAFT

Ein Kampf über sieben Jahre

Zum 1. November 2008 ist nach 30 Jahren die Selbstverwaltung des Verdener Jugendzentrums durch eine Stadtratsmehrheit aus CDU, SPD und NPD gekündigt und die Einrichtung unter städtische Verwaltung gestellt worden. Wir sprachen mit Holger Bruns-Röttjer von der ehemaligen Jugendzentrums-Gründungsinitiative über die damaligen und die aktuellen Ereignisse rund um das Juz. Als das Jugendzentrum 1978 gegründet wurde, war der damals 22jährige als Lehrling tätig, heute arbeitet er als Betriebsratsvorsitzender bei einem großen Metallunternehmen in der benachbarten Kleinstadt Achim.

Holger, am 18.10.2008 gab es ein großes Treffen der ehemaligen Mitglieder der Jugendzentrums-Gründungsinitiative aus den Jahren 1971 bis 1978. Wie war die Begegnung mit den alten Mitstreitern für Dich?

Es war ein sehr beeindruckendes aber auch sehr schönes Erlebnis, weil man sich erst mal wieder erkennen musste. Da sind natürlich viele Erinnerungen hochgekommen, über das, was uns damals sowohl emotional als auch politisch so bewegt hat.

Wir haben uns aber auch mit den heutigen Aktiven des Jugendzentrums in Form eines gemeinsamen Plenums zusammen gesetzt, und die heutigen und damaligen Entwicklungen Revue passieren lassen. Das war uns auch wichtig, dass es eben nicht nur um das 30jährige Jubiläum des Jugendzentrums ging, wie es anfangs mal geplant war, sondern auch um die aktuelle Auseinandersetzung.

Wie kam es 1978 zur Gründung des Juz?

Die Gründung hatte ja einen Vorlauf seit 1971, als das erste Mal Forderungen nach einem selbstverwalteten Jugendzentrum in Verden aufgestellt wurden. 1978 war dann der Punkt gekommen, an dem wir gegenüber der Stadt durchgesetzt hatten, dass wir das Haus an der Lindhooper Straße, die »Dampfmühle«, als Jugendzentrum in Selbstverwaltung nutzen konnten. D.h. 1978 wurde zwischen dem damaligen Verein, was wir damals waren, und der Stadt Verden dieser Vertrag abgeschlossen, inklusive der Einstellung eines Sozialpädagogen. So ist das damals losgegangen als Ergebnis eines Kampfes über sieben Jahre.

Kannst Du Dich noch an die ersten Jahre des Juz erinnern? Was passierte damals in der »Dampfmühle«?

Was wir erst mal lernen mussten, war auch mit den auftretenden Problemen umzugehen, das ging damals bis hin zu Schlägereien. Zum einen ergab sich für uns die Möglichkeit eigene Räume zu haben, Kultur- oder politische Veranstaltungen zu organisieren, aber gleichzeitig auch die Anforderung, die realen Schwierigkeiten zu meistern. Aber im Großen und Ganzen war es auf jeden Fall eine Bereicherung zu dem Leben vor dem Jugendzentrum, was ja auch im Laufe der Jahre mehrere hunderte Jugendliche in Verden und Umgebung geprägt hat. Eine Mehrheit aus CDU, SPD und NPD im Verdener Stadtrat hat dem Jugendzentrums-Verein nun die Trägerschaft gekündigt.

Holger Bruns-Röttjer (4.v.L) mit den anderen Juz-Gründungsmitgliedern vor dem Juz »Dampfmühle«

Wie denkst Du als Gründungsmitglied über die Entscheidung?

Ich halte sie für falsch, ja sogar für katastrophal. Die Erfahrung zeigt auch in anderen Städten, dass wenn ein Jugendzentrum städtisch verwaltet wird, letztendlich das Leben dort abstirbt. Es werden jetzt in Verden insgesamt vier zusätzliche Sozialpädagogen eingestellt, was ja erstmal auch ganz positiv ist. Die Pädagogen, die bis Ende Oktober im Jugendzentrum tätig waren, haben andere Aufgaben bekommen und stattdessen sind zunächst mal drei neue gekommen. Doch wenn es nicht gelingt, eine Art von Selbstverwaltung, in welcher Form auch immer, im Jugendzentrum zu erhalten, dann wird es irgendwann tatsächlich nur noch verwaltet, dann geht es nur noch darum, wer die Tischtennisplatte benutzt oder solche Geschichten. Das sind zumindest die Erfahrungen, die ich aus anderen Städten gehört habe.

Aber es wurden ja auch durchaus von Seiten der Stadt Gründe für die Abschaffung der Selbstverwaltung genannt.

Die Gründe, die da angegeben wurden, halte ich für vorgeschoben. Mein Eindruck vom jetzigen Jugendzentrumsverein ist, dass er selbst Fehler einräumt, die jungen Leute sind ja nicht unkritisch, aber auch bereit ist, diese zu verändern. Vieles ist aber auch bisher sehr gut gelaufen: Ich habe junge Mädchen gesehen, die Breakdance tanzen oder Kinder, die unter Anleitung jonglieren lernen, genauso wie zahlreiche gut besuchte Musikveranstaltungen. Insofern halte ich die Behauptung der Stadt, dass das Jugendzentrum nur noch einem begrenzten Ausschnitt von Jugendlichen zur Verfügung gestanden hätte, für falsch.

Welche Rolle hat in der damaligen Zeit die Selbstverwaltung des Jugendzentrums für Euch gespielt?

Für uns war ein Jugendzentrum in Selbstverwaltung von Anfang an eine zentrale Forderung. Das war ein Teil unseres Lebensgefühls, einen Ort außerhalb des Elternhauses zu haben, wo man sich selbst organisieren und eigene Erfahrungen machen konnte. Dazu gehört auch mal an 'ne Wand zu laufen, also Fehler zu machen, aus denen man dann aber auch selber lernen kann. Nur ein Haus, in dem wir wieder bevormundet würden, das wäre nicht das gewesen, was wir alle wollten.

Wir standen damals ja auch nicht alleine, sondern waren Teil einer bundesweiten Jugendzentrumsbewegung, die gab es sowohl hier, als auch in den benachbarten Kleinstädten, aber natürlich auch in Bremen oder Hannover. Das entsprach dem damaligen Zeitgeist.

Und wie beurteilst Du das Thema für die heutige Zeit?

Ich halte die Selbstverwaltung auch heute nach wie vor für wichtig. Die Jugendlichen brauchen die Möglichkeit sich selber ausprobieren zu können, Eigenverantwortung zu lernen, aber auch solidarisches Verhalten und wie man Konflikte lebt und auslebt. Wenn man Jugendlichen vorwirft, sie würden nur noch konsumieren, dann verstehe ich so eine Entscheidung nicht, dass man ausgerechnet den Ort, an dem Jugendliche sind, die sich selbst organisieren, in städtische Hand überträgt. Das ist ja auch viel Arbeit, die da geleistet wurde: Terminplanung, Musikveranstaltungen auf die Beine stellen, sauber machen, diese ganzen Geschichten, das ist bis Ende Oktober alles selbstverwaltet von den Nutzern gemacht worden.

Nach Eurem Treffen habt ihr die Initiative »Freunde des Jugendzentrums« gegründet. Was sind die Ziele Eurer Initiative?

Ganz wichtig ist mir, dass wir diese Initiative in Abstimmung mit dem heutigen Jugendzentrumsverein gegründet haben. Solange es den derzeitigen Nutzern nicht möglich ist, politisch ein selbstverwaltetes Jugendzentrum durchzusetzen oder wiederherzustellen, wollen wir versuchen, uns in die laufende Diskussion mit der Stadt Verden einzumischen.

Es gibt ja die Vorstellung der Stadt, dass ein Netzwerk Jugendarbeit in Zukunft die Trägerschaft des Jugendzentrums übernimmt, bei dem alle Verbände, die mit Jugendlichen in Verden arbeiten, mitmachen. Um uns als Gruppe in diese Diskussion einzumischen, aber auch um den Verein Jugendzentrum unterstützen zu können, haben wir den Verein »Freunde des Jugendzentrums« gegründet.

Was waren Eure ersten Aktivitäten und was habt Ihr in nächster Zeit geplant, um Eure Ziele zu erreichen?

Wir haben bisher zwei Gespräche mit dem Bürgermeister in Verden gehabt, bei denen wir versucht haben, ihm unsere Vorstellungen darüber darzulegen, wie wir uns so eine Trägerschaft des Jugendzentrums vorstellen könnten.

Und wir haben bisher an den zwei Treffen dieses Netzwerkes teilgenommen, bei dem verschiedene Gruppen vertreten sind, die im Bereich Jugendhilfe arbeiten. Dort haben wir versucht, unsere Vorstellungen und Positionen einzubringen und mit den anderen Gruppen darüber in Diskussion zu kommen, immer in der Hoffnung eine vernünftige Trägerschaft und eine Form von Selbstverwaltung einzuführen.

Das machen wir aber immer in engster Abstimmung mit dem Verein Jugendzentrum. Wir wollen uns da schließlich nicht verselbstständigen und auch nicht Berufsjugendliche werden oder sowas, sondern wir wollen versuchen, ob man doch noch was Gutes und was Wichtiges auf den Weg bringen kann und uns dann auch wieder rausziehen, wenn das in die richtige Richtung geht. Außerdem haben wir die Internetseite www.juz-verden.de eingerichtet, auf der sich alle informieren können, die selbst Lust haben, bei uns mitzuarbeiten.

Vielen Dank für das Gespräch! (uc)●

NEU GEGRÜNDET IN DER STEIERMARK

Kollektiv Wieserhoisl

Im gemütlichen Österreich raschelt etwas im Blätterwald: Ein neues Kollektiv hat sich gegründet. Das Projekt »Wieserhoisl« versteht sich als Kollektiv im ländlichen Raum, das im Rahmen subsistenzorientierter Landwirtschaft hierarchiefreies Zusammenleben, Wirtschaften und politisches Arbeiten in die Praxis umzusetzen versucht.

Die WieserhoislerInnen, Steiermark ● Wir sind zur Zeit zwei Kinder (ein weiteres ist unterwegs) und acht Erwachsene (sechs Frauen, zwei Männer) auf dem Hof am Fuß der Koralm in der südwestlichen Steiermark. Kennengelernt haben wir uns in selbstverwalteten Studentengruppen in Wien, wo die meisten von uns lebten. Im Laufe der letzten Jahre haben sich unsere Wege bei der Hofsuche gekreuzt, und im Herbst 2007 beschlossen wir, die bereits bestehende Gruppe am Hof zu erweitern.

Seit Anfang des Jahres 2008 leben wir am Wieserhoisl. Im Frühjahr nahmen wir uns eine Woche Zeit, um intensiv am »roten Faden« unseres Projektes zu arbeiten. Wir lehnen uns dabei an Projekte wie den Karlshof in der Nähe von Berlin oder den Longo maï-Kooperativen an.

Solarökonomie und nicht-kommerzielle Landwirtschaft, solidarische Kooperationen und Fragmente der Wertkritik waren und sind Teil unserer Diskusion am Hof. Wir wollen hierarchiefreies Zusammenleben verwirklichen; ein Weg dazu ist, dass Gruppenentscheidungen nach dem Konsensprinzip im wöchentlichen Plenum getroffen werden. Ein anderes Ziel unseres Projekts ist es, eine ökonomische Praxis außerhalb der kapitalistischen Logik zu leben, was bedeutet z. B. eine gemeinsame Hofkasse und intensiven Tausch und Austausch mit Freunden und Bekannten in und über unsere Region hinaus. Wir versuchen, möglichst wenig Lohnarbeit zu leisten, auch wenn unser Einkommen noch aus staatlichen Geldern, Nebenjobs, etc. besteht.

Die Situation bezüglich der Besitzverhältnisse gestalten sich für uns prekär: Wir pachten den Hof von den beiden Besitzern, welche die Absicht haben, ihn zu verkaufen. Das heißt, dass die Investitionen, die wir tätigen, während der Zeit unserer Bewirtschaftung von Nutzen sind, alle fest verbauten Anschaffungen jedoch nicht abgelöst werden. Für uns bedeutet dies somit einen eingeschränkten Handlungsspielraum: Investieren und Ausbauen auf Sparflamme sowie Bauen von mobilen Lösungen. Den Hof aus Eigenmitteln zu kaufen, um ihn dem gefräßigen spekulativen Immobilienmarkt zu entreißen, übersteigt unsere finanziellen Möglichkeiten.

Bauern und Gaukler

Es ist gerade Hochsommer, einige sind am Mähen, aber die Baustellen müssen auch weitergehen. Das Wohnhaus ist zu klein, um im Winter zehn Personen zu beherbergen, deshalb haben wir beschlossen, Bauwägen als Zimmer auszubauen. Mit Hilfe von Freunden und Bekannten aus Wien und Graz sowie Gratismaterial gehen die Baustellen mit viel Spaß voran. In unserem großen Gemüsegarten produzieren wir vor allem für den Eigenbedarf. Da die Flächen relativ steil sind und wir auch kaum Maschinen haben, bewirtschaften wir die meisten Flächen von Hand. Wir stellen auch eigenes Saatgut her, da uns das Thema sehr interessiert, auch hier pflegen wir einen regen Austausch mit Freunden und initiierten auf dem Koralmfest einen Pflanzen- und Saatguttauschmarkt.

Ein weiterer wichtiger Bestandteil für das Kollektiv ist die Gaukelei. Vier von uns stehen regelmäßig auf Stelzen, um auf verschiedenen Straßenkunstfestivals aufzutreten. Im Juli fand bei uns eine »Juggling Convention«, ein Jonglierfestival, statt, an dem etwa hundert Menschen teilnahmen. Wir möchten in der nächsten Zeit (landwirtschaftliches) Polit-Straßentheater machen. Im Sommer veranstalteten wir ein OpenAir-Sommerkino mit Kinderprogramm und Schwerpunkten wie globalisierte Landwirtschaft und Feminismus im ländlichen Raum.

Foto: Carina Schickmair

Die WieserhoislerInnen

Der Austausch und das gegenseitige Besuchen befreundeter Projekte und Menschen sind uns wichtig. Daraus ergeben sich Synergien und ermöglichen somit leichter, die schmalen Pfade abseits der absurden Autobahn des weltumspannenden warenproduzierenden Systems zu gehen. Vielleicht treffen wir uns ja unterwegs.●

Adresse:
Kollektiv Wieserhoisl, AT-8530 Deutschlandsberg
E-mail: wieserhoisl@riseup.net

aus »Nachrichten aus Longo Maï«, Nr. 98;
aktualisiert für CONTRASTE

IN MEMORIAM: MARTHA EKEMEYONG MOUMIÉ

Von Martha Ekemeyong Moumié bleibt mir insbesonders ein Bild stark in Erinnerung. Als sie am 3. Oktober 2004 die Grabstätte auf dem Friedhof in Konakry (Guinea) besuchte, stellte sie mit unendlicher Traurigkeit und Entsetzen fest, dass die einbalsamierte Leiche ihres Gatten verschwunden war. Nur die innere metallene Hülse des Sargs lag verlöchert auf einem Müllabladeplatz...

Diese Szene ist eine der eindrucksvollsten in Frank Garbelys Dokumentarfilm Moumié – Der Tod in Genf (1). Félix-Roland Moumié, eine bedeutende Figur der Union des populations du Cameroun, starb am 3. November 1960 nachdem er neunzehn Tage zuvor von einem auf Order des französischen Geheimdienstes SDECE operierenden Mann mit Thalium vergiftet worden war. Martha Ekemeyong Moumié kämpfte weiter für eine echte Unabhängigkeit ihres Landes. Sie wurde inhaftiert und misshandelt. Sie schrieb mehrere Bücher, darunter Victime du colonialisme français (2). Am 7. Januar 2009 wurde sie in ihrem Haus in Ebolowa (Süden Kameruns) von einem Räuber namens Franck Eboutou Milla (18 Jahre) grausam ermordert. Sie war siebenundsiebzig Jahre alt.●

René Hamm, Bischoffsheim im Elsass

1) CONTRASTE, April 2006
2) Éditions Duboiris, Paris, 176 Seiten, 15 EUR

ARTIKELSERIE IN SACHEN HAUSRETTUNG: DRITTE FOLGE – AUF DEM WEG IN DIE REPARATUR-GESELLSCHAFT

Wir haben von allem genug

Die Wohnerfahrungen und -wünsche von CONTRASTE-LeserInnen sind vermutlich etwas anders als die der NormalbürgerInnen: flexibler, gemeinschaftlicher, aber auch beharrlich. Das Interesse an alten Häusern und der Kampf gegen die kapitalistische Abrisswut bleiben für Gruppen, die alternative Wohnformen realisieren möchten, auf der Tagesordnung. CONTRASTE will mit einer Artikelserie von Konrad Kantstein Überlegungen und Tipps eines »alten Hasen« in Sachen Hausrettung vermitteln. Grundlegende Gedanken und Ratschläge aufgrund einschlägiger Erfahrungen waren die Themen der ersten beiden Folgen.

Berlin-Kreuzberg Foto: Dieter Kramer

Von Konrad Kantstein ● In der Entwicklung unserer Gesellschaft gibt es zwei Tatsachen, die zwar immer wieder verdrängt und verharmlost werden, die aber von niemandem mehr ernsthaft bestritten werden können:

1. Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland schrumpft und altert. Es werden weniger Kinder geboren als ältere Menschen sterben. Das ist ein unaufhörlicher Prozess, der sich zwar in verschiedenen Landesteilen unterschiedlich deutlich abzeichnet, der aber unter dem Strich im ganzen Land die Einwohnerzahlen zurückgehen lässt. Auch die Zuwanderung (z.B. von 2.500 Christen aus dem Irak) kann diesen Bevölkerungsverlust nicht ausgleichen.

2. Es gibt immer weniger bezahlte Arbeit und schon seit langem nicht mehr genug Arbeitsplätze für alle Arbeitswilligen. Die Produktivität wird gesteigert, die Rationalisierung schreitet fort. Immer weniger Menschen werden benötigt, um immer mehr Güter zu produzieren. Ganze Produktionen werden ins Ausland verlagert und dort von billigeren Arbeitskräften erledigt.

Über diese unumstößlichen Tatsachen wird unter den Experten – aber längst noch nicht in der Bevölkerung – kontrovers diskutiert. Die Fakten werden teils bestritten, teils dramatisiert, oft werden die Folgen bemäntelt und schön geredet. Bewusst müsste es allen sein, die den Durchblick haben. Besonders Politiker verdrängen, was sie eigentlich längst wissen müssten. Eine Hauptfolge dieser Entwicklung ist aber bisher viel zu wenig ins öffentliche Bewusstsein gedrungen:

Die Einsicht, dass wir von allem genug haben. Wir haben genug Fabrikbauten und Flughäfen, Autobahnen und Eisenbahnstrecken, Kanäle und Häfen, Bürohochhäuser und Wohnsiedlungen, Rathäuser und Messehallen, Einkaufszentren und Eigenheime. Für immer weniger Menschen werden nicht immer mehr Gehäuse gebraucht, sondern ebenfalls immer weniger. Schon jetzt stehen, besonders im Osten der Republik, Zigtausende von Mietwohnhäusern und Produktionsstätten leer, allein in Leipzig 60.000 Wohnungen. Wertvolle historische Bauten (Fabrikgebäude, Gutsanlagen, Gründerzeitwohnquartiere), auch solche, die unter Denkmalschutz stehen, werden bedenkenlos »vom Markt genommen«, d.h. abgerissen.

Wenn es nun aber so ist, dass die Bundesrepublik schon weitgehend zugebaut ist, warum kommen dann immer wieder neue Pläne für Einkaufszentren, Flugplätze und Schnellstraßen auf den Tisch? Warum müssen in Hameln, Oldenburg und Schwerin ganze Altstadtquartiere platt gemacht und durch »Shopping malls« ersetzt werden? Warum werden immer neue Pläne zur Verwandlung von Elbe, Saale oder Donau in langgestreckte Betonsärge vorgelegt? Warum müssen in den östlichen Bundesländern riesige Schweinemastanlagen gebaut werden? Etwa damit die armen Schweine dann in Lastwagen nach Holland gekarrt werden, wo sie geschlachtet und als Schnitzel nach Deutschland zurück verfrachtet werden? Oder damit die Landschaft im Osten flächendeckend mit Gülle verseucht wird? Sind wir denn am verhungern? Gibt es zu wenig Schweineschnitzel?

Keineswegs. Der Verkehr funktioniert auch mit kleineren Schiffen auf unbegradigten Flüssen und ohne neue Autobahnen. In den Städten gibt es weder Hunger noch Versorgungsengpässe. Im Gegenteil: noch vor zwanzig Jahren waren die Innenstädte lebendiger. Der Irrsinn, der hier stattfindet, ist der ganz normale kapitalistische Fortschritt, der darin besteht, dass die Großen die Kleinen niedermachen. Die »Shopping malls« vernichten den Einzelhandel und die Kleinkaufleute. Die industrialisierte Schweinefleischproduktion vernichtet die »Kleinbauern«, die »nur« 2.000 Schweine haben. Die Großfrachtspeditionen vernichten die privatwirtschaftliche Binnenschifffahrt. Und an allem verdienen in erster Linie die Betonkonzerne. Neue Großbaustellen im Hoch- und Tiefbau werden oft genug nicht deshalb geplant, weil ein Bedarf da ist, sondern weil es zuviel Kapital gibt, das nach Anlage lechzt.

Gewiss gibt es im Westen der Republik Ballungszentren (die Räume um München, Stuttgart, Frankfurt und Hamburg), in denen die Bevölkerung zunimmt und deshalb auch der Raumbedarf steigt, wo also auch weiterhin neu gebaut werden wird. Diese »Gewinnerregionen« dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Bevölkerungssaldo insgesamt negativ bleibt. Die Willkür des Marktes und die ungleiche Verteilung der noch vorhandenen Arbeitsplätze sorgen aber dafür, dass die Einwohnerzahlen in manchen Regionen sehr viel drastischer schrumpfen als in anderen. Jüngere, fähige und gut ausgebildete Arbeitskräfte werden aus dem Osten abgesogen und im Westen angestellt. Dafür fallen in der ehemaligen DDR ganze Landstriche leer.

Städte wie Görlitz (eine der schönsten deutschen Städte überhaupt) und Leipzig (mit seinem überaus reichen Bestand an Gründerzeitvierteln) sind dazu übergegangen, Rentner aus dem Ruhrgebiet und anderen westdeutschen Ballungszentren zu Besichtigungsreisen einzuladen: »Kommen Sie zu uns, hier können Sie billiger und besser wohnen!« Die ersten Zuwanderer aus dem Westen, die sich jetzt im Osten wohl fühlen, gibt es bereits. Studenten, die sich in München kaum eine Einzimmerwohnung leisten könnten, genießen den Raumluxus ihrer großen Mietwohnungen in Dresden, Halle oder Leipzig.

All diese Bevölkerungs-Wanderungs und -Umschichtungsprozesse können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir insgesamt unwiderruflich immer weniger werden. Auch wenn sich mittlerweile wieder mehr Frauen trauen, Kinder zu bekommen und Väter sich schon eher mal um Kinderpflege und Haushalt kümmern. Aber Frauen, die selber nicht geboren wurden, können nun einmal ihrerseits keine Kinder bekommen.

Dieser demografische Befund trifft nun auf die Umwelt- und Klimakatastrophe, von der unsere Politiker, vorneweg die Bundeskanzlerin, zwar gerne reden, gegen die sie aber viel zu wenig unternehmen. Dabei ist die Schlussfolgerung eigentlich ganz einfach: der notwendige Klimaschutz zwingt uns zu Verzicht- und Einsparungsmaßnahmen, die wir uns aufgrund der Bevölkerungsabnahme nun auch leisten könnten.

Wir könnten die gesamte Architektenausbildung, die leider immer noch vom Bauen auf der grünen Wiese ausgeht (und damit vom ungebremsten Landschaftsverbrauch), auf ein »Bauen im Bestand«, d. h. auf den Umbau und die Reparatur bestehender Bauten umstellen. Das Leitbild vom schöpferischen »Baukünstler«, das von den »Bilbaoisten« genährt wird, jenen Architekten, die nach dem Vorbild von Frank Gehrys spektakulärem Museumsneubau im baskischen Bilbao immer waghalsigere Neubauentwürfe vorlegen, müsste einer bescheideneren Haltung weichen. Die Architekturstudenten müssten als Erstes lernen, den historischen Baubestand, vor allem in den Innenstädten und auf den Dörfern zu achten und in ihren Plänen zu berücksichtigen. Und wenn sich dann ein Neubau gar nicht vermeiden lässt, sollte er sich demütig einfügen, anstatt, wie es so oft geschieht, seiner Umgebung mit Gebrüll ins Gesicht zu springen. Es sollte sich ein Dialog zwischen historischer und aktueller Architektur entwickeln können, in dem aber die Autorität der älteren Bausubstanz nicht durch das eigensüchtige Geschrei eines Neubaus verächtlich gemacht wird.

Dass wir einen Raubbau an den Naturschätzen der Erde treiben, ist mittlerweile so bekannt, dass man sich fast scheut, es zu wiederholen. Wir roden die Wälder, wir fischen die Meere leer, wir schaben die Erde aus und holen heraus, was sich irgend verwerten lässt: Erdöl, Kohle, Torf und Kies. Mitten in Europa werden Naturlandschaften, ja ganze Dörfer mit Gärten und Feldern in Wüsten verwandelt, in so genannte »Bergbaufolgelandschaften«.

Deutschland ist gebaut

Deutschland ist gebaut. Vielerorts stehen schon Wohnungen, Läden und ganze Bauwerke leer. Es gibt keinen vernünftigen Grund, auch nur ein einziges zusätzliches Haus neben die bereits vorhandenen 20 Millionen Häuser zu stellen.
Jedes weitere Gebäude, selbst wenn es nach baubiologischen Kriterien errichtet würde, wäre ein unökologisches Bauwerk. Warum also noch bauen ? Wir empfehlen die Sanierung bereits bestehender Bauten.
BUND

Flugzettel von einer Architektentagung an der TU-Berlin 2007

Der Mensch macht sich zu dick auf der Erde. Er beansprucht zu viel Platz und er entnimmt der Natur ein Mehr an Materialien, vor allem an Holz, als diese ihm zur Verfügung stellen kann. Besonders die Wälder in Südamerika, Südostasien und Afrika werden schneller zerstört als erforscht. Wir wissen noch gar nicht, was sich dort alles an ungeahnten Reichtümern (z.B. an Heilpflanzen) verbirgt, da haben wir es schon vernichtet. Jährlich werden auf der Erde 13 Millionen Hektar Wald gerodet. Die Politik könnte dem entgegenwirken, wenn sie es wollte. Ein totales Einfuhrverbot für Tropenholz an allen europäischen, japanischen, chinesischen und nordamerikanischen Häfen – und die Urwälder wären gerettet. Wir könnten wenigstens in Deutschland mit gutem Beispiel vorangehen und gar kein Bauholz mehr importieren, sondern die vorhandenen Baumaterialien wieder verwenden, die historische Bausubstanz reparieren, ausbauen und umnutzen. Die enorme Energie, die notwendig ist, um neue Baumaterialien zu produzieren, zu transportieren, zu verbauen, sie später zu entsorgen und zu deponieren, könnte gespart werden. Mehr als drei Viertel der auf deutschen Deponien liegenden Abfälle sind Bauschutt. Vieles davon wäre zu retten gewesen, wenn man sich – vor allem beim Abriss älterer Bausubstanz – Zeit für einen selektiven Rückbau genommen und die Materialien zur Wiederverwendung geborgen hätte.

Es könnte auf viele Neubauten verzichtet werden, wenn wir uns darauf beschränken würden, die vorhandenen Bauten zu warten und zu pflegen, sie zu reparieren und renovieren, auszubauen und umzunutzen. Dazu braucht es weniger Material, aber mehr qualifizierte Arbeit. Viele alte Häuser sind haltbarer und besser gebaut als die durchschnittlichen Neubauten der letzten zwanzig Jahre. Was für die Häuser gilt, gilt ebenso für Möbel, Geräte und Gebrauchsgegenstände. Der Schriftsteller und Silberschmied Georg K. Glaser verlangte von einem Tisch, dass er so lange halte, wie der Baum, aus dessen Holz er gefertigt ist, braucht, um nachzuwachsen.

Es ist in jedem Fall ökologischer, in vielen Fällen auch billiger, Altes zu reparieren anstatt es wegzuwerfen und Neues anzuschaffen. Eine gute Wartung und Pflege, regelmäßige Inspektion und Reparatur verlängert nicht nur die Lebensdauer von Autos, sondern auch von Häusern. Nicht nur für Fahrzeuge, sondern auch für denkmalgeschützte Bauten gibt es Inspektionsdienste wie die »Monumentenwacht«, eine niederländische Idee, die inzwischen auch in Friesland erprobt und in Brandenburg geplant wird.

Ein globalisierter Markt mit immer mehr und immer kurzlebigeren Gütern mag zwar Arbeitsplätze in Übersee schaffen, ökologisch ist er nicht zu verantworten. Wir müssen von der Wegwerfgesellschaft zur Reparaturgesellschaft kommen, vom schnellen Verschleiß zu einem Konzept der Dauerhaftigkeit und der gemeinsamen Nutzung von Gebrauchsgütern und Fahrzeugen, Häusern und Wohnbauten. Also: kürzer treten, Wachstum bremsen, weniger bauen.

Die gesellschaftliche Dynamik könnte sich unterdessen in moralischen Diskursen, sozialen Bewegungen, politischen Veränderungen, ökologischen Fortschritten und ökonomischen Umverteilungen entfalten.●

Konrad Kantstein ist Kulturhistoriker und ehrenamtlicher Hausretter und Denkmalschützer

Literaturhinweise

Evelyn Blau, Norbert Weiß, Antonia Wenisch: Die Reparaturgesellschaft. Das Ende der Wegwerfkultur. Wien: ÖGB Verlag 1997.

Dagmar Steffen (Hg.): Welche Dinge braucht der Mensch? Hintergründe, Folgen und Perspektiven der heutigen Alltagskultur. Gießen: Anabas-Verlag 1995.

35 JAHRE OKTOBERDRUCK

Betriebliche Selbstverwaltung

Kollektiv und Selbstverwaltung

Der freie Mensch verfügt über die Produktionsmittel und übernimmt die Verantwortung für sich und seine Arbeit, das Ergebnis und den Ertrag.

Seit langem befinden wir uns in dem andauernden Spannungsfeld zwischen Anspruch und Wirklichkeit und dem Prestige, den ein solches Projekt im Außen, bei KundInnen und LieferantInnen und der Gesellschaft im Allgemeinen findet, dieses war über die Jahre schwankend.

Martina Fuchs-Buschbeck, Berlin ● Oktoberdruck in Berlin, gegründet, um in der studentenbewegten Zeit Strukturen zu schaffen, die Veröffentlichung möglich machen, wurde schnell ein wirtschaftlich arbeitendes Unternehmen. Trotz aller Kollektivität gehörte dazu, dass Einzelne unternehmerische und finanzielle Risiken übernahmen. Diesen Leuten verdankt der Betrieb seinen Fortbestand.

Nach einigen Anpassungen im Laufe der vergangenen Jahre, werden in heutiger Zeit in der Betriebsversammlung Mehrheiten gebildet und Voten abgegeben. So wird die Führung gewählt und dann von den Aufsichtsrätinnen eingesetzt (es sind tatsächlich nur Frauen). Alle Festangestellten haben mindestens ein kleines Aktienpaket für die Mitgliedschaft im Club.

Nach außen gilt das AG-Recht und die Satzung der Oktoberdruck AG, nach innen die Betriebsverfassung. So lange Prozesse und Entscheidungen relativ einvernehmlich bearbeitet werden können, ist das eine praktikable Form.

Foto: Oktoberdruck Berlin

Ich kann auf 25 Jahre Oktoberdruck zurückschauen. Als GbR vor meiner Zeit gegründet, war es bei meinem Eintritt eine GmbH. Jede Person, die neu dazu kam, hatte eine Probezeit und musste sich am Ende entscheiden, einen GmbH-Anteil zu erwerben. Mit diesem Anteil war eine Stimme verbunden.

Damals waren wir 12 Leute, in Hochzeiten nach der Maueröffnung bis zu 45, heute sind wir 25. Nach Einführung der kleinen, nicht börsennotierten AG, haben wir uns für diese Form entschieden. Nach dem Substanzgewinn über die Jahre, barg die GmbH die Gefahr des zu hohen Kapitalabflusses. Die höher bewerteten Anteile wurden für NeuinteressentInnen unerschwinglich.

In dieser Bewertungsphase und Umfirmierung zur AG entstand eine Ungleichheit der Stimmen bei der Umwandlung alter GmbH-Geschäftsanteile und dem kleineren Einsteigerpaket der NeuaktionärInnen. In der Hauptversammlung der AG gilt pro Aktie eine Stimme. In der Betriebs- und Abteilungsversammlung werden Voten mit einer Stimme pro Person abgegeben.

Der Aktien- und damit Stimmbesitz ist auf ca. 12% begrenzt. Aktien sind frei handelbar und ehemalige KollegInnen müssen auch die Chance haben, sie zu verkaufen. Unsere Aktien können nur mit Zustimmung der Gesellschaft übertragen werden. Nach pflichtgemäßem Ermessen der Vorstände kann die Übertragung verweigert werden. Dann müssen die Aktien aus dem Kreis der bestehenden AktionärInnen oder durch die Gesellschaft zu einem angemessenen Verkaufspreis übernommen werden. Die derzeitige Vereinbarung intern ist, dass nur MitarbeiterInnen und Ehemalige Aktien besitzen.

Für Ein- und Ausstieg, Stimmverteilung und Substanzsicherung haben wir bisher keine passende Rechtsform und Eintrittsgeldregelung gefunden. Im Streitfall wird es immer schwierig. Das haben wir in unserer 35-jährigen Geschichte schmerzlich erlebt.

Foto: Oktoberdruck Berlin

Mitbestimmung muss gewollt werden und auf eine interessierte und ausreichend persönlichkeitsentwickelte Belegschaft treffen. Das trifft nicht immer zusammen. Wir müssen in der Produktion vornehmlich ausgebildete FacharbeiterInnen suchen oder verstärkt selber ausbilden. Dieses tun wir seit vielen Jahren, früher ältere UmschülerInnen mit Interesse an Selbstverwaltung, heute vornehmlich junge Leute von der Schule.

Wir bieten eine Entlohnung, die leben lässt, wenn auch nicht üppig, bei gleichem Stundenlohn für alle. Für besondere Belastungen gibt es vereinbarte Zulagen. Weiterbildung in jeder Art wird gefördert und unterstützt.

Wir bemühen uns in gemeinsamer Abstimmung um eine substanzielle Betriebsführung. JedeR muss zu jeder Zeit für sich ein Verhältnis bilden und prüfen, ob es am Ende im Geben und Nehmen aufgeht. Man muss sich natürlich auch fragen, ob das ein zu elitärer oder arroganter Ansatz ist.

Oktoberdruck ist heute ein Unternehmen, das einerseits, wie alle anderen auch, seine Existenzberechtigung am Markt fortlaufend prüfen muss, andererseits ist es bis heute eine Werkstatt für Zusammenarbeit.

Sich damit auseinander zu setzen, was menschen- und umweltverträgliche Arbeitsformen sind, ist unserer Meinung nach für viele, auch jüngere Leute wieder interessant und daher auch nicht überholt. Die Ereignisse der letzten Zeit, die Präsenz der Umwelt- und Klimathemen und die fragwürdige Finanzpolitik in der Wirtschaft, spielen ja nun einmal eher uns in die Hände.

Unserer Erfahrung nach hängen das Wohl und der Fortbestand eines solchen Unternehmens wie unserem von dem Engagement und Wollen einiger KollegInnen ab, die das zur Verwirklichung ihrer Anschauungen betreiben. Das muss nicht zwingend von allen Leuten im Unternehmen getragen werden und wird auch nicht von allen gleichermaßen getragen.

Kollektive Arbeitsorganisationen beginnen meist kleiner und müssen sich dann bei Vergrößerungen in der Organisation und der Struktur anpassen. GründerInnen sollten mit der Anfangseuphorie starten und sich versuchen an ihrem Projekt, und sich dann an den Widersprüchen und Spannungen weiterzuentwickeln.

Es gibt wenig Rezepte, weil jeder Bereich eigene Spezialitäten hat. Ein größeres Konfliktpotential und der strukturelle Aufwand sind unvermeidlich und auch gewollt.

Bei der strategischen Überprüfung eines Produktionsunternehmens unserer Größe, kommen wir natürlich auch wieder auf die Systemfrage. Die interne Struktur muss dann diskutiert, bei Bedarf angepasst und mehrheitlich bestätigt werden. Das steht bei uns wieder für das 1.Quartal 2009 an. Es bleibt immer spannend.●

www.oktoberdruck.de

FAHRRADLADEN MEHRINGHOF, BERLIN

Kollektive Strukturen in flachen Hierarchien

Der Fahrradladen Mehringhof wurde 1980 von zwei Werkzeugmachern gegründet, die an der SFE (Schule für Erwachsenenbildung) im Berliner Projektezentrum Mehringhof eigentlich ihr Abitur machen wollten. Aus der Möglichkeit heraus, dass Raum vorhanden war und es natürlich eine gute Sache war, gebrauchte Fahrräder aufzuarbeiten, gingen die beiden ans Werk. Sie gründeten eine GbR, das Grundkapital war ein alter Laster und Engagement.

Gaya S. Schütze ● Man fuhr auf Schrottplätze im damaligen Westberlin und besorgte entsorgte Fahrräder. Diese wurden recycelt oder noch verwendbare Ersatzteile wurden aufgearbeitet. Ziemlich schnell kamen noch zwei weitere Männer hinzu. Die Kollektivgründung lässt sich nicht konkret verfolgen. Man hatte irgendwelche Vorstellungen, wie das alternative, kollektive Arbeitsleben zu funktionieren hatte und bei jedem waren diese anders. Die Vorstellungen wurden aber nicht konkret kommuniziert, sondern es wurde irgendwie gehandelt und im Zweifel gestritten. Das führte selbstverständlich zu großen Konflikten, sei es über Arbeitsweisen und -menge, sei es über Geld. In dieser Zeit war das Unternehmen faktisch mehrfach pleite.

1986 habe ich als erste angestellte Aushilfe im Verkauf für die Sommersaison im Fahrradladen angefangen. Nur die zwei ehemaligen Gründer waren vom Kollektiv übrig geblieben und hatten die Schwierigkeiten, die sich mit der Gründung des Unternehmens auftaten, gemeistert. Es muss dazu noch erwähnt werden, dass der Fahrradhandel Anfang der 80er Jahre noch wesentlich mehr als heute durch das reine Saisongeschäft erschwert wurde. Beide (Rest)Kollektivisten mussten jeden Winter noch zusätzliche Jobs suchen,

Das Team vom Fahrradladen Mehringhof

um das eigene Überleben, sowie die laufenden Zahlungen wie Miete, Strom etc. für den Laden zu sichern.

Der Laden hatte sich in der Zwischenzeit weiterentwickelt, es war ein Warenlager vorhanden und es wurden auch schon in kleinem Maße Neuräder verkauft. Beide Kollektivisten hatten aus der Erfahrung gelernt, dass man nicht jeden ins Kollektiv lassen kann, der einfach »Bock hat«, mitzumachen. Der den Wert von dem, was schon erschaffen wurde, nicht schätzen kann, weil er das nicht mit erarbeitet hatte, wie die Kollektivisten. Als einer der beiden dann aussteigen wollte, um sich beruflich zu verändern, wurde mir der Anteil angeboten und ich habe ihn 1989 gekauft. Da ich über keinerlei Ersparnisse verfügte, habe ich den Anteil zwei Jahre lang abgearbeitet, weil ich sehr motiviert war, mir eine feste Erwerbsmöglichkeit zu schaffen.

Wir waren nun wieder zwei KollektivistInnen, bloß in neuer Konstellation. Der Auftragsdruck stieg an und wir versuchten nun weitere Kollektivmitglieder zu finden, da dies für uns die einzig mögliche Form war, einen Betrieb nach unseren Vorstellungen zu gestalten. Wir mussten die Erfahrung machen, dass auf unsere Anzeigen in der Berliner »Zitty« waschkörbeweise Leute das alles »ganz toll« fanden und auch »gerne mal im Kollektiv« arbeiten wollten, um Erfahrungen zu sammeln, aber dass weder die fachliche Kompetenz, die wir benötigten, noch finanzielle Mittel und Motivation vorhanden waren, um einzusteigen.

Es war ja nicht so, dass wir Anteile an der Firma verkaufen wollten, sondern es sollte nur damit das Warenlager, welches wir erarbeitet hatten, anteilig abgegolten werden. Außerdem hatten wir schon die Erkenntnis, dass, wenn man für etwas bezahlen muss, die Verantwortlichkeit dafür höher ist. Wir wünschten uns Leute, die uns und diese Arbeit, die wir täglich machten, wirklich wollten. Die auch Verantwortung übernehmen wollten. Es gab nicht einen einzigen Kandidaten. Das war für uns eine schreckliche Erfahrung und hat uns dazu bewogen, uns zukünftig als Zweierkollektiv zu begreifen. Wir haben in der Folge MitarbeiterInnen eingestellt.

Dann bekamen wir Anfang/Mitte der 90er Jahre Schwierigkeiten im Projektzentrum Mehringhof. Wir wurden als nicht politisch genug eingeschätzt, da wir nur zu zweit und ein wirtschaftliches Unternehmen waren. Auch dass wir Angestellte hatten, passte vielen nicht in den Kram. Dadurch, dass sich ja auch viele linke Intellektuelle dort tummelten, die zwar nicht arbeiteten, aber klug darüber reden konnten, wie Kollektive zu funktionieren hatten, wurden wir auch schon mal als Kapitalisten betitelt.

Das wir unseren MitarbeiterInnen mehr bezahlten als wir selbst verdienten, wurde nicht gesehen, und

Fortsetzung auf Seite 8

30 JAHRE WAGNER & CO

Betriebliche Selbstverwaltung

Der selbstverwaltete Betrieb – Baustein für eine Solidarische Ökonomie?

Wagner & Co Solartechnik wird 30 Jahre alt. Alt genug um die Firmengeschichte in den Fokus zu nehmen. Für welche Ziele werkeln da eigentlich die Leute? Ist es solidarisches Wirtschaften, genossenschaftliche Selbsthilfe, gemeinnützige Arbeit oder eine ganz normale Geschäftstätigkeit zur Herstellung und zum Vertrieb von Solaranlagen?

Alois Wilhelm, Cölbe ● Der Großteil der damaligen Gründergruppe studierte noch. Die Anti-AKW-Kämpfe hatten ihren Höhepunkt erreicht. Und »wir suchten eine Alternative zu einem perspektivlosen oder reizlosen Akademikerdasein« (Andreas Wagner). Kurzerhand wurde ein Laden angemietet. Der Verkauf von Kleinkram wie Umweltschutzpapier und anderes dienten als Vehikel, um die Menschen auf die unverantwortliche Atomtechnologie und die Alternativen dazu aufmerksam zu machen. Auf ein paar vorsintflutliche technische Versuche Wärme von der Sonne zu gewinnen, folgte die Anmeldung einer GmbH. Die neun fast mittellosen AktivistInnen wollten Hals über Kopf den günstigeren GmbH-Einstieg mit 10.000 DM vor der Gesetzesänderung noch nutzen. Jetzt waren sie Unternehmer.

Selten wurde in der Aufbruchszeit der Alternativunternehmen die Rechtsform der Genossenschaft gewählt, obwohl diese ihrem Selbstverständnis am ehesten entsprochen hätte. Die Gründung war zu aufwändig und bürokratisch. Die Genossenschafts-Verbände standen Anfragen skeptisch bis ablehnend gegenüber. Und kulturell zählte man sich zu einer ganz neuen sozialen dynamischen Bewegung, die mit den verkrusteten betonierten funktionärs-geführten Institutionen nichts am Hut haben wollte. Die Wahl des GmbH-Rechtskleids war für die GründerInnen von Wagner & Co also lediglich ein weniger aufwändiges Vehikel, um legal wirtschaftlich tätig werden zu können. Alle waren GesellschafterInnen. Damit war zunächst materielle Gleichheit hergestellt, und im Vertrag stand, für eine GmbH unüblich, dass nach Köpfen anstatt nach Kapitalanteilen abgestimmt wird. Zehn Jahre lang war der GmbH-Vertrag die einzige formale, schriftlich fixierte Regelung, unter der zusammen gearbeitet wurde. Alle anderen Regeln waren informell. Es war selbstverständlich, dass Entscheidungen von allen demokratisch getroffen wurden.

Anfang der 1990er Jahre waren es dann ca. 30 MitarbeiterInnen. Fast die Hälfte waren nun keine GesellschafterInnen mehr. Deren Rechte waren ungeklärt. Bei allen Kollektiv-Unternehmen ist diese Entwicklung bekannt. Ein wachsendes Unternehmen, welches als Kollektiv-Unternehmen begann, besteht, neben den bereits vorhandenen Voll-Mitgliedern, aus neuen MitarbeiterInnen, die logischerweise nicht vom ersten Tag an Voll-Mitglieder sein können, Aushilfen für kurzfristige Auftrags-Spitzen, Nicht-Aufnahme-Willigen und Nicht-Aufgenommenen.

Schon vor 100 Jahren nannte Franz Oppenheimer mindestens einen Aspekt dieser Entwicklung: dass Altmitglieder einer erfolgreichen Produktivgenossenschaft – und von so einer Körperschaft ist hier sinngemäß die Rede – den Zugang für neue Mitglieder »sperren«. Um diese Entwicklung zu vermeiden, entwickelte Matthias Neuling in den 1980er Jahren Modelle der Kapitalneutralisierung. Die KollektivistInnen sollten von Anfang an kein persönliches Eigentum am Betriebsvermögen bilden können.

Wagner & Co stemmte sich zehn Jahre nach der Gründung insofern gegen ein Auseinanderdriften in Eigentümer und lediglich Beschäftigte, indem die Zahl der Nicht-GesellschafterInnen auf die Hälfte der Zahl der GesellschafterInnen zu begrenzen sei. Dies stand nun in einer firmeneigenen Verfassung. Anstellungs-Verhältnisse, Entscheidungsstrukturen, Besitzverhältnisse, Löhne, und Abstimmungs-Mehrheiten bildeten in diesem Papier den Kosmos, auf den man sich jetzt für die Zukunft berufen konnte. Löhne gab es, unabhängig von Qualifikation, Funktion und Leistung, auf Stundenbasis und in gleicher Höhe – lediglich für Aushilfen galt dies nicht. Entschieden wurde in monatlichen GesellschafterInnen-Versammlungen. Nicht-GesellschafterInnen konnten in Plena zu Wort kommen, bei denen sich GesellschafterInnen und Angestellte gemeinsam versammelten. Bindende Entscheidungen wurden dort allerdings nicht getroffen. Entscheidungen in der GesellschafterInnen-Versammlung bedurften in der Regel einer einfachen Mehrheit. Wichtige Entscheidungen, z.B. GesellschafterInnen-Aufnahmen, mussten mit größeren Mehrheiten bestätigt werden.

Zur Jahrtausend-Wende waren es dann ca. 100 MitarbeiterInnen – 30 davon GesellschafterInnen. Die monatliche GesellschafterInnen-Versammlung hielt man inzwischen für zu träge. Gelöst wurde das Problem mit einem repräsentativen System. Firmenrat hieß das neue Gremium. Es vertrat von nun ab den Souverän Gesellschafterversammlung. Der Firmenrat bestand aus Delegierten, welche von den Abteilungen für zwei Jahre gewählt wurden. Diese trafen sich alle 14 Tage. Die Gesellschafter-Versammlung tagte alle drei Monate, das Plenum einmal im Jahr.

Inzwischen hatte sich Vermögen in der Firma angesammelt, und da das Kapital nicht neutralisiert war, entstand folgerichtig die Frage: Welche Werte wurden durch Alt-GesellschafterInnen bereits geschaffen, und mit welcher finanziellen Beteiligung sollen neue GesellschafterInnen aufgenommen werden? An den Gewinnen wurden von nun ab Neu-EinsteigerInnen nur noch zu einem Bruchteil gegenüber Alt-GesellschafterInnen beteiligt. Damit sollte die Aufbauarbeit der Alten honoriert werden. Der Erwerb von Gesellschafts-Anteilen sollte andererseits auch nicht gemäß den in der Wirtschaft üblichen Berechnungsverfahren erfolgen. Mit 5.000 EUR war man dabei. Ein gebrauchtes Auto kostet ebenso viel, und dies leistet sich auch die Mehrheit der MitarbeiterInnen – ein relativ geringes Einstiegskapital, um Leute mit weniger Geld nicht auszuschließen. In der Wirtschaft üblich wäre ein Vielfaches dieses Einstiegs-Beitrags. Beim Ausstieg richtet sich die finanzielle Abfindung nach der Zeit, welche man als GesellschafterIn verbracht hat.

Heute gibt es bei Wagner & Co 350 MitarbeiterInnen und 80 GesellschafterInnen. Man sieht, das »Identitäts-Prinzip« hat sich weiter ausgedünnt. Der Begriff kommt aus der Genossenschafts-Sphäre und heißt: Es soll keine nicht mitarbeitenden GenossInnen (Shareholder) und keine mitarbeitenden NichtgenossInnen (Nur-Angestellte) geben. Der finanzielle Beitrag beim Einstieg in die GmbH liegt zur Zeit bei ca. 7.500 EUR, wovon ein Teilbetrag sich nach der wirtschaftlichen Situation der Firma in letzter Vergangenheit richtet. Das heißt: Zur Zeit ist ein Eintrittsgeld von ca. 2.500 EUR auf den Sockelbetrag von 5.000 EUR zu zahlen. Die grundsätzliche personenbezogene Aufnahme neuer GesellschafterInnen nimmt jetzt eine von den GesellschafterInnen gewählte Aufnahme-Kommission vor.

Das firmenübergreifende Repräsentativ-System wurde nochmals umgeschichtet. Eine 7-köpfige Geschäftsleitung plus ein neu eingerichteter Aufsichtsrat ersetzen jetzt den früheren Firmenrat. Zu all diesen Gremien wurden Geschäftsordnungen verfasst, die Auftrag und die Handlungsbefugnis festlegen. Um die Belange der vielen Nicht-GesellschafterInnen zu vertreten, gibt es eine Mitarbeiter-Versammlung und eine Mitarbeiter-Vertretung. Sie hat nicht die Rechte eines Betriebrats, ist aber an dessen Inhalt angelehnt. Forderungen, einen echten Betriebsrat einzuführen tauchen von Zeit zu Zeit immer wieder auf. Ein Teil der Belegschaft sieht allerdings im Falle einer Durchsetzung die Gefahr eines endgültigen Trends zum normalen Betrieb, sprich der Gegensatz von Kapital und Arbeit würde dann auch bei Wagner & Co eindeutige Realität. Vom Postulat gleicher Löhne hat man Abschied genommen. Die Lohnunterschiede sind bis jetzt noch moderat. »Manager« erhalten nicht mehr als das Dreifache einer geringfügig bezahlten Arbeitskraft.

Wirtschaftlich erfolgreich ist Wagner & Co vermutlich zum großen Teil wegen des frühen Einstiegs in einen sich rasant entwickelnden Solar-Markt. Anfängliche Selbstausbeutung mag zur Stabilisierung in der ersten Phase beigetragen haben. Technikbegeisterung ist bis heute eine enorme Triebkraft, so dass die Minderentlohnung hoch qualifizierter MitarbeiterInnen in den Hintergrund tritt. Selbstbestimmung und kreativer Freiraum war längst vor der Entdeckung in normalen Betrieben bei Wagner & Co schon da. Teilweise hat sich der Trend inzwischen jedoch umgekehrt. Vermutlich könnten die MitarbeiterInnen von Wagner & Co aus den zwischenzeitlich vorliegenden Erkenntnissen flacher Hierarchien in der modernen Wirtschaft noch was hinzulernen. Statt dessen dreht sich die Diskussion um das sattsam in Alternativbetrieben bekannte Thema: Wie kommen wir zu mehr Verbindlichkeit, persönlicher Verantwortung, zielführendem Umgang miteinander und sollte es Sanktionen bei Fehlverhalten geben?

Heute ist es schwer, Chancen und Voraussetzungen für den Aufbau solidarischer kollektiver Betriebe zu benennen. Nach '68 hat eine »Fundamentalliberalisierung« (Habermas) in der Gesellschaft eingesetzt. Die »kulturelle Linke« (Bernd Hüttner) kämpfte in erster Linie gegen Hierarchie und Bevormundung. Diese ist heute auch an einem normalen Arbeitsplatz, der Qualifikation erfordert, nur versteckt und bei Konflikten offen spürbar. Die Welle eines kollektiven Zeitgeists, auf der z.B. 20.000 Menschen beim Tunix-Kongress Ende der 1970er geschwommen sind, ist verebbt. Rein politische Vorstöße waren gescheitert. Selbstveränderung gehörte nun zum Programm. Es ging darum, endlich den Homo Cooperativus hervorzubringen. Die Zukunft ist offen. Es gibt kein Ende der Geschichte. Der Neoliberalismus ist am Kippen. Vielleicht finden wir Neues in den Ritzen zwischen Markt und Staat, das uns neue Autonomie, Selbsthilfe, Selbstorganisation gestalten lässt.●

MitarbeiterInnen und Betriebsgebäude Wagner & Co Solarbau 2004 — Foto: Wagner & Co

Kontakt:
Wagner & Co, Zimmermannstr. 12, 35091 Cölbe
alois.wilhelm@wagner-solar.com
www.wagner-solar.com

FORTSETZUNG VON SEITE 7

auch nicht, dass wir für weniger Geld mehr Stunden arbeiteten. Wenn an einem Fahrrad ein Kaufpreis stand, dachte man, dies sei die volle Summe, die wir uns dafür direkt in die Taschen stecken – ohne Einkaufspreis, Kosten, Steuern, etc. zu bedenken.

Diese Erfahrungen waren für uns schmerzhaft. Wir lebten das Leben mit allen Schwierigkeiten, von dem die Studierten angeblich besser wussten, wie es zu sein hatte.

Mit den MitarbeiterInnen hatten wir von Anfang an immer einmal die Woche Plenum gemacht und zwar mit allen, diese Zeit wurde auch voll bezahlt. Hier wurde alles so besprochen, als würde es keinen Angestelltenstatus geben. Wir haben dadurch die Hierarchie total flach gehalten und hatten immer die stille Hoffnung, dass einer von ihnen eines Tages richtiges Kollektivmitglied werden und sich einkaufen würde. Aber unsere Angebote wurden nicht angenommen. Es war für die Leute leichter, zwar überall mit zureden und an den Entscheidungen beteiligt zu sein, aber im Endeffekt nicht die Verantwortung für den Betrieb tragen zu müssen. Außerdem spielte dazu noch die eigene Altersabsicherung eine Rolle, die natürlich im Angestelltenstatus besser ist, als wenn man selbstständig ist.

Das, was man früher Kollektiv nannte, würde man in unserem Fall heute als modernen Führungsstil bezeichnen. Wir versuchen als UnternehmerInnen, die wir ja nun mal sind, den MitarbeiterInnen zu »dienen«. Wir versuchen, die entsprechenden Wünsche und Vorlieben in die Tat umzusetzen. Wir regen immer wieder Fortbildungen an und beteiligen die festen MitarbeiterInnen an den Entscheidungen, die wichtig sind. Vorschläge werden, egal von wem, aufgenommen und wenn es möglich ist, verwirklicht. Das wöchentliche Plenum während der Arbeitszeit wurde erhalten und wird immer noch voll bezahlt. Wir würden nichts durchsetzen, dem nicht alle Beteiligten grundsätzlich zustimmen, es wird wie früher ausdiskutiert. Das setzt natürlich seitens der InhaberInnen großes Vertrauen zu den MitarbeiterInnen und immer wieder die Bereitschaft voraus, sich selbst zu reflektieren. Aber auch die MitarbeiterInnen mussten sich dem anpassen, da so etwas in kaum einem anderen Betrieb gewünscht wird. Die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Strukturen und ihre Durchbrechung ist immer noch allgegenwärtig.

Unser Vorteil dadurch ist eine stabile Gruppe (2 InhaberInnen, 4 MitarbeiterInnen, 1 Azubi, 2 Aushilfen), die langjährig zusammen arbeitet, motivierte MitarbeiterInnen, kaum Krankenstand und Spaß miteinander bei der Arbeit. Auch wenn es mal stressig ist, kriegen wir uns immer wieder ein.

Politisch engagieren wir uns stark im Verbund selbstverwalteter Fahrradbetriebe, VSF e.V., in dem ich seit über zehn Jahren gewählter Vorstand bin. Meine Abwesenheiten im Laden und die Zeit, in der ich ehrenamtlich für den Verbund tätig bin, wird von der ganzen Gruppe mitgetragen, auch finanziell.

GründerInnen würde ich raten, mindestens zu zweit zu gründen. Allerdings gehört immer ein Maß an eigener Reflektionsbereitschaft zur Führung eines Unternehmens mit mehreren Personen hinzu. Wenn man sich im Laufe der Jahre umgesehen hat, sind Kollektive oft nicht in erster Linie an wirtschaftlichen Problemen gescheitert, sondern am Unvermögen emotional miteinander zu agieren, was dann zu wirtschaftlichen Problemen und elenden Streitereien geführt hat. Man muss lernen, emotionale Prozesse im Betrieb von sich selbst weg zu betrachten und darf sich nicht immer so wichtig nehmen. Ein Unternehmen mit mehr als einem Chef zu führen bedeutet immer sich jede Menge Probleme ins Haus zu holen, die man allein vielleicht nicht hätte. Aber man hat mehr Chancen und es macht mehr Spaß. Wirklich.●

Gaya S. Schütze ist im Fahrradladen Mehringhof Projektmanagement, www.fahrradladen-mehringhof.de und Mitglied im Vorstand des VSF e.V. (Verbund selbstverwalteter Fahrradbetriebe e.V.), www.vsf.de.

Fliesenfabrik Zanon / Argentinien

Betriebliche Selbstverwaltung

Die Fabrik gehört allen!

Jahrelang haben die ArbeiterInnen in der besetzten Fabrik Zanon ihre Selbstverwaltung aufgebaut, Repressionen abgewehrt und immer wieder Solidarität mobilisiert. Zuletzt im Oktober 2008, als mit dem Auslaufen der Überlassungsfrist erneut die Räumung drohte. Im März soll es nun tatsächlich so weit sein: die Provinzregierung von Neuquén (Patagonien) hat sich zu Verhandlungen über eine Enteignung des Alteigentümers bereiterklärt.

Demonstration für den Erhalt von Zanon Foto: Archiv

Alix Arnold, Köln ● Einer der dramatischsten Momente war der 8. April 2003, als die Konkursverwalter aus Buenos Aires anreisten, mit einem Räumungstitel in der Tasche. Die ArbeiterInnen hatten beschlossen, die Fabrik gemeinsam zu verteidigen. Viele hatten angekündigt, dafür alles zu riskieren. Und inzwischen sagen einige öffentlich, dass sie neben den Zwillen auch »letzte Mittel« in der Fabrik hatten, um sich notfalls bewaffnet zu wehren. Was sie in anderthalb Jahren Besetzung aufgebaut hatten, würden sie sich nicht so einfach nehmen lassen. Die Sympathie der Bevölkerung hatten sie schon längst erobert. Tausende kamen zur Unterstützung. Zanon ist zum Symbol dafür geworden, dass es in der Krise für ArbeiterInnen doch andere Optionen gibt als die vorgesehene Opferrolle.

Die Räumung wurde damals vom Gouverneur wegen unvorhersehbarer Konsequenzen abgeblasen. Im Oktober 2005 erfolgte die erste vorläufige Legalisierung. Seitdem betreibt die von den ArbeiterInnen gegründete Kooperative *FaSinPat* die »Fabrik ohne Chefs«. Die ArbeiterInnen sehen dies aber nur als Zwischenschritt. Sie fordern, dass der Betrieb verstaatlicht und ihnen zur Verfügung gestellt wird, damit sie dort selbstverwaltet für die Allgemeinheit produzieren können (z.B. Fliesen für öffentliche Bauvorhaben). Damit könnten sie zumindest teilweise dem Druck des Marktes ausweichen. Denn sie möchten nicht zu Unternehmern oder Eigentümern werden, und vor allem sind sie nicht bereit, für die Geldschiebereien aufzukommen, mit denen ihr früherer Chef die Firma verschuldet hat. Von den 160 Betrieben, die in Argentinien seit 2001 besetzt wurden, sind inzwischen die meisten legalisiert. In vielen Fällen sieht die »Enteignung« aber vor, dass die ArbeiterInnen die Schulden der Ex-Besitzer abbezahlen. Stattdessen haben die KollegInnen von Zanon einen Vorschlag zur entschädigungslosen Enteignung ausgearbeitet. Dieser wurde in den letzten Jahren mehrfach eingereicht, mit 90.000 Unterschriften, aber von der Provinzregierung nie behandelt.

Letztes Jahr gab die Justiz auf Betreiben eines Gläubigers grünes Licht für die Versteigerung des Betriebs. Im Oktober sollte es mit der Verwaltung durch die Kooperative vorbei sein. Nach erneuten Mobilisierungen der ArbeiterInnen erklärte die Provinzregierung schließlich, dass sie durchaus Möglichkeiten sieht, Zanon zu enteignen ohne dass die ArbeiterInnen dafür bezahlen, und dass die Modalitäten ab März an einem »Runden Tisch« diskutiert werden sollen.

So kann das ungewöhnliche Experiment »Zanon unter Arbeiterkontrolle« weitergehen. Ökonomisch können die BesetzerInnen einige Erfolge vorweisen. Sie haben die Belegschaft von anfangs 260 auf 470 ausgeweitet. 1.500 Personen beziehen ihren Lebensunterhalt direkt aus der selbstverwalteten Produktion, und weitere 5.000 indirekt. Sie haben in Erhalt und Ausbau der Maschinerie investiert, und es blieb immer noch etwas übrig für soziale Projekte und die Unterstützung anderer Streikkassen. Denn neben der Produktion legen sie genauso Wert auf ihr »zweites Standbein«: die Politik. Darunter verstehen sie intern Basisdemokratie und nach außen Solidarität. Bei Zanon wird mehr produziert als nur Fliesen. Die Fabrik ist zu einem Freiraum für Politik und Kultur geworden. Schulklassen und andere Gruppen besichtigen die Fabrik und lassen sich die Geschichte erklären – eine Art »Lehrpfad« für ArbeiterInnenkampf und Selbstverwaltung. Die Hallen werden für politische Treffen zur Verfügung gestellt, und der Hof wurde schon mehrfach zur Konzertbühne. Im Oktober spielte dort die angesagte Rockband La Renga vor 12.000 Menschen gegen die drohende Räumung. Wie immer war auch die Security selbstgemacht: Party ohne Polizei in der Fabrik ohne Chefs.

Solidaritätskonzert im Hof von Zanon Foto: Archiv

Bei Zanon wird neben den laufenden Bändern über eine andere Gesellschaft diskutiert. Denn vielen ist inzwischen klar geworden, dass ihre Fabrik keine Insel ist, und dass es innerhalb des Kapitalismus keine »Lösung« geben kann. Die allgemeine Politisierung beruht auf einer weit entwickelten Basisdemokratie. Ständig finden Versammlungen statt: Spontan beim Schichtwechsel am Tor, wenn eine schnelle Entscheidung getroffen werden muss, regelmäßig in den Abteilungen, und alle paar Wochen leisten sich die ArbeiterInnen einen Diskussionstag, bei dem die Produktion gestoppt wird, damit alle teilnehmen können. Von Problemen in einzelnen Abteilungen bis zur Weltpolitik kann hier alles auf die Tagesordnung gesetzt werden. Anfangs ging es vor allem darum, die Besetzung zu verteidigen und die Produktion in Gang zu bringen. Mit der Legalisierung kamen die »Mühen der Ebene« und die Diskussion über die Arbeitsdisziplin. Besonders später hinzugekommene KollegInnen, die die erste harte Zeit nicht mitgemacht hatten, nutzten den »Freiraum«, um möglichst bequem durchzukommen. Bislang konnten solche Probleme auf den Versammlungen einvernehmlich gelöst werden.

Wie überall ist derzeit auch bei Zanon die Krise Thema. Wegen sinkendem Absatz und hoher Energiekosten wurde die Produktion im Januar kurzfristig unterbrochen. Trotzdem ist die Stimmung im Betrieb optimistisch. Denn schließlich haben sie schon die argentinische Krise 2001 überstanden und daraus eine sehr positive Erfahrung entwickelt. Nach längerer Zeit politischer Ruhe kommt es jetzt in Argentinien wieder zu neuen Betriebsbesetzungen. Die Erfahrung der ArbeiterInnen von Zanon könnte ein Vorbild sein. Nicht nur im fernen Patagonien.●

Weitere Infos bei Labournet:
www.labournet.de/internationales/ar/zanon-index.html

Zur Vorgeschichte und den ersten Jahren der Besetzung siehe die Beilage zur Wildcat #68:
www.wildcat-www.de/wildcat/68/w68_zanon.pdf

Zanon in CONTRASTE:
Wozu einen Chef? Schwerpunktthema Nr. 243, Dezember 2004
Eroberte Fabriken, Nr. 268, Januar 2007
Zanon in Gefahr, Nr. 278, November 2007

AUSSTELLUNG »LE GRAND MAGASIN«

Zwitterdinger

In der Wochenzeitung Freitag fand gerade eine längere Debatte über die Zukunft der Arbeit ihren Abschluss. Sabine Kebir plädierte darin für die »Selbstorganisation des Lokalen« und Michael Krätke sah bereits den »Sektor der alternativen, solidarischen, selbstverwalteten Ökonomie wachsen«.

Helmut Höge, Berlin ● Zur selben Zeit wurde u.a. aus dem »Fonds Zukunft der Arbeit« der Bundeskulturstiftung eine Ausstellung von Produkten aus europäischen Produktivgenossenschaften finanziert. Der Initiator Andreas Wegner nannte sie »Le Grand Magasin«. Sie findet an vier Orten statt: in Budapest, Dunaújváros (Ungarn), Ústí nad Labem (Tschechien) und Berlin-Neukölln.

Mit der »Finanzkrise« und der daraus folgenden Arbeitslosigkeit stellt sich das Problem der »ökonomischen Selbstorganisation« nun noch dringender. Zumal die seit Verabschiedung des Gesetzespakets »Hartz II« Anfang 2003 propagierte »Ich-AG« sich bei den Arbeitslosen (der Zielgruppe) als nicht besonders attraktiv erwies. Dafür wurde 2006 das Genossenschaftsgesetz (GenG) verbessert und Berlin entschloss sich, »Wir-eG«-Gründungen sogar finanziell zu fördern, auch kann man seitdem sogenannte »Kulturgenossenschaften« eintragen.

Zwar ist es seit der Novellierung des GenG auch tatsächlich zu vielen Neugründungen gekommen, jedoch kaum zu neuen (Nonfood-) Produktivgenossenschaften. In diesem Bereich »solidarischer Ökonomie« sind die Kosten pro Arbeitsplatz aber auch am höchsten. Und wenn es trotzdem dazu kommt, dann bevorzugen die Kollektive hierzulande nach wie vor andere juristische Formen (wie Vereine, GmbHs etc.).

In der Verkaufsausstellung »Le Grand Magasin« sind denn auch strenggenommen nur zwei Produktivgenossenschaften aus Deutschland mit ihren Produkten vertreten: Ein Instrumentenbauer-Kollektiv aus Waldkraiburg (Oberbayern) und ein Tischlerkollektiv aus Anklam (Mecklenburg-Vorpommern). Die meisten Produktivgenossenschaften im EU-Raum gibt es in Italien, in der Ausstellung stammen jedoch die meisten Produkte von tschechischen Genossenschaften. Das liegt nur z.T. daran, dass der im Projekt für dieses Land gewissermaßen Zuständige, der Regisseur Stepan Benda, besonders engagiert war.

Die Genossenschaften bedienen für gewöhnlich Märkte, auf denen ihre Produkte mit anderen aus »normalen« Betrieben konkurrieren. Der Gedanke, sie nun auf einmal in einem Genossenschaftskontext zu präsentieren, leuchtete vielen nicht ein. Vor allem den westeuropäischen Produktivgenossenschaften nicht. Die im Osten, denen es wegen der zunehmenden Billigkonkurrenz aus Asien besonders schlecht geht, waren eher an einer Teilnahme interessiert, zumal sie bisher nur über wenige Geschäftskontakte in den Westen verfügen. Sie sind in ideologischer Hinsicht oft sehr antikommunistisch eingestellt, ihre Produktion ist jedoch noch sehr proletarisch ausgerichtet, während es in den westeuropäischen Genossenschaften genau umgekehrt ist, vor allem im Süden: Hier ist die Geschäftsführung nicht selten kommunistisch, die Produktion dagegen streng kapitalistisch organisiert.

Ausstellung Erster Raum: Bau-Möbel-Tischlerei eG, Anklam und Miraphon eG, Waldkraiburg (Musikinstrumente) Foto: Le Grand Magasin

Ein weiterer Unterschied zwischen Ost und West besteht in der Fertigungstiefe: Während z.B. italienische und französische Genossenschaften oft nur noch halbfertige Produkte zusammenbauen und sich ansonsten vor allem Gedanken über Design und Marketing machen, produzieren die osteuropäischen Genossenschaften ihre Produkte nicht selten noch sozusagen von A bis Z – und sogar darüberhinaus: So stellt z.B. die Genossenschaft *JAS* in Pardubice nicht nur Spielzeug aus

Fortsetzung auf Seite 10

SELBSTHILFEPROJEKT IN BASEL

Betriebliche Selbstverwaltung

Internetcafé Planet13

Die Schweiz ist eines der reichsten Länder der Welt und doch hat sie 1,5 Millionen arme Menschen, bei einer Einwohnerzahl von 7.591.400 Millionen (Ende 2007), incl. Anteil an AusländerInnen, ohne Anteil an Flüchtlingen beziehungsweise Asylsuchende. Ein großer Teil der Armutsbetroffenen sind Working poor, Erwerbslose und SozialhilfeempfängerInnen.

Avji Simoglu ● Die ausländischen MitbewohnerInnen sind am stärksten von der Erwerbslosigkeit und Working poor-Existenzsituationen betroffen. Nach dem »Almanach 2006« der Caritas Schweiz sind hauptsächlich alte Menschen (Pensionierte) von Armut betroffen, sowie junge Erwachsene. Der Mangel an regulären Erwerbsstellen nimmt zu, auch die Fusionen von Firmen mit Abbau von Arbeitskräften sowie Outsourcing von Produktionsstellen in Billiglohnländer. Lösungen sind keine in Sicht, obwohl viele gute Studien, Diskussionen und Referate auf die Problematiken hinweisen. Die aktuelle Finanzkrise wird sich nächstes Jahr auch im Schweizer Arbeitsmarkt sehr negativ auswirken. Es werden noch mehr Menschen erwerbslos werden.

Vor Jahren stellten wir fest, dass viele Armutsbetroffene, die aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind, sich keine EDV-Station, keinen Drucker und keine neue Druckerpatrone mehr leisten können. Wenn Sie EDV-Probleme haben, dann können sie weder Beratung oder Reparaturdienste bezahlen. Sie werden aus der modernen Informationswelt ausgeschlossen. Diese Menschen ziehen sich immer mehr aus der Gesellschaft zurück in eine eigene Welt, die sie sich selber konstruieren und welche oftmals nur noch wenig mit der Realität zu tun hat. Chronisch leiden sie unter Geldmangel, können sich nicht den kleinsten Anteil einer sozial-kulturellen Teilnahme gönnen. Deweiteren weisen sie die Schuld für ihre Misere sich selber zu und schämen sich, über ihre armutsbetroffene Situation zu reden. Sie sind aber für die Gesellschaft sehr wertvoll. Sie verfügen über viele Fähigkeiten, Fachwissen und ein kreatives Potenzial. All dies könnte der Gesellschaft sehr von Nutzen sein, wenn man es wahrnehmen würde. Auf all das wollen wir hinweisen.

Aus diesen Gedanken heraus haben wir beschlossen, ein Internetcafé aufzubauen, dass den Armutsbetroffenen kostenlosen Internetzugang anbietet. Es steht aber auch allen anderen Menschen, die sich für unser Projekt interessieren, kostenlos zur Verfügung. Das Projekt wurde von Armutsbetroffenen selbstständig entwickelt und realisiert. Das heißt, dass es kein von außen gecoachtes Projekt ist, sondern, dass sich die Armutsbetroffenen selber coachen und behilflich sind. Wir eröffneten das Internetcafé Planet13 am 14. Juli 2007. Zuvor hatten wir eine erfolgreiche Pressekonferenz mit der Anwesenheit von prominenten Persönlichkeiten. Verschiedene Tages- und Wochenzeitungen, Fachzeitschriften und Radio-Stationen berichteten über unseren Start und auch in der Folge über unser erfolgreiches Internetcaféprojekt.

Das Internetcafé Planet13 mit MitarbeiterInnen Foto: Planet13.ch

Unser Vorstand und Beirat besteht aus Persönlichkeiten, die im akademischen, sozialen, journalistischen und pädagogischen Bereich tätig sind. Sie stehen uns bei Bedarf beratend zur Seite. Unsere Vereinsstatuten sind so gehalten, dass die oberste Entscheidungsinstanz das Planet13-Team selber ist.

Das Team besteht inzwischen aus 25 Mitarbeitenden. Wir arbeiten alle ehrenamtlich im Projekt Internetcafé Planet13. Für unser Engagement beziehen wir keinen Lohn. Im Team haben wir Invalidenrente-BezieherInnen, Pensionierte, SozialhilfeempfängerInnen, Working poor, alleinerziehende Mütter, Asylsuchende und Erwerbslose. Das Team ist international, es sind Menschen aus Chile, Türkei, der kurdischen Bevölkerung, der Slowakei, Deutschland, Schweiz, Griechenland, Senegal, Eritrea, Serbien und Nordirak dabei. Auch haben diese Menschen unterschiedliche Berufsbilder, wie: Kaufmännisches Fachpersonal, Germanistin, Ingenieur, Primarlehrer, ehemalig selbstständig Erwerbender, Verkäuferin, EDV-Fachpersonal, Logistiker, Hauswirtschaftslehrerin, erwerbslose Juristin, erwerbsloser Sozialpädagoge, QuereinsteigerInnen und Kunstschaffende.

Microsoft Corporation (Switzerland GmbH) hat unser Projekt unterstützt und uns Software im Wert von 21.000 US$ gesponsert. Tageszeitungen, Fachzeitschriften und Monatszeitungen schenkten uns ein Gratisabonnement zur Auslage im Internetcafé. Eine renommierte Basler Stiftung, die »Christoph Merian Stiftung« deckt jährlich die Fixkosten des Projektes ab.

Zur Zeit besuchen monatlich 1.200 Gäste unser Internetcafé. Das heißt, pro Tag sind es durchschnittlich 100 Besucherinnen und Besucher. Es besuchen uns auch viele Asylsuchende, die Chatten und Surfen. Unsere Räumlichkeiten (68qm) werden allmählich zu eng bei einem solchen Andrang. Wir müssen dringend erweitern.

Zwischenzeitlich haben wir auch kostenlose kulturelle Angebote entwickelt. Jeden Montagabend tagt die »Uni von Unten« (unser kostenloses Bildungsangebot) mit Referaten, Lesungen und Diskussionsforen. Jeden Freitagabend bieten wir Filmabende an. Themenspezifische Ausstellungen ergänzen das Programm. Ein monatlicher Kindernachmittag für alleinerziehende, armutsbetroffene Mütter mit ihren Kleinkindern ist in Planung. Unsere kulturellen Angebote sind mit immer mehr BesucherInnen erfolgreich. Wir unterstützen unsere Gäste nach Anfrage beim Erstellen eines Bewerbungsdossiers, können Hinweise geben, wo sie bei diversen NGO's eine Fachberatung finden können. Kostenlose EDV-Kurse wurden für EinsteigerInnen entwickelt. Wir beginnen beim Nullpunkt und erklären den KursteilnehmerInnen das 1x1 der EDV-Bedienung und des Internetzugangs. Weitere Ideen sind am Gedeihen, wir möchten noch vieles realisieren.

Unser Projekt dient allen Armutsbetroffenen. Die Lebenskosten sind sehr hoch in der Schweiz und nur wenige haben ein Herz für die Armutsbetroffenen. Unser Internetcafé ist zu einem Treffpunkt geworden. Menschen aus den verschiedensten sozialen Schichten besuchen uns, es entstehen neue Kontakte und interessante Gespräche entwickeln sich. Auch erhalten wir immer wieder Tipps und Unterstützung von außen.

Die Flüchtlinge, die unser Internetcafé besuchen, haben ein schweres Schicksal zu tragen. Ihre Zukunft ist ungewiss, meistens ist ein Antrag auf Asyl anhängig und sie warten darauf, ob sie einen positiven Entscheid erhalten werden oder nicht. Da auch in der Schweiz das Asylgesetz eine starke einschärfende Revision erhalten hat, bekommen die wenigsten einen positiven Asylentscheid. Da spielen sich so viele Dramen ab. Wir können meistens nicht mehr tun als zuzuhören, freundliche, mitmenschliche Worte zu finden und ihnen Freund zu sein.●

Internetcafé Planet13, Selbstdarstellung des Projektes

Kontakt: www.planet13.ch
planet13.medien@gmx.net

Avji Sirmoglu ist zuständig für die Öffentlichkeitsarbeit und das kulturelle Programm des Internetcafés.

FORTSETZUNG VON SEITE 9

ganzen Buchenstämmen her, sie fällt die Buchen auch selbst und forstet den Schlag hinterher sogar wieder auf. Ihr geht es besonders schlecht: wegen des chinesischen Billigspielzeugs verkauft sie so gut wie gar keine Waren in Tschechien mehr, einer ihrer Großhändler ging bereits pleite.

Viele Genossenschaften in Tschechien und in der Slowakei entstanden nach Kriegsende, um auf die Schnelle die gröbste Not zu lindern – es gab nichts, auch keine Konkurrenz, so dass eigentlich alles, was produziert wurde, bis hin zu bunten Holzsouvenirs, Käufer fand. Die Kommunisten stellten dann einige Jahre später diese Genossenschaften auf eine solide Basis, indem sie sie nach und nach mit modernster Technik ausstatteten und dabei bestimmten, was und wieviel sie zu produzieren hatten. Die Bevölkerung hielt ihre Produkte zwar für besser als die vergleichbaren aus den Staatsbetrieben, die Genossenschaften selbst empfanden sich jedoch als genauso fremdbestimmt wie diese. Erst nach 1989 begriffen sie sich wieder als autonom. Die neoliberale tschechische Regierung verabschiedete dann allerdings ein neues Genossenschaftsgesetz, das es den einzelnen Mitgliedern ermöglichte, durch Erhöhung ihrer Mindesteinlage mehr als eine Stimme auf sich zu vereinen. In einer südböhmischen Textilgenossenschaft besitzt z.B. der Geschäftsführer 70% aller Stimmen. Diese Produktivgenossenschaft bezeichnete der Vorsitzende des tschechischen Genossenschaftsverbandes dann auch noch als die weitaus beste im Land. Während alle Geschäftsführer von italienischen Genossenschaften, die wir interviewten, meinten, das sei überhaupt keine Genossenschaft mehr, denn in diesen habe unbedingt das Prinzip »Ein Genosse – eine Stimme« zu gelten.

Seit Ferdinand Lasalle, der ganz Deutschland mit einem immer dichter werdenden Netz von Produktivgenossenschaften friedlich in den Sozialismus überführen wollte, gibt es von den Marxisten und später von den Leninisten eine scharfe Kritik an diesen zwar von Unternehmern, aber nicht vom Wertgesetz befreiten Produktionsinseln: »Zwitterdinger« nannte sie Rosa Luxemburg. Und wir als Linke wissen mittlerweile aus eigener Erfahrung, dass nicht nur Atommüll, sondern auch »Alternativbetriebe« eine Halbwertzeit haben: Entweder macht die Konkurrenz sie kaputt oder sie unterscheiden sich irgendwann nicht mehr von »normalen« Betrieben.

In Italien lavieren viele Produktivgenossenschaften (u.a. Möbel-, Waschmittel- und Backwarenhersteller) zwischen diesen Alternativen, indem sie mit großen Konsumgenossenschaften (wie Coop) zusammenarbeiten sowie auch – bei der Auslieferung – mit Transportgenossenschaften und bei ihren Finanztransaktionen mit Genossenschaftsbanken.

Dennoch fragte einer der Doyen der deutschen Genossenschaftsforschung mich nach einem Vortrag über die Ausstellung »Le Grand Magasin« auf der Genossenschaftswissenschaftlichen Jahrestagung in Köln 2008: »Warum haben Sie sich denn bloß Produktivgenossenschaften vorgenommen? Das ist doch das Schwierigste überhaupt!«

Dessen ungeachtet plant der Initiator des Projekts, der Künstler Andreas Wegner, aus der temporären Verkaufsausstellung nun einen Laden auf Dauer zu machen – in Form einer Konsumgenossenschaft. Und diese würde sich dann – wiewohl vor allem auf Produktivgenossenschaften im Ausland orientiert – als Teil eines gerade wachsenden Netzwerks von Projekten der »sozialen und solidarischen Ökonomie« in Berlin begreifen.●

Ausstellung »Le Grand Magasin«
verlängert bis 19. Februar 2009
Galerie im Saalbau, Karl-Marx-Str. 141, 12043 Berlin
geöffnet: Di-So 10 bis 20 Uhr
www.legrandmagasin.coopseurope.coop

LIP UND DIE BRASILIANISCHE LANDLOSEN-BEWEGUNG

Erkämpfte Selbstverwaltung

Betriebe werden geschlossen, wie verhalten sich die betroffenen Belegschaften? Einige beschließen, die Entscheidungen nicht einfach hinzunehmen, den Betrieb zu besetzen und weiter zu produzieren.

Willi Hajek, Berlin/Peter Bach, Köln ● Vor 35 Jahren: Lip, die Uhrenfabrik aus Frankreich, steht für eine solche Widerstandsform. Die Beschäftigten hatten natürlich auch das Glück, ein Produkt herzustellen, das leicht an die solidarischen Unterstützer weiterverkauft werden konnte. Aber das hatten die Uhrenproduzenten in Besancon gemeinsam mit den Bikers in Nordhausen oder den Kachelproduzenten von Zanon in Argentinien.

Wichtig ist natürlich, ob eine derartige Bewegung von Betriebs-Besetzung und Betriebs-Übernahme in Selbstverwaltung in einem Prozess der allgemeinen gesellschaftlichen Mobilisierung entsteht, wie zum Beispiel bei dem Teil-Zusammenbruch der Ökonomie 2001/2002 in Argentinien oder ob es ein Unternehmen vereinzelt trifft, wie zum Beispiel das Fahrradwerk in Nordhausen.

Wenn sich die reale Bewegung der Übernahme von Betrieben verbindet mit anderen Bewegungen in der Gesellschaft, die sich alle gegen die herrschenden Verhältnisse richten, dann können die selbstverwalteten Betriebe zu Stützpunkten, zu befreiten Gebieten in diesem gesellschaftlichen Selbstermächtigungsprozess werden.

Bei Lip zum Beispiel löste die Besetzung des Betriebes eine breite gesellschaftliche Solidarität aus, führte gleichzeitig zu weiteren Betriebsbesetzungen und zu Versuchen, die Betriebe unter der Kontrolle der Beschäftigten selbstverwaltet weiterzuführen. Gleichzeitig bildete sich ein Koordinationsrat der besetzten Betriebe. Nur ein kleiner Teil der nationalen Gewerkschaftsapparate wollte diese Dynamik aktiv unterstützen. Es gelang nicht, die politische Koordination der besetzten Betriebe über Räte und Versammlungen dauerhaft zu festigen und zu einer wirklichen gesellschaftlichen Gegenmacht zu transformieren.

Ein anderes Beispiel: Nehmen wir die Konzeption der Landlosen-Bewegung in Brasilien, die gewerkschaftliche Selbstverteidigung verbindet mit Land-Besetzungen und mit dem Aufbau selbstverwalteter Lebens- und Arbeitsverhältnisse. Solche Praktiken haben Ausstrahlung auf die ganze Gesellschaft, heben Trennungen auf zwischen den bäuerlichen Produzenten und anderen Teilen der Gesellschaft. Es werden Ansätze einer solidarischen Gesellschaftlichkeit aufgebaut. Jean Raguènes, einer der Akteure im Lip-Konflikt und Arbeiterpriester, ist seit langen Jahren bei der MST (Landlosenbewegung »Movimento Dos Trabalhadores Rurais Sem Terra«) in Brasilien aktiv und sieht sehr viele Gemeinsamkeiten in den Selbstverwaltungs-Erfahrungen der Lip-Belegschaft und denen der bäuerlichen Produzenten der MST in Brasilien.

Heute, in der gegenwärtigen Krise, entwickeln sich viele Voraussetzungen, die sehr wohl eine breite umfassende Besetzungsbewegung von Betrieben und Einrichtungen in Europa denk- und vorstellbar werden lassen.

Entscheidend wird dann aber auch sein, wie weit es gelingt, dass sich die Besetzungs- und Übernahme-Bewegungen in ihrer sich schnell ausweitenden sozialen Dynamik Koordinationsorgane und Versammlungen auf den verschiedenen sozialen Ebenen – Betrieb, Branche, Kommune – schaffen, die in der Lage sind, alternative Gesellschaftlichkeit hervorzubringen und sich dauerhaft zu festigen.●

Die Autoren engagieren sich bei »sofa/soziale fantasie und bewegung«
Was ist »sofa«? »sofa« ist eine Gruppe, die die Überwindung der bürgerlichen Gesellschaft keinem Prozess mehr anvertraut, der von einem Zentralkomitee oder einer Partei oder ähnlichen Organen angeführt wird, die die Theorie und die Zeichen der Zeit für alle verbindlich auslegen, die die Grenzen zwischen Gut und Böse definieren und denen zu folgen ist.

»SOFA« ist eine Gruppe die sich bemüht, die vielfältigen sozialen, künstlerischen und intellektuellen Kräfte und Bewegungen aufzunehmen, zusammenzuführen, um in Bewegung Wege zu finden.

JUGOREMEDIJA, SERBIEN

Kampf für eine selbstverwaltete Fabrik

Das neue Konzept der Privatisierung in Serbien:

Artikel 6. »Die Privatisierung muss sozial akzeptabel sein; beispielsweise darf sich die Position des Angestellten nach der Privatisierung nicht verschlechtern; zudem muss gewährleistet sein, dass ein Teil des Kapitals nicht nur den Angestellten, sondern allen volljährigen Staatsangehörigen zukommt, so dass Rechte oder Ansprüche gewahrt bleiben, welche bereits durch das vorherige Recht gesichert wurden.«

Entnommen von der Internetseite der Privatisierungsagentur der Republik Serbien, 2001.

Von Ivan Zlatic ● Die erste Privatisierungsgesetzgebung für Unternehmen in gesellschaftlichem Besitz wurden in Serbien Ende 1989 unter der jugoslawischen Regierung von Ante Markovic, dem letzten jugoslawischen Premierminister, verabschiedet. Eine Privatisierung war demnach nicht vorgeschrieben, sondern wurde von der ArbeiterInnenversammlung, dem höchsten Entscheidungsorgan der selbstverwalteten Unternehmen, entschieden. War eine Privatisierung beschlossen, wurde das Kapital des Unternehmens in private Aktien umgewandelt und jedeR ArbeiterIn bekam die Möglichkeit diese zu einem niedrigen Preis zu erwerben. Nicht verkaufte Aktien wurden erst dann zu Marktpreisen auf dem Aktienmarkt angeboten. (...) Slobodan Milosevic (nutzte) die Wirtschaftskrise 1995 und die Hyperinflation 1993 in Serbien (...), die Privatisierungsgesetzgebung von Markovic zu beenden. So wurde 1997 ein neues Gesetz verabschiedet, welches er mit Unterstützung der damaligen Opposition, der Demokratischen Partei (welche derzeit in der Regierung ist), verabschiedete.

Unter der Gesetzgebung von 1997 war die zwangsläufige Privatisierung weiterhin nicht vorgeschrieben und wurde selbstständig durch die ArbeiterInnenversammlung der Unternehmen entschieden. Jedoch (...) erhielten die ArbeiterInnen einen kleineren Anteil der Aktien des Unternehmens. So bekam der Staat 30% der Aktien und lediglich 70% wurden den ArbeiterInnen zu einem niedrigeren Preis angeboten. Auch außenstehende Personen konnten billige Aktien erwerben, da ihr Unternehmen von einer Privatisierung ausgeschlossen war (wie Krankenhäuser, Schulen oder Polizei, aber auch Unternehmen in der Militärindustrie sowie im Banken- und Versicherungssektor). (...)

Nach der demokratischen Wende im Oktober 2000 wurde die Situation noch radikaler. Neue neoliberale Gesetze wurden verabschiedet. Die Privatisierung der Unternehmen in gesellschaftlichem Besitz war nun obligatorisch und sollte 2008 beendet werden. Gemäß dem neuen Gesetz konfiszierte der Staat die Unternehmen und verkaufte 70% über Auktionen oder Tender. Die restlichen 30% wurden den ArbeiterInnen zwar umsonst gegeben, ihr Mitbestimmungsrecht war jedoch de facto beendet. Auf diese Weise wurden das gesamte Eigentum in gesellschaftlichem Besitz verkauft. Auch die Privatisierung des öffentlichen Sektors (Elektrizität, Öl, Telefonunternehmen?) wurde kürzlich begonnen (...). Wie erkennbar ist, erscheint der Kapitalismus in Serbien »sozial anerkannt« zu sein. Durch den zehnjährigen Krieg, die wirtschaftlichen Krisen sowie Druck von Seiten der Regierung, die ein Ende der ArbeiterInnenselbstverwaltung propagierte, verkauften die meisten ArbeiterInnen ihre Aktienanteile an die erstbesten InvestorInnen, die ihnen einen angemessenen Preis boten. In einigen wenigen Fällen entschieden sie sich, ihre Eigentumsrechte zu bewahren.

Der Kampf um »Jugoremedija«

Jugoremedija, ein Pharmazieunternehmen in Zrenjanin, wurde nach dem Gesetz von 1997 privatisiert. 42% der Aktien gehörten zunächst dem Staat (...). Ungefähr 30% der 58% der kleinen ShareholderInnen wird von ehemaligen und derzeitigen ArbeiterInnen von Jugoremedija kontrolliert. Die andere AktieninhaberInnen sind Außenstehende, welche überwiegend Interesse am Verkauf der Aktien zu guten Konditionen haben. (...)

Im August 2002 entzog sich der Staat der Verantwortung: Das Unternehmen wurde an einen berüchtigten Großindustriellen aus der Milosevic-Ära namens Jovica Stefanovic-Nini verkauft, der bereits von Interpol wegen Zigarettenschmuggels gesucht wurde. Mit dem Kauf verpflichtete er sich zudem dazu, in die Sanierung des Unternehmens zu investieren. (...) Nach Beendigung der Investition sollte eine Rekapitalisierung Jugoremedijas vorgenommen werden, welche die Anteile Stefanovics am Unternehmen erhöhen und er somit der Mehrheitseigentümer werden würde. Die ArbeiterInnen und die kleinen ShareholderInnen wussten jedoch nichts über diesen Teil des Vertrags. (...)

Nach dem Verkauf der 42% durch den Staat begannen die ArbeiterInnen, sich zu organisieren und wendeten sich an die außenstehenden AnteilshaberInnen. Auf der Aktionärsversammlung im März 2003 stellte Stefanovic sein Investitionsvorhaben vor, welches sich auf den Kauf von Rohmaterial beschränkte und die Sanierung des Unternehmens nicht vorsah. Er erklärte den anderen ShareholderInnen, dass dies Teil des Vertrags mit dem Staat sei. Die ArbeiterInnen und kleinen AnteilshaberInnen, welche durch Zdravko Deuric repräsentiert wurden, lehnten diesen Vorschlag ab. Stefanovic reagierte einige Tage später mit der Entlassung von Deuric sowie dem Gewerkschaftsleiter Vladimir Pecikoza.

Logo Jugoremedija

Der ArbeiterInnenstreik begann im Dezember 2003. Es wurde die Wiedereinstellung von Deuric und Pecikoza sowie die Beendigung des Mobbings der ArbeiterInnen gefordert. Stefanovic erklärte sich am 6. Januar mit den Forderungen einverstanden, setzte jedoch kurze Zeit nach Rückkehr der ArbeiterInnen in die Firma ein privates Sicherheitsteam ein, welches die ArbeiterInnen bewusst provozierte. In der Zwischenzeit, die Entscheidungen der Aktionärsversammlung waren bereits vergessen, wurde Stefanovic vom Wirtschaftsgericht in Zrenjanin als 64%iger Besitzer eingesetzt, was durch einen Zufall aufgedeckt wurde. Die ArbeiterInnen reagierten erneut mit Streik. Trotz der Einschüchterungsversuche konnte die »private Sicherheitsarmee« gemeinsam mit Stefanovics Management im März 2004 vom Gelände der Fabrik vertrieben werden. Die Besetzung der Fabrik folgte.

Da nun auch die Bedingungen des Kaufvertrags zwischen dem Staat und Stefanovic bekannt wurden, wendeten sich die ArbeiterInnen an den Staat und forderten, den Vertrag mit Stefanovic zu beenden, da er seinen Verpflichtungen nicht nachkam.

Nach Verhandlungen mit Wirtschaftsminister Predrag Bubalo erklärten sich die ArbeiterInnen bereit, die Rückkehr des Managements von Stefanovic in die Fabrik zu gewähren und eine vorläufige Zusammenarbeit anzustreben, bis das Gericht zu einer Entscheidung gekommen sei. Außerdem stimmte Stefanovics Geschäftsführer Aleksander Radovanovic zu, dass die ArbeiterInnen Jugoremedijas für ihre Sicherheit zu sorgen haben und die »private Armee« entlassen werden sollte. Am 16. August, entgegen der Abmachungen, brachen jedoch erneut ca. 120 Mitglieder der Armee Stefanovics in die Fabrik ein und entfernten die ArbeiterInnen von ihren Arbeitsplätzen. Andere Streikende kamen zur Hilfe. Es kam zu handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen den Streikenden und dem Sicherheitsteam. Die Polizei versuchte die beiden Gruppen zu trennen und zwischenzeitlichen Frieden herzustellen. Nun befanden sich beide Seiten in der Fabrik.

Nach einigen Tagen, in denen sich der status quo nicht änderte, provozierte die Privatarmee Stefanovics am 19. August einen erneuten Zwischenfall (...). Der Polizeichef der Sondereinheit veranlasste, dass Deuric und drei andere StreikleiterInnen sofort festgenommen wurden. Ihnen stand 10 Tage Einzelhaft und eine Verurteilung wegen »Verursachung öffentlichen Ärgernis« bevor. Zudem entließ Stefanovic in den darauf folgenden Tagen 150 streikende ArbeiterInnen.

Während der kommenden zweieinhalb Jahre kämpften 150 ArbeiterInnen mit Hilfe der kleinen AnteilshaberInnen, der Gewerkschaft und anderen alternativen Gruppen und Medien, legal und in Form von direkten Aktionen darum, den Vertrag zwischen Stefanovic und dem Staat aufzuheben. Am 1. März 2007 war es soweit! Jugoremedija wurde die erste Fabrik, welche von ihren ArbeiterInnen als ShareholderInnen geführt wurde. Der Vertrag mit Stefanovic wurde aufgehoben und alle kleinen ShareholderInnen unterstützten die ArbeiterInnen beim Aufbau ihres Managements, so dass Deuric der Geschäftsführer von Jugoremedija wurde.

Doch bereits im November 2006, nachdem Stefanovic realisierte, dass er den Kampf verlieren würde, stoppte er die Produktion. Er versuchte den Bankrott von Jugoremedija herbeizuführen, so dass er sie erneut als einziger Besitzer hätte aufkaufen können. Im März 2007 versuchte zudem der Staat das Unternehmen in die Insolvenz zu treiben, da Stefanovic seine Steuerschulden nicht beglichen hatte. Die ArbeiterInnen schafften es jedoch, durch eine Reorganisation der Produktion die Schulden in wenigen Wochen zu bezahlen. Bei einer Aktionärsversammlung 2007 wurde den anderen AnteilshaberInnen vom »ArbeiterInnen-Management« vorgeschlagen, keinen neuen Investor zu suchen, sondern die eigenen Profite von Jugoremedija zu reinvestieren. Die kleinen ShareholderInnen unterstützten dieses Vorgehen. Der Staat als 42%iger Anteilshaber war zwar an der Entscheidung nicht beteiligt, jedoch stimmte das Wirtschaftsministerium einem Verkauf ihrer Aktien erst nach der Sanierung zu. Nach den Plänen des »ArbeiterInnen-Managements« sei diese im August 2009 beendet. (...) Zu befürchten ist, dass er (der Staat) und die außenstehenden AnteilshaberInnen eine gemeinsame Mehrheit bilden und die Interessen der ArbeiterInnen unterwandern. Die ArbeiterInnen versuchen demnach in einem konstanten Dialog mit den kleinen AnteilshaberInnen zu stehen. Wie die Situation im August 2009 aussieht, ist jedoch schwer vorherzusehen.

Ergebnisse

Heute ist Jugoremedija das einzige Unternehmen in Serbien, welches von seinen ArbeiterInnen geführt wird. Obwohl das Modell heutzutage nicht mehrheitlich auf die serbische Ökonomie angewendet werden kann, zeigte Jugoremedija anderen serbischen ArbeiterInnen, dass ein solidarischer Kampf erfolgreich beendet werden kann und dass auch die schlimmsten und gefährlichsten Kriminellen mit öffentlicher Unterstützung geschlagen werden können. Inspiriert und mit Unterstützung von Jugoremedija, haben anderen Fabriken in Zrenjanin ihren Kampf nach dem 1. März 2007 radikalisiert.

Wer Interesse hat, mehr über die ArbeiterInnenbewegung in Serbien zu erfahren, ist eingeladen mit Ivan Zlatic und dem Arbeiter Branslav Markus von Jugoremedija auf dem Kongress für Solidarische Ökonomie vom 20. bis 22. Februar 2009 Erfahrungen auszutauschen und zu diskutieren. Ivan ist Mitglied des Freedom Fight Kollektivs und gemeinsam mit Branslav Markus in der Bewegung EQUALITY engagiert. Weitere Informationen: www.freedomfight.net●

Übersetzung: Kathrin Jurkat, gekürzte Fassung

www.jugoremedija.co.yu

Anzeige

Skilanglaufreisen nach Skandinavien
Die VAGABUNDEN
www.die-vagabunden.de
☎ 0 52 01 - 73 47 42

REZENSION

Die Internationalen Essener Songtage 1968

Heute sind sie vergessen, die *Internationalen Essener Songtage*, die Ende September 1968 in Essen im Ruhrgebiet, fernab von den Zentren der Studentenbewegung stattfinden. 200 MusikerInnen aus zehn Ländern treten auf, 40 Veranstaltungen an mehreren Orten zählen 40.000 BesucherInnen. Die Songtage sind das erste große Rock-, Pop- und Undergroundfestival in Europa. Viele später sehr bekannte Musiker, wie etwa The Fugs, Jimi Hendrix, Frank Zappa, Alexis Korner oder Roger Chapman, treten dort auf, die von Übersee kommenden teilweise zum ersten Mal auf dem europäischen Kontinent. Natürlich sind auch die Krautrocker vertreten, etwa durch »Guru Guru«, oder die wohl unvermeidlichen Liedermacher, wie etwa Franz Degenhardt, Hannes Wader oder Dieter Süverkrup. Der Subkulturpapst Rolf Schwendter und andere halten Vorträge. Pressereferent der Großveranstaltung ist Henryk M. Broder.

Das Ruhrgebiet und Essen sind im Jahr 1968 noch Provinz, es gibt im Ruhrgebiet nur die 1962 gegründete Universität in Bochum. In Essen war im Februar 1968 Dutschke aufgetreten, an Ostern wurde nach dem Attentat auf Dutschke der lokale Springerverlag blockiert. Im Oktober 1968 wurde dann in Essen die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) gegründet. 3.000 demonstrieren gegen den Einmarsch der Warschauer Pakt Staaten in der CSSR: Anfang September 1968 findet der Katholikentag in Essen statt und es zeigt sich öffentlich, wie die »Pille« auch das katholische Milieu durcheinander bringt.

Die Autoren stellen die vielen Interpreten ausführlich vor und erzählen die Geschehnisse dieser fünf Tage samt ihres Vorlaufes und ihrer Nachwirkungen. Sie zeigen, wie die Songtage auch durch die liberale Jugend- und Kulturpolitik der Stadt Essen mit ermöglicht werden, so leistet die Stadt eine Bürgschaft über 150.000 EUR, und sich doch gleichzeitig vom Establishment abzugrenzen versuchen.

Initiator der Songtage war der Musikjournalist Rolf-Ulrich Kaiser, der später als Produzent und Veranstalter in den kommenden Jahren der ungekrönte Kaiser der deutschen Elektronikmusik und des Krautrock werden sollte. Der manische Arbeiter Kaiser bezog sich mit seiner Idee auf die großen amerikanischen Festivals, wie etwa Monterey, gleichzeitig wollte er, so Mahnert/Stürmer, ursprünglich ein »Song-Festival« veranstalten. Sozusagen in Fortsetzung der Folklore-Festivals, die seit 1964 auf Burg Waldeck im Hunsrück stattfinden. Dass da ein Underground-Festival stattfinden sollte, wurde erst wenige Wochen vorher klar und auch nach außen so kommuniziert. Den vielen Teilnehmenden war das alles vermutlich herzlich egal. Sie spürten, wie am Schluss des Buches in zehn Beiträgen von damals Beteiligten dokumentiert wird, hier passiert etwas und wollten dabei sein.

Die beiden Autoren haben sich bewusst für ein parteiliches und auch persönliches Buch entschieden, sie verschweigen nicht, dass es auch damals schon eine Kritik am Ausverkauf der Hippiebewegung gab, war doch nicht nur die Kulturindustrie auf den neuen subkulturellen Modernisierungsschub in den Ländern des globalen Nordens aufgesprungen, ja hatte ihn womöglich selbst mit hervorgerufen. Mahnert und Stürmer haben ein ungemein spannendes und anschaulich geschriebenes Buch vorgelegt, das nicht nur die Ereignisse der Songtage selbst, sondern auch das ganze Geschehen rundherum detailliert schildert. Es macht deutlich, wie »subversiv« so ein Festival zu jener Zeit war, dafür muss man sich nur die auf Seite 48 dokumentierten Ergebnisse der Schlagerparade 1968 anschauen, die dreimal Heintje, Roy Black und einige andere auf den ersten zehn Plätzen aufweist.

Mahnert unterhält auf seiner website eine Rubrik zu den Songtagen, siehe
www.detlev-mahnert.de/est68.html●

Bernd Hüttner

Detlev Mahnert/Harry Stürmer: Zappa, Zoff und Zwischentöne. Die Internationalen Essener Songtage 1968; Klartext Verlag, Essen 2008, 309 S., 22,90 EUR

RECHTSPOPULISMUS

Altes Gespenst in neuen Kleidern

Wer vom Rechtspopulismus spricht, soll vom Populismus nicht schweigen.

Roman Schweidlenka

POPULISMUS

Der Begriff stammt aus dem ausgehenden 19. Jahrhundert und bezog sich auf eine Bewegung von Bauern, die gegen das Großkapital der Ostküste und die Zentralregierung in Washington und für landwirtschaftliche Genossenschaften kämpfte. Beeinflusst war diese Strömung vom Protestantismus. Das einfache Landleben wurde als Idealzustand gepriesen, der durch den gesellschaftlichen Wandel, den die Industrialisierung mit sich brachte, gefährdet wurde. Feindbild war die angeblich dekadente, korrupte und atheistische großstädtische Bevölkerung, vor allem die Unterschicht. Auch ein Einwanderungsstopp für Menschen mit nicht christlichem Bekenntnis wurde gefordert. Rassismen gegen farbige Menschen tauchten im Rahmen dieser Strömung auf.

Im Prinzip ist der Populismus eine Politik, die sich um Volksnähe bemüht bzw. dies vorgibt und die Ängste, Frustrationen und Unzufriedenheit in Phasen gesellschaftlichen Wandels instrumentalisiert, um daraus politisches Kapital zu schlagen. Appelliert wird an Ängste und Gefühle, einfache Lösungen, die in einer komplexen Gesellschaft nicht greifen, werden propagiert. Charismatische Führungspersönlichkeiten sind für den Populismus unverzichtbar. Populär ist zur Zeit der Rechtspopulismus, es gibt jedoch auch einen zur Zeit wenig diskutierten Linkspopulismus.

RECHTSPOPULISMUS

Hier handelt es sich um eine sich in den 1980er Jahren in Westeuropa bildende, nunmehr in allen europäischen Ländern anzutreffende politische Strömung, deren FührerInnen sich als Anwälte des »kleinen Mannes« / der »kleinen Frau«, der (angeblich) unterdrückten Interessen der »schweigenden Mehrheit« präsentieren. Sie erklären sich zu Anwälten der »Geschröpften«, im eigenen Staat immer unfreieren und entfremdeteren BürgerInnen. Sie schauen im wahrsten Sinne des Wortes einem Teil des Volks »aufs Maul«, geben die Meinung der Stammtische wieder, erscheinen dadurch als authentisch, »echt« und volksnahe. Gleichzeitig wird die Meinung dieses Teils der Bevölkerung als Ansicht der »Anständigen«, »Guten«, »Braven« definiert.

Gleichzeitig gebärden sich RechtspopulistInnen, als hätten sie das Interpretationsmonopol der »Volksmeinung«. Da fällt es meist nicht auf, wenn sich diese Volksmeinung öfters ändert und ein und dieselbe Partei innerhalb weniger Jahre oft widersprüchliche Standpunkte vertritt. Was sich nicht ändert ist die Betonung nationaler Interessen und eines nationalen Wir-Gefühls. Damit verbunden wird eine klare Trennung zu den »Anderen«, die als Schuldige und als Feindbilder für alle Probleme hingestellt werden: So z.B. AusländerInnen, Juden, ausgeflippte oder nicht der bürgerlichen Norm angepasste Jugendliche, linke Demonstranten etc.. Sprachliche und religiöse Vereinheitlichung, also antipluralistische Konzepte, werden vertreten. Das gipfelt in Forderungen nach Zuwanderungsstopp, Ablehnung der multikulturellen gesellschaftlichen Realität, Verbot des Moscheenbaus etc. Vorurteile und Vereinfachungen werden gleich mitgeliefert, die Intoleranz und Hass gegen alles »Andere«, Fremde schüren. Damit verbindet sich auch meist eine grundlegende Skepsis gegenüber der EU bzw. deren Ablehnung.

RechtspopulistInnen erwecken in polemischer Weise den Eindruck, alle anderen Parteien seien gefügige Vollstrecker der Globalisierung und der damit verbundenen Modernisierung und wirtschaftlichen und sozialen Verunsicherung der Menschen. Andere Parteien erscheinen so als Verräter an den Traditionen und der tradierten Kultur, als deren Totengräber. Motto: Liberale »Weicheier« gegen heldenhafte, mutige, standhafte VertreterInnen des Volkes. Sie versprechen, das verkrustete »alte« Parteiensystem mit seinen Günstlingen zu reformieren bzw. umzukrempeln. Die herrschende politische Klasse und die von ihr angeblich protegierten Minderheiten werden oft als korrupt beschimpft. Beschimpfungen zählen zu den Standardmethoden. RechtspopulistInnen präsentieren sich als echte und kernige Hüter der Gesellschaft und des »gesunden Volksempfindens«, die einen Schutzwall gegen alles Bedrohliche errichten können und wollen. Der Rechtspopulismus lebt von der Abwehr von Veränderungen, die den Status Quo bedrohen. Er ist damit zeit- und ortsgebunden gemäß den Vorgaben der jeweils nationalen Unzufriedenheit. Ein internationalistischer Rechtspopulismus hat wenig Chancen auf Erfolg. Ungeachtet seiner Abwehrgebärden gegen alle Neuerungen schwankt der Rechtspopulismus aber zwischen »alten« und neoliberalen Werthaltungen und Forderungen.

Rechtspopulisten wühlen in den Sorgen, Nöten, Ängsten der Menschen und manipulieren diese gemäß ihren Interessen. Sie nehmen Bezug auf leicht verständliche und leicht nachvollziehbare Probleme im Alltag der Arbeiter, Angestellten, Jugendlichen und »Hausfrauen«. Einfache Lösungen werden für komplexe Probleme angeboten.

»Das Elend des Rechtspopulismus ist in einem der Ausdruck des wirklichen Elends und in einem der Protest gegen das wirkliche Elend. Der Rechtspopulismus ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt, wie er der Geist geistloser Zustände ist. Er ist das Opium des Volkes.« (Peterseil, S.7)

Unterschied des Rechtspopulismus zu Rechtsextremismus / Neonazismus:

Der Rechtspopulismus lehnt bestehende Institutionen des demokratischen Staates nicht zwangsläufig ab, während der Rechtsextremismus und Neonazismus demokratische Verfahren und Institutionen ablehnt und zu einer Wurzel allen Übels in der Welt erklärt. Die Grenze ist nicht exakt zu ziehen. Offensichtlich kommt der Rechtspopulismus ohne Ideologieanleihen beim Rechtsextremismus nicht aus. Der Neonazismus ist ein radikalisierter Rechtsextremismus mit deklarierter Gewalttätigkeit bei gleichzeitiger Verherrlichung des und Bekenntnis zum Nationalsozialismus. Hier gibt es neben dem Hitlerismus auch die Anlehnung an den »linken« nationalen Sozialismus der Brüder Strasser, der nach der Machtübernahme Hitlers in die Opposition gedrängt wurde.

GRÜNDE FÜR RECHTE STRÖMUNGEN

Gesellschaftlicher Wandel unter der Fahne des Neoliberalismus führte zu einer starken Verunsicherung breiter Bevölkerungsschichten, die von den etablierten Parteien und PolitikerInnen nicht oder zu spät wahrgenommen wurde. Viele Bevölkerungskreise verloren in den letzten Jahren ihr gewohntes Lebens- und Wertesystem, das Gefühl von Zugehörigkeit zu und Identität mit dieser Gesellschaft.

Demokratische Politik und deren Parteien haben sich vielen WählerInnen entfremdet. Volksnähe wird nur mehr künstlich über Events vor Wahlen simuliert, ist oft aber in der Realität nicht gegeben, was die Menschen spüren. Rechtspopulisten erwecken, manchmal NLP-geschult, den Eindruck, mit dem »kleinen Mann«, der »kleinen Frau« zu fühlen, einer der ihren zu sein. Widersprüche werden dann meist nicht mehr wahrgenommen.

Gleichzeitig wichen klare ideologische und weltanschauliche Positionen einem Attraktivitätswettbewerb zwischen den Stars der Parteispitzen und inszenierten Politshows ohne Inhalt und Tiefe. Der Verlust klarer Profile wirkte sich negativ auf die Akzeptanz der PolitikerInnen durch die Bevölkerung aus. Die Verwässerung klarer inhaltlicher Positionen ließ einen größer werdenden Untergrund für unterdrückte Themen und Probleme entstehen, die Öl auf die Mühlen rechter Strömungen sind. Entstandene »Problemstaus« und politische Erstarrung spielen rechten AgitatorInnen in die Hände.

Im Interesse des Neoliberalismus wurden steigende Profite und Aktienkurse bei gleichzeitiger Kaputtjammerung des Sozialbereichs zur politischen Religion. »Keine einzige Partei hat sich in den letzten 15 bis 20 Jahren auch nur im Geringsten um den neoliberalen Alltag gekümmert: nämlich die ständigen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen, überall sind die Arbeitsstellen unterbesetzt, die Leute müssen immer mehr leisten, ständig schweben Drohungen von Auslagerungen und Personalabbau über den Menschen. Du bist nichts, denn der Profit ist alles. ... das neoliberale Wirtschaftssystem ist die Basis für ein System, das die breite Masse der Menschen nicht nur ausbeutet, sondern zunehmend ängstigt, frustriert und knechtet.« (Peterseil, S.7)

Zusätzlich löste sich die Milieuverankerung der demokratischen Parteien immer mehr auf. Der gesellschaftliche Wandel brachte so genannte ModernisierungsverlierernInnen und -gewinnerInnen mit sich. Mit dem sozialen Abstieg bedrohte Schichten – das betrifft zur Zeit den gesamten Mittelstand – fühlen sich zu Recht stark verunsichert und werden zum Wählerpotential rechter Parteien, die hier Abhilfe und Schutz versprechen. Bröckelt der gewohnte und als selbstverständlich angesehene Lebensstil des Mittelstands ab, rückt eine Krise mit politisch bedenklichen Folgen in greifbare Nähe. Die soziale Schlechterstellung in der Folge neoliberaler Politik ist heute für viele BürgerInnen zu einer realen, nicht demagogisch suggerierten Erfahrung geworden. Die wirtschaftlich begründete Integrationsfähigkeit der westlichen Wohlstandsgesellschaften, die den rechten Strömungen ihre Grenzen wies, hat deutlich nachgelassen. Zusätzlich erzeugt die »Entgrenzung der Welt«, die Auflösung regionaler und nationaler Einheiten und Identitäten, Angst- und Bedrohungsstimmungen. Dazu kommt der Zerfall sozialer Bindungen und Sicherheiten. Nichts arbeitet den rechten Strömungen so entgegen wie der Abbau des Sozialstaates, der in Österreich nach 1945 als Bollwerk gegen den Faschismus von allen Parteien begriffen und gefördert wurde.

Die ideelle Grundhaltung in allen europäischen Ländern ist deutlich intoleranter geworden. Rechte Strömungen stehen außerhalb des seit 1945 bestehenden demokratischen Konsens der politischen Systeme. Der Erfolg rechter Parteien lässt befürchten, dass die Dämme gegen rechte Politik endgültig zusammenbrechen werden, falls ungünstige Umstände (Arbeitslosigkeit, Wirtschaftskrise etc.) zunehmen. Der weitere Abbau sozialstaatlicher Errungenschaften und die zunehmende Verrohung des Arbeitslebens, verbunden mit der zunehmenden seelischen und wirtschaftlichen Ausbeutung vieler Menschen, wird eine weitere Verstärkung rechter Parteien und Denkmuster produzieren. Ein Siegeszug rechtsextremer und rechtspopulistischer Politik scheint vorprogrammiert zu sein.

Sozialer Ausgleich und soziale Gerechtigkeit, die Schaffung neuer Sicherheiten und eines begründeten Zukunftsoptimismus sowie die Ersetzung neoliberaler Härten durch eine neue bunte und freie Lebenskultur sind hier die Medizin, die zu einer Stärkung der angeschlagenen Demokratie verschrieben werden sollte. Dazu gehört auch ein Weg weg von der Eventpolitik hin zu klaren inhaltlichen Positionen und Profilen.

Ein neuer modernisierter Faschismus bzw. ein »Faschismus light« ist europaweit eine möglich gewordene Option. Sie kann – muss aber nicht! – gesellschaftliche Realität werden. Letztlich wird die Art der politischen Zukunft maßgeblich vom Engagement junger Menschen abhängen.●

Verwendete Literatur:
Heribert Schiedl: Der rechte Rand. Extremistische Gesinnungen in unserer Gesellschaft, Wien 2007, primär S.23-31
Hans-Gerhard Jaschke: Politischer Extremismus. Lehrbuch, Wiesbaden 2006
Willibald I. Holzer: Rechtsextremismus. In: DÖW (Hg): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, Wien 1993, S.11-96
Gertrud Hardtmann: 16, männlich, rechtsradikal, Düsseldorf 2007
Erwin Peterseil: Rechtsruck in Österreich, in: Antifa-Info Nr. 142 (4 / 08), S.4-8
Populismus, in: Wikipedia, 5. 11. 08
Friedrich-Ebert-Stiftung: Rechtspopulismus in Europa, in library.fes.de, 5.11.08
Rechtspopulismus, in www.politikwissen.de, 5.11.08

Anzeige

Anzeige

REZENSION

Frauen-KZ Ravensbrück

Die Lebensspuren verfolgter Frauen zeigt der soeben erschienene Band »Frankfurt am Main – Frauen-KZ Ravensbrück« auf. Die fünf Autorinnen hatten sich vorgenommen, die Wege von Frauen nachzuzeichnen, die nach Ravensbrück verschleppt wurden – mit etwa 100 Biografien hatten sie gerechnet. Im Lauf ihrer Recherchen stießen sie auf 276 Frauen, die alle das gleiche Schicksal erlitten. Jüdinnen und ausländische Zwangsarbeiterinnen, die in Frankfurt unter unwürdigsten Bedingungen leben und arbeiten mussten, bilden einen großen Teil der Verfolgten. Aber auch Sinti und Roma-Frauen, politisch Verfolgte oder Angehörige der Zeugen Jehovas und der Christlichen Wissenschaft wurden wegen ihrer ethnischen Zugehörigkeit oder ihrer Überzeugung in das berüchtigte Frauen-KZ verbracht.

Mit den Namen der fast 300 Frauen wird ihre Geschichte wieder lebendig. In dem Buch ist mit vielen Details nachzulesen: Wo kamen sie her? Wo lebten sie? Wo arbeiteten sie? Die vertrauten Frankfurter Häuser und Straßennamen tauchen auf: der Sandweg 35, wo Melitta Gottwald bis zu ihrer Verhaftung wohnte, das Haus Weberstraße 29, das als »Judenhaus« fungierte, oder die Naxos-Union, auf deren Gelände über 700 Zwangsarbeiterinnen schufteten. Kaum ein Ort in Frankfurt, der von den Verbrechen der Nazi-Zeit unberührt geblieben ist. Die Fotos der Frauen und vieler Gebäude sowie eine sich durch das gesamte Buch ziehende Straßenkarte der Stadt machen die Schicksale nachvollziehbar – und aktuell. Die Leserinnen und Leser werden mit wacherem Blick und geschärftem Bewusstsein durch die Frankfurter Straßen gehen. Gefördert wurde dieses Projekt durch das Frauenreferat der Stadt Frankfurt am Main, der Naspa-Stiftung, der Stiftung Polytechnische Gesellschaft Frankfurt am Main, der Hans-Böckler-Stiftung, der Dr. Hildegard-Hansche-Stiftung sowie vom Autonomen FrauenLesben Referat der Uni Frankfurt.●

Gabriela Prein

»Frankfurt am Main – Frauen-KZ Ravensbrück«. Herausgegeben vom Studienkreis Deutscher Widerstand 1933 – 1945, VAS 2009

SOLIDARWIRTSCHAFT

Bedeutung der Genossenschaften für gewerkschaftliche Politik

Neue Genossenschaftsansätze können für die Arbeit im Spannungsfeld von abhängiger Beschäftigung und Selbständigkeit, aber auch von Gestaltung der Daseinsfürsorge und selbstorganisierter Sicherung sozialer Strukturen bedeutend sein. Im Rahmen des Forschungsschwerpunkts »Mitbestimmung im Wandel« wurde dazu von der Hans-Böckler-Stiftung eine kleine Literaturstudie gefördert.

Burghard Flieger/Herbert Klemisch, Red. Genossenschaften ● Historisch waren Teile der Gewerkschafts- und der Genossenschaftsbewegung in Deutschland eng miteinander verknüpft. Typische erste Arbeitergenossenschaften entstanden im Tischler-, Schneider-, Zigarrenherstellungs- oder Bauhandwerk. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung geht aber im Rahmen der wechselhaften Geschichte immer stärker auf Distanz zu den Genossenschaften. Insbesondere Produktivgenossenschaften bergen aus Gewerkschaftssicht zwei Hauptgefahren: Einerseits kann die Selbsthilfe der Produzenten scheitern. Sie bindet dabei »ohne Aussicht auf Erfolg« Kräfte, die dem gewerkschaftlichen Engagement

Genossenschaften, Gewerkschaften und Partei als drei Säulen der Arbeiterbewegung: Wie kein anderer verkörpert Adolph von Elm in seiner Person Brückenschlag und Bündnis zwischen Genossenschafts- und Gewerkschaftsbewegung in Deutschland.

fehlen. Außerdem, so wird befürchtet, können deren Mitglieder ins »Unternehmerlager« überwechseln.

Wenig wechselseitige Beachtung

Die Erfahrungen sind anders: Produktivgenossenschaften sind wirtschaftliche Organisationen in der Verfügungsgewalt der Arbeitnehmer. Dies zeigt die historische, die sozialpolitische und die rechtliche Analyse. Sie nutzen sie als existentielles Selbsthilfeinstrument und zur Erweiterung ihrer sozialen und ökonomischen Absicherung. Nur selten werden sie als Sprungbrett zum sozialen Ausstieg aus der Arbeitnehmerschaft genutzt. Eine präzise Analyse für die Gegenwart steht allerdings aus.

Als Grundpfeiler gewerkschaftlicher Handlungsfähigkeit gilt noch immer überwiegend der fortwährende Verteilungskampf zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Die Vermutung liegt nahe, dass diese Fixierung die Gewerkschaften an einer flexiblen Reaktion auf die stattfindende Durchdringung des Wirtschaftslebens mit neuen Arbeitsformen und Rollenveränderungen hindert, die auf betrieblicher Ebene und an ihren Randbereichen zunehmend bedeutsam werden. Dass dieser Distanzierungsprozess nicht zwangsläufig sein muss, belegen andere, teilweise enge Beziehungen zwischen Gewerkschaften und genossenschaftlichen Unternehmen in Frankreich und Italien.

Gewerkschaften als Kooperationspartner

Die Struktur der Genossenschaft bietet einen Vorzug, der Ansatzpunkte für eine gewerkschaftliche Annäherung gibt: Mitglieder, die in genossenschaftlich organisierten Unternehmen arbeiten, erhalten – durch Arbeits- und Sozialrecht bedingt – automatisch den Status des Arbeitnehmers. Das bedeutet, sie sind grundsätzlich sozialversicherungspflichtig, werden in die Arbeitslosenversicherung aufgenommen und unterliegen dem Arbeitsrecht mit seinen Schutzbestimmungen (Kündigungsschutz, Arbeitszeitbegrenzung, Urlaubsansprüche, Mutterschutz, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall). Mit der Einbindung ins Sozial- und Arbeitsrecht und die entsprechenden Sicherungssysteme ergeben sich für die Betriebsmitglieder dauerhaft Überschneidungen mit der Situation abhängig Beschäftigter in öffentlichen und privaten Unternehmen.

Aus diesen Hinweisen wird ersichtlich, dass die sozialstaatlichen Errungenschaften der Arbeiterbewegung die Positionierung produktivgenossenschaftlich strukturierter Betriebe gegenüber dem letzten Jahrhundert stark verändert haben. Heute weist die Arbeitnehmeridentität bei solchen Unternehmen sogar eine besondere Beharrungstendenz auf. Außerdem bieten konsequente Beteiligungsunternehmen eine sozialpolitische Alternative zur fortschreitenden Auslagerung von Arbeitskräften in mehr oder weniger freiwillig gewählte selbständige Existenzen (prekäre Beschäftigungsverhältnisse).

Chancen eines Bündnisses

Die Auflösung der deutschen Gemeinwirtschaft ändert nichts daran, dass Gemeinwirtschaft als gedankliches Konstrukt existiert und je nach sozialen Problemlagen wie Arbeitslosigkeit, Versorgungslücken, sozialen Ungleichheiten und ökologischen Defiziten reaktivierbar ist. Aktuelle Diskussionen um die Solidarische Ökonomie sind ein Beispiel dafür. Im Moment erneuter Zuspitzung versucht die hilflose Politik, die »Gemeinwirtschaft« – wenn auch unter anderem Namen – wieder zu beleben. Aufgrund fehlender Aufarbeitung und Umsetzung gemeinwirtschaftlich-kooperativer Praxis findet sie dafür aber kein angemessenes Handlungswissen vor.

Weitere aktuelle Beispiele sind die Diskussionen über die Leistungsfähigkeit von Genossenschaften als Alternative zur Übernahme kommunaler und regionaler Infrastrukturleistungen durch bürgerschaftliches Engagement, u.a. Energiegenossenschaften. Ihr Beitrag zu Markttransparenz, Verbraucherschutz und Wirtschaftsdemokratie bieten ebenfalls wichtige Ansatzpunkte für eine Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften.

Gemeinwirtschaftliche Genossenschaften

Genossenschaftliche Gemeinwirtschaftlichkeit heißt Verallgemeinerungsfähigkeit der ansonsten ausschließlich auf die Mitglieder orientierten Förderinteressen. Das bedeutet, auch Einschluss solcher Zwecke, die weder unmittelbar noch mittelbar wirtschaftlich fördernd wirksam sind und im Gegensatz zu einem ökonomistischen Verständnis des Förderauftrags stehen. In Anlehnung an den engagierten Genossenschaftswissenschaftler Engelhardt kann vor diesem Hintergrund auch beim Förderziel zwischen verschiedenen Genossenschaftsarten unterschieden werden. Es gibt Genossenschaften:

● die sich ausschließlich der Förderung ihrer Mitglieder widmen wollen (Fördergenossenschaften);

● die sich neben der Förderung der Mitglieder als Hauptziel auch der Erfüllung gruppenspezifischer Aufgaben beispielsweise sozial schwacher Haushalte verpflichtet fühlen (gruppenwirtschaftliche oder schichtspezifische Genossenschaften);

● die neben der Mitgliederförderung auch öffentlichen Interessen beispielsweise durch Selbstverpflichtung zur Umweltverantwortung dienen wollen (gemeinwirtschaftliche Genossenschaften).

Viele der seit der Jahrhundertwende gegründeten Gewerkschaftshäuser wurden in der Rechtsform der Genossenschaft geführt, so auch das Gewerkschaftshaus Solingen-Wald.

Emanzipationsprozesse ermöglichen

Hieraus ergeben sich konkrete Ansätze einer Zusammenarbeit, wenn Gewerkschaften sich nicht allein als Interessenvertretungsorganisation abhängig Beschäftigter verstehen. Dazu gehört ein erweitertes gesellschaftspolitisches Verständnis im Sinne der Einflussnahme auf die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen, unabhängig ob sich dies in Form von Corporate Social Responsibility (CSR), Corporate Governance oder Nachhaltigkeitsberichten manifestiert.

Die aktuellen Erfahrungen mit vielen Kooperativen veranschaulichen, dass in dieser Form der wirtschaftlichen Zusammenarbeit eine besondere Chance für die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Bewältigung sozialer und ökologischer Defizite liegt. Auf diese Weise werden Existenzgründungen möglich, die in anderen Formen nie hätten verwirklicht werden können. Deutlich wird aber auch, dass nicht jede soziale Gruppe zu diesem gemeinsamen »Kraftakt« in der Lage ist. Die Mitglieder gelungener Genossenschaftsgründungen gehören meist nicht zu den besonders schlecht gestellten Schichten in der Gesellschaft. Dies wird teilweise mit dem Begriff Genossenschaftsfähigkeit angesprochen. Diese Fähigkeitspotentiale auch in der Arbeitnehmerschaft zu stärken, wäre gleichbedeutend mit einer fortschreitenden Emanzipation der abhängig Beschäftigten – eigentlich eine wichtige Aufgabenstellung für die Gewerkschaften.

Handlungsleitfäden, Schulungsmaterialien und Schulungen, in denen best practice zu Genossenschaftsgründungen genutzt und aufbereitet werden, bieten sich als nächste Schritte an. Bei der innova eG (info@innova-eg.de) kann einiges in dieser Richtung bereits angefordert werden (www.innova-eg.de).●

Die gesamte Studie mit dem Titel »Genossenschaften und ihre Potentiale für Innovation, Partizipation und Beschäftigung« ist erschienen als kni paper und kann angefordert werden beim Klaus Novy Institut, Dr. Herbert Klemisch, Corneliusstr. 2, 50678 Köln, E-mail: herbert.klemisch@kni.de

BUCHBESPRECHUNG

Gesetzliche Mitbestimmung in Genossenschaften

Ist das Organisationsrecht der Genossenschaft (Mitgliederförderung) mit der gesetzlichen Unternehmensmitbestimmung (Arbeitnehmerrechte) vereinbar? Welche Auswirkungen ergeben sich für die Tätigkeit der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat mitbestimmter Genossenschaften? Diesen und anderen Fragen geht Michael Schlickmann in einer umfangreichen rechtswissenschaftlichen Untersuchung nach.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Genossenschaftliche Unternehmen sind laut Gesetz der Mitgliederförderung verpflichtet. Deshalb gibt es in der Genossenschaftsliteratur immer wieder Stimmen, die eine Unvereinbarkeit von Arbeitnehmermitbestimmung und Entscheidungsautonomie der Mitglieder betonen. Michael Schlickmann verzichtet auf diese stark ideologische Facette. Er verdeutlicht, dass Großgenossenschaften, in denen das Mitbestimmungsrecht greift, sich ausgeprägt von Selbsthilfegenossenschaften unterscheiden, in denen die unmittelbare Mitgliederförderung im Vordergrund steht. Sein Zwischenergebnis: »Auch genossenschaftliche Unternehmen sind in den Anwendungsbereich der erweiterten Mitbestimmung nach dem MitbestG einzubeziehen, wenn auf die durch die Trennung von Willensbildungs- und Leitungsmacht veränderten Legitimationsstrukturen von Großunternehmen abgestellt wird« (S. 71).

Vorrang der Mitgliederinteressen

Der gesetzliche Förderauftrag schafft allerdings eine verbindliche Basis zugunsten des Vorrangs der Mitgliederinteressen, von der sich der Repräsentationsauftrag der Arbeitnehmervertreter im Sinne der gesetzlichen Unternehmensmitbestimmung unterscheidet. Für die Aufsichtsratsmitglieder wird im weiteren Verlauf der Ausführungen das genossenschaftliche Unternehmensinteresse als normative Leitlinie für das Überwachungshandeln herausgearbeitet.

Faktisch handelt es sich bei dem genossenschaftlichen Unternehmensinteresse um einen unbestimmten Rechtsbegriff. Wie daraus Folgerungen für konkretes Handeln bzw. konkrete Entscheidungen zu ziehen sind, bleibt letztlich offen. Insofern kann auch die Aussage von Schlickmann bezweifelt werden, dass das genossenschaftliche Unternehmensinteresse tatsächlich ein Sorgfaltsmaßstab und eine Entscheidungsnorm darstellt, aus der sich eine Bewertungsgröße zur Bestimmung der Grenzen der Verschwiegenheits- und Treuepflicht der Aufsichtsratsmitglieder ergibt.

Fehlende Umsetzungshilfen

Die Ausführungen von Schlickmann sind von einer beeindruckenden sprachlichen Prägnanz und Stringenz und gleichzeitig gut lesbar. Dennoch lassen die rein rechtsdogmatischen Überlegungen auf 522 Seiten am Ende viele Fragen offen. Ohne empirische Fundierung, wie Arbeitnehmervertreter sich in Großgenossenschaften verhalten, welche Konflikte auftreten, wie die unterschiedlichen Aufsichtsratsmitglieder agieren, ob es zu unterschiedlichen Koalitionen kommt, ob die Mitgliedervertreter stärker das genossenschaftliche Unternehmensinteresse verfolgen etc. bleibt eine gewisse Ratlosigkeit, was die handlungsleitenden Schlussfolgerungen sein könnten. Sie werden weder für die Arbeitnehmervertreter, noch für die Gewerkschaften, noch für die Unternehmensleitung, noch für die Mitglieder, noch für die Rechtsprechung so konkretisiert, dass sich daraus kommunizierbare und in Schulungen oder Qualifizierungen benennbare Anleitungen oder Hilfestellungen ableiten lassen.●

Schlickmann, Michael: Unternehmensmitbestimmung in der eingetragenen Genossenschaft – Inhalt und Umfang der Bindung der Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer mitbestimmter Genossenschaften an das Unternehmensinteresse, Band 50, Nürnberg 2007, 522 S., 79,90 EUR. (Bestellbar beim Forschungsinstitut für Genossenschaftswesen an der Universität Erlangen-Nürnberg, Findelgasse 7/9, 90402 Nürnberg
E-Mail: info@genossenschaftsinstitut.de).

Utopie, Anarchismus & Science Fiction

Die amerikanische Schriftstellerin Ursula K. Le Guin lässt sich ohne weiteres als die Grande Dame des SF-Romans titulieren. Für ihre Romane und Erzählungen, die nicht nur unter den eingefleischten Fans des Genres verbreitet sind, hat sie bereits eine Reihe von Auszeichnungen erhalten. Der Politikwissenschaftler Peter Seyferth hat die politische Philosophie, die in ihren Romanen eine bedeutende Rolle spielt, unter dem Aspekt der Zugehörigkeit zum Genre der Utopie untersucht. Dabei bilden der Anarchismus – vorrangig der Bezug auf Peter Kropotkin und Paul Goodman, der Feminismus und die philosophische Ebene des Taoismus die Grundlage, aus der sich die Gesellschaftsutopien der Autorin speisen, wie er in seiner Arbeit stringent aufzeigt.

Ausgehend von der recht groben Utopiedefinition des deutschen Anarchisten Gustav Landauer (»Die Revolution«), die von einer klassischen Dichotomie von »Topie« und »Utopie« ausgeht, knüpft er an einer Aussage von Richard Saage – dem Guru der deutschsprachigen Utopieforschung – an, der in der Forschung über libertäre Utopien immer noch einen blinden Fleck der Disziplin verortete.

Nach einer definitorischen Einführung, in der er den Utopie – sowie den Science Fiction-Begriff näher erläutert, stellt er ein Analyseraster bestehend aus fünf Kategorien vor, anhand derer er die zwischen 1962 und 2002 publizierten SF-Geschichten und Romane von Ursula K. Le Guin (knapp 50 Texte) gewissenhaft darstellt und analysiert. Dabei greift er auf ein breites Maß an Sekundärliteratur (Rezensionen, literaturwissenschaftliche Forschungen) sowie eigens für die Arbeit geführte Interviews mit der Autorin zurück.

Anschließend führt er noch als weitere Kategorien die »Homöo-Utopie« und die »Hyper-Utopie« ein, um innerhalb der untersuchten Texte weiter ausdifferenzieren zu können. Unter »Homöo-Utopie« versteht er Texte, die den Weg in Richtung einer Utopie beschreiben – ohne die Regeln einer Utopie an sich zu erfüllen. »Hyper-Utopie« ist hingegen ein Text, der Aussagen über Utopien im allgemeinen trifft. Die seine Kriterien von Utopien erfüllenden Texte werden von ihm anhand einer Reihe von Aspekten (z.B. »Arbeit«, »Sozialstruktur«, »Trennung von Kultur und Gesellschaft«) beleuchtet.

Er zeigt mit seiner Arbeit die Bedeutung des utopischen Denkens für das Schaffen von Le Guins und auch deren breite Fächerung. Ein umfangreiches Personen- und Sachregister erleichtert den Umgang mit der Arbeit Peter Seyferths darüber hinaus. Seine Arbeit kann vor diesem Hintergrund als eine erste Annäherung und Grundlagenforschung sowohl über das utopische Denken Le Guins als auch über die moderne Utopie an sich bezeichnet werden. Leider unterlässt er in seinem sehr zugespitzen und kurzen Fazit einen Ausblick auf mögliche Anknüpfungspunkte für weitere Forschungen. Ebenso bleibt er eine Begründung schuldig, warum der Begriff der Ökologie, der im Verlauf seiner Untersuchung immer wieder ins Auge sticht, nicht als eigenständige Kategorie ihres Denkens im einleitenden Teil der Arbeit thematisiert wird. Dennoch ist der Wert der vorliegenden Arbeit sowohl für FreundInnen des Science Fiction-Genres, AnarchistInnen als auch für Utopieinteressierte nicht zu unterschätzen.●

Maurice Schuhmann

Peter Seyferth: Utopie, Anarchismus und Science Fiction. Ursula K. Le Guins Werke von 1962-2002, Lit Verlag Münster 2008, ISBN: 978-3825812171, 44,90 EUR, 385 S.. [Zugl., Univ.-Diss., München 2006]

Hip Hop in Berlin

Der Titel als Programm: Das Buch »Hip Hop in Berlin« versucht, einen detaillierten Einblick in die Hip Hop-Landschaft Berlins zu vermitteln. Ganz bewusst wird dabei kritische Distanz zu den vorherrschenden Klischees gehalten, welche verallgemeinernd mit dieser Subkultur assoziiert werden. Die Anwesenheit von Sexismen oder aggressiven Gangster-Stereotypen im Hip Hop wird nicht geleugnet, aber auch nicht erhöht. Stattdessen setzt sich das Buch aus vielen Interviews mit aktiven RapperInnen, BreakdancerInnen, GraffitiwriterInnen, aber auch SozialarbeiterInnen zusammen, die ihre eigene Sichtweise auf die Kultur und ihre Probleme schildern.

Positiv fällt auf, dass über das Buch hinweg der Aspekt »Frauen im Hip Hop« eingeblendet wird – z.B. durch Gespräche mit der Breakerinnen-Crew *Tatsumaki San* oder die Dokumentation einer Graffito-Session, an der nur Frauen teilgenommen haben. Zudem ist sichtbar, dass Jugendkulturarbeit und Hip Hop zusammengedacht und Verbindungsmöglichkeit ausgelotet wurden. Abgerundet wird das Buch durch eine hilfreiche Literaturliste und ein ausführliches Glossar, das typische Szenebegriffe erklärt und damit die Lesbarkeit für »Nichteingeweihte« verbessert. Auch der Einsatz vieler Farbbilder und -fotos steigert den Lesegenuss.

Am Ende bleibt festzuhalten, dass es den HerausgeberInnen gelungen ist, eine engagierte Übersicht über die Berliner Hip Hop-Szene zu erstellen, bei der sich Innenperspektive und kritische Reflexion nicht ausschließen.●

Espi

Archiv der Jugendkulturen e.V. / Gangway e.V. (Hrsg.): Hip Hop in Berlin, 56 Seiten, 15 EUR, ISBN 978-3-940213-47-1

Keine Zukunft war gestern

Das Kollektiv IG Dreck auf Papier hat in dem vorliegenden Buch den Versuch unternommen, die Geschichte(n) des Punks in Deutschland nachzuzeichnen. Anhand von Aussagen von (ehemaligen) Fanzinemachern, Musikern und anderen Aktivisten aus der Szene wird im ersten Teil chronologisch die Entwicklung nachgezeichnet, wobei u.a. Fabsi (»Weser-Label«), Willi Wucher (»Pöbel & Gesocks«) und Klaus N. Frick (»Peter Punk«) zu Wort kommen. Dieser Abschnitt bietet einen sehr interessanten Einblick in die Entwicklung der Szene – und ist auch das Beste, was das Buch zu bieten hat.

Im Anschluss daran finden sich einzelne Essays und ein paar belanglose Interviews mit ehemaligen (und zum Teil noch aktiven) AktivistInnen. Es ist dabei ärgerlich, wenn interessante GesprächspartnerInnen, die hier durchaus ausgewählt wurden, zu irgendwelchen Nebensächlichkeiten befragt werden und bei interessanten Antworten nicht weiter nachgefragt wird bzw. wenn sich Willi Wucher, der bei der faschistischen Combo »Body Checks« dabei war, sich (unhinterfragt) über rechten Einfluss auf die Szene auslässt. Des Weiteren stellt sich die Frage, ob Jan Sobe (Jg. 1985) in seinem Alter der richtige Autor für einen Beitrag über »Punk in der DDR« ist. Da hätte es doch eine Reihe besserer AnsprechpartnerInnen dafür gegeben, die ZeitzeugInnen waren.

Illustriert wird das Buch mit über 350 Abbildungen – von Flyern, Konzertfotos, und Covern (Tapes, Platten, Fanzines). Auch hier ist das Material weitgehendst enttäuschend. Das Archiv der Jugendkulturen verfügt über Unmengen von spannenden und sehr kreativen Materialien aus jener Subkultur – stattdessen erscheint ein Großteil des Materials sehr belanglos und bekannt. Insgesamt muss man leider feststellen, dass das Kollektiv das spannende und wichtige Thema »Punk in Deutschland« in einer oberflächlichen und belanglosen Form bearbeitet hat und die darin steckenden interessanten Impulse vollständig ignoriert hat.●

DJ Chaoz

IG Dreck auf Papier (Hrsg.): Keine Zukunft war gestern. Punk in Deutschland, Archiv der Jugendkulturen Berlin 2008, ISBN: 978-3-940213457, 365 S., 28 EUR

Der Kampf gegen die Alltagsdroge Alkohol

Ob bei Professoren oder Poeten, Pennälern oder Proleten – der Alkohol ist und bleibt die Volksdroge Nummer eins. In Deutschland trinkt – rein statistisch gesehen – jeder Einwohner pro Jahr gut zehn Liter reinen Alkohol – vom Neugeborenen bis zum Greis. Dies entspricht etwa 200 Liter Bier oder 90 Liter Wein oder 25 Liter Whisky pro Kopf und Jahr. Weit über zehn Millionen Menschen in Deutschland haben nach offiziellen Schätzungen ernsthafte Alkoholprobleme, darunter rund drei Millionen Alkoholkranke, sieben Millionen beratungs- oder behandlungsbedürftige Trinker und jedes Jahr etwa 40.000 Alkohol-Tote.

Grund genug für den Diplom-Pädagogen und Psychocoach-Autor Andreas Winter, sich dieses drängenden Problems anzunehmen. Denn Alkoholiker haben es in unserer Gesellschaft schwer: Wer dem in allen Schichten und Klassen gebilligten und manchmal sogar geforderten Alkoholkonsum zum Opfer fällt und die Kontrolle über sein Konsumverhalten verliert, wird verachtet und höchst unbefriedigend therapeutisch behandelt.

Mit seinem in langjähriger Praxis bewährten und in bereits vier Bänden der erfolgreichen Ratgeber-Reihe vorgestellten Ansatz bietet Winter wieder konkrete Hilfestellungen für Betroffene und deren Angehörige. Doch polemisiert er auf gewohnt scharfzüngige Weise auch gegen etablierte Lehrmeinungen von Medizinern und sogar gegen Vertreter der Selbsthilfegruppen, die es doch eigentlich am besten wissen müssten. Denn die medikamentös behandelte Abhängigkeit vom vermeintlichen Suchtstoff und die daraus resultierende Zwangsabstinenz gehen seiner Ansicht am eigentlichen Problem vorbei: Wie schon so überzeugend am Phänomen der Nikotin»sucht« aufgezeigt, ist es eigentlich nicht der Stoff, der in den Abgrund führt, sondern letztlich die verborgene Angst, die den Geist aus der Flasche heraufbeschwört. Solange diese nicht entschlüsselt und aufgelöst wird, bleibt auch der verzweifelte Kampf der Anonymen Alkoholiker, die nächsten 24 Stunden »trocken« zu bleiben, nur ein weiteres Symptom der Hilflosigkeit.

Auf verblüffend einfache und klarsichtige Weise demontiert der Psychocoach die Widersprüche gängiger Suchtdefinitionen und erläutert an praktischen Fallbeispielen die tiefenpsychologische Methode, falsche Glaubenssätze und eingefahrene Verhaltensmuster zugunsten reflektierten Handelns aufzugeben. Erst wenn jener Knoten gelöst ist, kann auch ein Entzug erfolgreich verlaufen. Zwar plädiert der Autor offen dafür, dass beim Alkohol aus dem »Muss« ein »Kann« werden soll, doch verharmlost er keineswegs dessen Gefahren.

»Gerade für Jugendliche ist es wichtig, das Selbstbewusstsein zu stärken, statt einfach nur den Alkohol zu verbieten, um keine Trotzhaltung heraufzubeschwören, mit der dann heimlich erst recht getrunken und somit beim Heranwachsenden ein gefährliches Konsumverhalten provoziert wird«, erklärt Andreas Winter.●

diego

Andreas Winter: Der Geist aus der Flasche – Alkohol – Genuss statt Muss! mit Starthilfe-CD. Mankau Verlag, 1. Aufl. November 2008, 14,5 x 15,5 cm, 114 S. ISBN 978-3-938396-17-9, 14,95 EUR (D) / 15,40 EUR (A)

Handbücher für politisch Aktive

»Aktionstipps bis zum Abwinken« verspricht eine neue Veröffentlichung des *SeitenHieb-Verlages*. Der auf praktische Ratgeber für kreativen politischen Protest spezialisierte Verlag hat mit dem »Direct-Action-Reader« ein neues Werk herausgebracht. Damit soll eine neue Reihe entstehen, dessen erster Band das bisher erfolgreichste Verlagsprodukt war und ist: Der »HierarchNIE!«-Reader – eine Sammlung von Methoden, um in politischen Gruppen und Bildungsarbeit Hierarchien abzubauen und kreative Diskussionsmethoden zu entwickeln.

Nun geht es um das politische Geschehen draußen: Von Kommunikationsguerilla über Straßentheater, Besetzen und Blockieren, Lieder und kreatives Demonstrieren bis zur Sabotage und Gewaltfrage werden viele praktische Beispiele benannt und Tipps gegeben. Den anregenden Kapiteln steht ein grundlegendes Einleitungskapitel voran, in dem die Idee von kreativem Widerstand – »Direct Action« – beschrieben wird.

Zeitgleich mit dem Direct-Action-Reader ist auch gleich der dritte Band der Reihe erschienen. Sein Titel: »Antirepression«. In ihm geht es um kreative Methoden für einen offensiven Umgang mit Polizei und Gerichten – die vorgestellten Methoden ähneln dem anderen Band: Kommunikationsguerilla, Mars-TV, Clowns Army und Kleinstsabotage prägen auch hier die praktischen Tipps, jedoch nun bezogen auf Protest gegen Repression. Ein Bonus in diesem Reader sind die vielen Rechtstipps – zum eigenen Schutz und zum subversiven Gebrauch, um sich gegen die paragraphenschwangere Staatsmacht besser wehren zu können.

Beide Reader sind ab sofort im SeitenHieb-Verlag (www.seitenhieb.info) und über den Buchhandel erhältlich. Sie kosten je 6 EUR, haben ein großes A4-Format und farbige Einbände. 68 Seiten voll praller Widerständigkeit warten in jedem Band. Zudem hat der Verlag die drei erschienenen Reader mit den themengleichen CDs zu einem Bundle für Polit-AktivistInnen zusammengeschnürt: Für 20 Euro gibt es drei CDs und drei Reader.●

Jörg Bergstedt

DVD zum Antirassismus- und Klima-Camp 2008

Mitte August 2008 war es soweit: Antirassismus- und Klima-Camp schlugen in Hamburg ihre Zelte auf, um mehrere Tausend AktivistInnen aus unterschiedlichsten politischen Zusammenhängen und Ländern zu begrüßen. Die Vorgeschichten der beiden Camps, die sich als selbstorganisiert, basisdemokratisch und hierarchiefrei verstehen, sind sehr verschieden.

Während die antirassistische Bewegung hierzulande auf eine über zwanzigjährige Geschichte zurückblicken kann, formiert sich in Deutschland der Widerstand gegen die herrschende Klimapolitik noch. So wird das bundesweit erste Klimacamp als wichtiger Schritt gesehen, um eine linke Position im Klimadiskurs zu entwickeln und sichtbar zu machen. Es gab zwar getrennte Vorbereitungsgruppen, doch waren Infrastruktur, Workshops, Demonstrationen und Aktionen eng aufeinander abgestimmt – einschließlich der verschiedenen Themenbereiche. In diesen sollen Forderungen nach globaler Bewegungsfreiheit und ökologischer Gerechtigkeit Ausdruck verliehen werden, um die transnationale Organisierung von unten zu stärken und so zu einer solidarischeren Welt beizutragen.

Das Filmteam begleitete die AktivistInnen und DemonstrantInnen während der verschiedenen Protesttage und liefert anhand von kurzen Einführungstexten und Redebeiträgen einen Einblick in die Forderungen und Ziele der Bewegung. Dies sind und waren u.a. Auftaktdemonstration, Reclaim your Market, Atommüll, Frontex – organisierte Flüchtlingsabwehr, Ilisu-Staudamm (Türkei) verhindern!, Aktionen gegen Abschiebungen, Fluten 3.0 / Hamburger Flughafen, Gegenstrom 08/ Kohlekraftwerk Moorburg.

Die Solidaritäts-DVD mit dem Untertitel »Für globale Bewegungsfreiheit und ein ganz anderes Klima!« hat 72 Minuten und kostet 12 EUR (oder als Super-Soli: 16 EUR) plus Versandkosten. Die Hälfte der Einnahmen geht als Spende an die beiden Camps, um die verbliebenen Infrastrukturkosten zu senken.

Auf der Homepage des Produktionskollektives ist ein Filmtrailer eingebunden, der einen Einblick in den Filmaufbau und die verschiedenen Aktionstage liefert: www.zwischenzeit-muenster.de
Bestellungen und Fragen an:
film@zwischenzeit-muenster.de●

Oliver Winkel

Der homo oeconomicus und das Andere

Sexismus, Rassismus und Kapitalismus als über Identitäten verwoben zu verstehen – das ist der Ansatz des Buches »Der homo oeconomicus und das Andere«: Das Subjekt der Wirtschaftstheorie wird als Ausdruck einer Gouvernementalität begriffen, welche sich zwischen verschiedenen Herrschaftsverhältnissen herausgebildet hat, und welche Verhaltensmuster vorschreibt, die einige Identitäten begünstigt, letztlich jedoch alle Subjekte »unterwirft«.

Die Autorin untersucht als Ökonomin und als Historikerin, wie der homo oeconomicus als Fundament der heutigen Wirtschaftstheorie nicht nur das Stereotyp des weißen, männlichen Bürgers abbildet, sondern wie dieser und alle anderen sich in der Moderne herausbildenden Identitäten in Relation zu ihm – und damit zueinander – entstanden.

Wesentlich geht es der Autorin weiterhin darum, die bestehende Trennung zwischen historisch-materialistischen als auch postkolonialen und feministischen Ansätzen zu überwinden. Sie skizziert eine subjektfundierte Hegemonietheorie, wofür sie insbesondere auf Antonio Gramsci, Stuart Hall, Ernesto Laclau und Chantal Mouffe sowie Judith Butler aufbaut. Das Buch schließt mit Überlegungen für emanzipatorische Politik.

Das Werk ist Teil der Reihe Feminist and critical political economy, Band 1.●

diego

Dr. Friederike Habermann: Der homo oeconomicus und das Andere. Hegemonie, Identität und Emanzipation 2008, ISBN 978-3-8329-3716-4, Nomos Verlag, 320 S. Broschiert, 44 EUR

Eine Belegschaft wird rebellisch

(hla) Im Herbst 2007 sorgte die Belegschaft der Fahrradfabrik Bike Systems im thüringischen Nordhausen noch einmal für Aufsehen: 1.800 so genannte Strike Bikes verkauften sie innerhalb kürzester Zeit. Die knallroten Zweiräder waren ein Symbol: Zum einen zeigte die Belegschaft damit, dass die keinen Chef braucht, um eine Produktion organisieren zu können. Denn die Kolleginnen und Kollegen hatten das Werk im Juli 2007 besetzt, als der US-amerikanische Investor ihnen die ausstehenden Löhne und Abfindungen nicht zahlen wollte. Zum anderen waren die in Eigenregie produzierten Fahrräder aber auch ein Symbol für diejenigen, die die Belegschaft solidarisch unterstützen wollten. Jetzt liegt ein Film über den 115-tägigen Kampf der 135 Männer und Frauen vor. In dem 45-minütigen Streifen kommen die Arbeiterinnen und Arbeiter selbst zu Wort, erzählen über die Schwierigkeiten, eine Betriebsbesetzung zu organisieren, und wie die Idee entstanden ist, ein eigenes Fahrrad zu produzieren.

Strike Bike – eine Belegschaft wird rebellisch. Ein Film von Robert Pritzkow, Laines Rumpff und Jan Weiser. Die DVD kostet 12,80 EUR incl. einer Spende für die Belegschaft. Bestellungen über www.rsb4.de/strike-bike●

Weitere Infos:
LabourNet: Bike Systems Nordhausen / Wie alles begann – Vom Beginn der Besetzung bis zur Produktion des Strike Bike / Bike Systems seit der Produktionsentscheidung des Strike-Bikes: www.labournet.de/branchen/sonstige/fahrzeug/bikesystems.html
Pressedienst Fahrrad: »Volksrad« von Strike Bike GmbH – günstiges City-Bike:
www.pd-f.de/Archiv/ 2009-Daten/Volksrad.html
Strike Bike: Neues Fahrrad im Volksrad-Sortiment – nur 299 EUR: www.strike-bike.de/

Aus: ver.di news 08/2008

Anzeige

JOBS

RUFFINI Café Konditorei Weinhaus
wir suchen für unseren selbstverwalteten Betrieb eine/n
SERVICE-MITARBEITER/IN
als Gesellschafter/in, möglichst Serviceerfahrung, belastbar und mit Lust auf Teamarbeit;
Bewerbungen an:
RUFFINI, Orffstr. 22-24,
80637 München, ruffini@ruffini.de

ARCHIV-CD

CONTRASTE 2005 bis 2007 und der Jahrgang 1984 auf CD-ROM. Zusätzlich der »Reader der AlternativMedien« BRD/Schweiz. Für AbonnentInnen 25 EUR, sonst 35 EUR, zzgl. 3 EUR Versandkosten. Bestellungen:
zeitsprung-verlag@online.de

IM POSTFACH

Betreff:
Grundeinkommenskongress in Berlin, CONTRASTE-Nr. 291, Dez. 08

Sehr geehrte Redaktion,
denk ich an Bedingungsloses Grundeinkommen, denk ich an Kampf gegen den Terror, nämlich den Terror durch arbeits- und sozialpolitische Zwangsmaßnahmen: Weiterbildungen, Trainingsmaßnahmen, Ein-Euro-Jobs u.s.w. Lohnarbeit gründet sich auf Zwang, einen schönen, neuen und emanzipatorischen Grundeinkommens-Kapitalismus wird's daher nimmer geben können. Um so mehr fehlt in der »Erklärung über emanzipatorisches Grundeinkommen« des Berliner Kongresses die einzig realistische Forderung: Arbeits- und sozialpolitische Maßnahmen sofort von Zwang und Sanktionen freizustellen! Dies Fehlen wundert nicht, ist doch mit der Gewerkschaft ver.di als Mitunterzeichnerin der Erklärung, eine Organisation, die groß im Multimilliarden-Business der Zwangsmaßnahmen dabei ist.

Das entlarvt den Kongress als eine Veranstaltung von mehr als 600 Hansguck-in-die-Lufts, zum PR-Nutzen der Zwangsmaßnahmen-Mafia. Rettung kommt nicht von oben oder vom Staat, sondern kann nur gegen diesen und seine Hilfstruppen wie DGB, ver.di & Co. erkämpft werden. Hartz IV ohne Zwangsmaßnahmen ist hier der Einstieg in Solidarische Ökonomie, und mehr als dieser äußerst knappe Einstieg wird Arbeit und Kapitalismus niemals abzuringen sein. Der Weg aus Ägypten führt durch eine Ödnis, willkommen in der Wüste des Realen.

Mit solidarischem Gruß
Werner Braeuner

Als Vorgeschmack auf sein umfangreiches Relaxikon

DER GROSSE STOCKRAUS

(erscheint spätestens Juni im Berliner Oppo-Verlag) empfiehlt Henner Reitmeier seine eigenhändig fadengeheftete 36seitige Broschüre **SIEBEN PORTRAITS** (Alain, E. Wiechert, E. Kreuder, M. Haushofer, A. Koestler, E. Chargaff, F.G. Jünger).

Diese unterhaltsamen und aufschlußreichen Betrachtungen sind für 3 Euro incl. Versandkosten über www.henner-reitmeier.de zu haben.

DER RABE RALF
Umweltabhängiges Monatsblatt aus Berlin

Unkonventionelles & Hintergründiges aus der vielfältigen Umweltszene - von Naturschutz bis "Anders Leben" - dazu Tips, Termine & Adressen

Kostenlos an vielen Auslageorten wie Bibliotheken, Naturwaren- und Umweltläden oder für halbjährlich 10 € per Unterstützungsabo ins Haus.
Kostenlose Probenummer bei: DER RABE RALF, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, ☎ 030/4433391-47

graswurzel revolution
Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft

Graswurzelrevolution Nr. 335, Januar 09: Anti-Atom-Comic; Kriegs-Demokrat Obama; Attentate auf Bombay; Frauenrechte sind Menschenrechte; Anarchie oder Akratie?; Tracey Curtis: „Wir sind alle so winzig, aber wir haben so viel Potenzial!"; Nazi-Terror in Schweden; Jugendzeitung **Utopia** Nr. 8, u.v.m. **Schnupperabo*:** 5 Euro (3 Ausgaben, verlängert sich ohne Kündigung zum Jahresabo. Kündigung jederzeit möglich.)
GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11, 53947 Nettersheim, abo@graswurzel.net

Einbürgerung?

Seit dem 1. September 2008 müssen alle AusländerInnen und Ausländer, die einen deutschen Pass beantragen, einen Test machen. Dabei soll geprüft werden, ob sie genug über Deutschland wissen, über das politische System, über die Geschichte und über das gesellschaftliche Leben. Diese drei Broschüren enthalten alle 300 Fragen des Einbürgerungstests, außerdem die 160 Fragen der Bundesländer. Texte und Beispiele informieren über Hintergründe – über Einwanderung und Einbürgerung, über doppelte Staatsangehörigkeit und Visum zur Familienzusammenführung, über Demokratie und Ausländerwahlrecht. Die Broschüren enthalten nicht nur die Informationen, die beim Einbürgerungstest verlangt werden.
jedes Heft 48 Seiten, 2 Euro zzgl. Versand
Drei Hefte im Angebot: 5 Euro inkl. Versand
Magazin Verlag, Schweffelstr. 6, 24118 Kiel
Online bestellen: **www.brd-dritte-welt.de**

Drei Broschüren zusammen **5 Euro** inkl. Porto

Einbürgerungstest!

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Wichtig: alle Preise zzgl. 19% Mehrwertsteuer
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb! Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

Diese Zeit braucht diese Tageszeitung

Jetzt 3 Wochen gratis*

* 3-Wochen-Testabo bestellen über:
Tel. 0 30/53 63 55 50, Fax: 0 30/53 63 55 44 oder per E-Mail: abo@jungewelt.de

Probeheft gratis! da-abo@fau.org

Kalte Zeiten, heiße Seiten

Aktuelle Ausgabe (Nr. 191, Jan./Feb. 09):
► Das Elend der Leiharbeit ► Kampf gegen ABM-Schikanen ► Fauler Schein der Selbständigkeit ► Chefduzen: Forum der Ausgebeuteten ► SchülerInnen im Streik ► Widerstand in Griechenland ► USA: Migrantische Lagerarbeiter organisieren sich ► Gewerkschaften und Ökologie ► Interview mit Schorsch Kamerun ► Sozialrevolutionäres Kreuzworträtsel ► u.v.m.

DA DIREKTE AKTION
www.direkteaktion.org

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
E-Mail: contraste@online.de
Internet: www.contraste.org
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 RedakteurInnen erstellt, die aus Überzeugung schreiben, ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb, und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende.
Unser CONTRASTE-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/selbstverstaendnis.htm
Das Redaktions-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/redaktionsselbstverstaendnis.htm
CONTRASTE ist offen für Beiträge, Artikel, Berichte usw. Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Uta Knischewski, Meuschwitzstr. 2a, ☎ (03 51) 802 99 23, E-Mail: info@abfallgut.de / **06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt**, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (03 46 91) 5 24 35, E-Mail: richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa / **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: info@ricardabuch.de, Internet: www. ricardabuch.de und Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, E-Mail: post@elisabeth-voss.de / **18569 Gingst/Westrügen, Redaktion Rügen/MV**, Andreas Küstermann, Teschvitz 4, ☎ (03 83 05) 6 00 13, Fax 6 00 14, E-Mail: kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, Internet: www.presse-verlag-ostseh.de / **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de / **28201 Bremen, Redaktion Bremen**, Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56, E-Mail: bhuettner@niatu.net / **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland**, Götz Paschen, Große Str. 81, ☎ (04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torfkurier@t-online.de / **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (05 51) 488 62 27 / **51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (01 70) 583 89 00, (02 21) 640 52 45, Fax 640 31 98, E-Mail: h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (02 21) 31 57 83, E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org / **60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main**, **E-Mail:** uwe.weppler@paritaet.org / **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, E-Mail: contraste@online.de / **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald**, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (0 62 72) 36 48, Fax 35 59, E-Mail: stefan.r.riedel@web.de / **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Schulstr. 15/1, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netzbund.de / **Österreich: A-9020 Klagenfurt**, Hans Wieser, Ehrenhausenerstr. 4, ☎ (0043-46) 341 85 90, mobil: (0043-664) 643 84 37, E-Mail: vereinleben@aon.at / **Portugal:** Dieter Poschen, ☎ (00351-289) 793 560, E-Mail: contraste@online.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (07 61) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de / **Sozialpolitik, AG SPAK: 68167 Mannheim**, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎/Fax (**06 21**) **30 38 13, E-Mail:** nrschindler@aol.com / **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin**, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und 27321 Thedinhausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de / **Selbstorganisation im Alltag: 12435 Berlin**, Patrick Neuhaus, Krülllstr. 5, E-Mail: piratenutopie@uni.de / **Verkehr:** Lothar Galow-Bergemann, ☎(07 11) 560294, E-Mail: Galow-Bergemann@t-online.de / **Subversive Klangwelten**: Maurice Schuhmann, E-Mail: soziale_revolution@yahoo.de.

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, Über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag: alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., E-Mail: contraste@online.de; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 6/05
www.contraste.org/Anzeigenpreisliste.pdf
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o Zündsatz GbR
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@online.de
Internet:
www.contraste.org
Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67

Endredaktion:
contraste@online.de

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

LOS GEHT'S 2009

... und es geht wieder los. Pfingsten 2009 (**29.5. bis 2.6.2009**) findet das siebte Los Geht's statt. Veranstaltet und getragen vom Netzwerk der politischen Kommunen. Veranstaltungsort wird vermutlich Stauffenberg-Escherode (Nähe Kassel) sein.
Für mehr Infos: www.kommuja.de

NIEDERKAUFUNGEN

Wir können auch anders!
Leben in der Kommune

Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit über 20 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit etwa 75 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungsackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 3.-5.4.2009
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagungshaus@t-online.de
www.kommune-niederkaufungen.de

SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

Vom **20. bis 22. Februar 2009** findet in Wien der Kongress »Solidarische Ökonomie« statt.
Nachfolgend der Aufruf zum Kongress:
Vor dem Hintergrund einer lebendigen globalisierungskritischen Bewegung gewinnen vielfältige Projekte solidarischer Ökonomie an Kraft. Unsere Hoffnung: Initiativen, die kritische Theorien und praktische Projekte verbinden. Sie alle suchen gemeinsame Wege in Richtung gesellschaftspolitischer, ökologischer und kultureller Veränderungen. 2006 fand ein Kongress zur Frage »Wie Wollen Wir Wirtschaften?« in Berlin statt. Es kamen 1.400 Leute, statt der erwarteten 500! Ausgehend von diesem Kongress formulieren wir unsere Ziele:

- Aufzeigen von Projekten auf lokaler, regionaler und globaler Ebene.
- Den Begriff »Solidarische Ökonomie« bekannt machen.
- Austausch, Auseinandersetzung und Vernetzung in Theorie und Praxis.
- Motivieren, in diesem Sinne aktiv zu werden.

Das Verständnis von Solidarökonomie soll dabei breit angelegt werden – also bezogen auf Solidarität als gegenseitige Unterstützung und eine Ökonomie, die sich an den menschlichen Bedürfnissen orientiert und nicht umgekehrt.
Wir wollen den Begriff »Solidarische Ökonomie« bewusst nicht eng eingrenzen um sehr unterschiedlichen Konzeptionen und Ansätzen Platz zu geben und kontroversielle Diskussionen zu ermöglichen. Dabei geht es um Kritik der Geschlechterverhältnisse, Grenzregime, Kapitalismus und/oder der Zerstörung natürlicher Lebensräume und auch um einen selbstreflexiven Blickwinkel auf solidarökonomische Projekte, wie z.B.: selbstverwaltete Räume und Betriebe, alte und neue Genossenschaften, solidarische Wohnformen, Aneignung von Raum und Ressourcen, Kommunen, Unternehmungen mit sozialer Zielsetzung, Bleiberechtsinitiativen, Tauschringe, Regionalwährungen, Frauenräume und feministische Projekte, Umsonstläden, alternative Finanzierungseinrichtungen, fairer Handel, Solidarische und Interkulturelle Gärten, Volxküchen, landwirtschaftliche Direktvermarktung, Ökodörfer, OpenSource, Alternative Bildungseinrichtungen, Wissensallmende, Grundeinkommen u.v.a.m.

Näheres zur Kogressgestaltung, der Struktur, Mitgestaltung, Programm und Anmeldung:
www.solidarische-oekonomie.at

ANARCHISMUS

Anarchismus im 21. Jahrhundert
Geschichtlich hat der Anarchismus seit seiner Entwicklung ab dem 18. Jahrhundert regional eine zentrale Rolle gespielt. Bei der Märzrevolution in Deutschland und der Pariser Kommune des 19. Jahrhunderts spielten anarchistische Ideen mit, in Bayern, Mexico, Spanien und der Ukraine gelang es im 20. Jahrhundert, kurze Phasen anarchistischer Organisierung in der Gesellschaft zu etablieren. Der Anarchismus brachte eine erhebliche Menge theoretischer Arbeiten, neuer Strömungen und breit rezipierter Aktionen hervor. Dazu hat der Anarchismus wichtige Impulse für Kunst und Kultur gegeben.
Welche Rolle spielt der Anarchismus heute? Thematisiert er bestehende Herrschaftsverhältnisse, bietet er Analysen und Lösungen dafür an? Welche neuen Ansätze bietet er und wie verarbeitet er die neuen Impulse und Erkenntnisse der Forschung? Beziehen sich ProtagonistInnen zeitgenössischer wissenschaftlicher Diskurse und lokale Bewegungen auf den Anarchismus oder ist er nur eine marginalisierte Szene ohne jeden Rückhalt? Welche Struktur hat die anarchistische Szene zur Zeit global, welche Angebote macht sie und wird sie in absehbarer Zeit wieder zur Bewegung werden? Welchen Weg kann der Anarchismus im weiteren Verlauf des 21. Jahrhunderts gehen und wo wird er möglicherweise ansetzen? Diese Fragen und viele, die sie berühren, werden auf dem anarchistischen Kongress erörtert.
Die Geschichte des Anarchismus hat eine Fülle unterschiedlicher Strukturen hervorgebracht, darunter unterschiedliche Interpretationen des anarchistischen Modells der Föderation, die Organisation in Gewerkschaften und Parteien bis hin zur konsequenten Organisierung in temporären autonomen Zonen, kleinen Projekten und autonomen Affinity-Groups. Welche Form bietet welche Vorteile und ist mit welchen Risiken verbunden? Wie kann sich die anarchistische Philosophie dauerhaft in den gesamtgesellschaftlichen Diskursen etablieren? Zusätzlich bietet der Kongress die Möglichkeit, die Erfahrungen und Arbeitsweisen einzelner anarchistischer Zusammenhänge, Projekte, Gruppen und Föderationen kennenzulernen, sich darüber auszutauschen und Verbindungen zu knüpfen.
Der anarchistische Kongress findet vom **10.-13. April 2009**, zu Ostern, in Berlin statt. Räume und Schlafplätze werden organisiert und die genauen Orte kurzfristig bekanntgegeben. Bitte Isomatte, Schlafsack und Hygieneartikel mitbringen. Neben vorbereiteten Beiträgen und Workshops wird parallel ein Open Space durchgeführt.
Nach dem Kongress wird ein Reader herausgegeben, wir bitten um Erarbeitung und Zusendung von Abstracts und Protokollen der Workshops.
Der Fortschritt kann im frei bearbeitbaren Wiki unter www.akongress.org verfolgt werden. Für Anmeldungen bitte an Akongress09@gmx.de mailen.

FRAUEN/LESBEN

Autonom-Feministisches FrauenLesbenTreffen
Zum ersten Mal findet in Österreich ein europaweites FrauenLesbenTreffen statt bei dem Feministinnen aus verschiedenen Ländern zusammenkommen, um sich über Theorie und Praxis in der autonomen Frauen- und Lesbenbewegung auszutauschen.
Anknüpfend an das europaweite FrauenLesbenTreffen in Freiburg (Deutschland) im vergangenen Jahr organisiert eine Gruppe von Feministinnen in Wien ein nächstes Treffen für Ostern 2009. »Wir wollen feministische FrauenLesben aus verschiedenen Ländern kennenlernen, die sich in unterschiedlichen Kämpfen gegen Sexismus, Rassismus, Homophobie, Kapitalismus, Faschismus, Patriarchat bewegen. Wir wollen uns zu radikal-feministischer Theorie und Praxis austauschen und gemeinsam Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten diskutieren. Zusätzlich wollen wir in Workshops unsere praktischen Fähigkeiten erweitern und Aktionen vor Ort setzen.«
Bei diesem sechstägigen Treffen wird es neben Arbeitskreisen zu verschiedensten Themen – wie z.B. Frauenbewegungsgeschichte, Feministische Gegenöffentlichkeit, Alternative Beziehungsformen, Lesben und Alter, Abtreibung, Pornographie, Radikalfeminismus versus Queerfeminismus, Antirassismus, Prekariat und Ökonomie, Krieg und Militarisierung – auch praktische Workshops geben und außerdem Filmscreenings und Ausstellungen.
Für die gesamte »D.I.Y.«-Veranstaltung gilt, sie ist selbstorganisiert, basisdemokratisch, partizipativ und setzt auf die aktive Beteiligung aller Teilnehmerinnen.
Hauptveranstaltungsort ist dabei das »FZ-autonom-feministisches FrauenLesbenMädchenZentrum« in Wien, ein seit 1980 bestehendes Zentrum in Selbstverwaltung von und für Frauen, Lesben und Mädchen.
Aufgrund der bisherigen Reaktionen werden derzeit etwa 200 bis 500 Teilnehmerinnen erwartet. Darunter auch viele aus Ost- und Südosteuropa und der Türkei.
Das FrauenLesbenTreffen möchte »an feministische Kämpfe, Erfahrungen, Analysen, Träume und Visionen anknüpfen. Wir wollen über gesellschaftliche Verhältnisse nachdenken und Gewalt- und Ausbeutungsverhältnisse ins Wanken bringen.« Frauen, die einen Workshop, Austausch oder eine Diskussion machen wollen, werden gebeten, ihre konkreten Vorschläge sobald als möglich zu schicken. Genereller Anmeldeschluss für die Teilnahme am Treffen ist der 28. Februar 2009.
Termin: 9.-14.4.2009, Wien
Infos & Kontakt:
feministeurope@wolfsmutter.com
http://feministgathering.wolfsmutter.com

JUNGE LINKE

Marxismus-Leninismus an der Macht
Sieht mensch von den kümmerlichen Überresten in China, Nordkorea und Kuba ab, so fällt unmittelbar auf: Der real existierende Sozialismus gehört der Vergangenheit an. Und da landläufig vergangene Formen gesellschaftlichen Lebens gleichzeitig ein Beleg ihres notwendigen Endes sind, ist es ein leichtes, den Kapitalismus gegen alle linke Kritik mit einem kurzen Hinweis auf die Geschichte zu immunisieren. Die Unterstellung, aller Kommunismus müsse immer in Überwachungsstaat, Massenvernichtung und materiellem Elend enden, liegt da auch nicht mehr fern.
Damit wird die Geschichte zum politischen Totschlagargument für alle, die es nicht besser wissen (wollen). Wer sich mit diesen Binsenweisheiten nicht zufrieden geben will oder seine eigene politische Position ständig durch diese scheinbar unwiderlegbaren Resultate des Geschichtsverlaufs angefochten sieht, sollte sich ein paar Gedanken mehr zu den historischen Formen des Kommunismus, ihren Inhalten und Bedingungen machen. Dass die Gründe seines Scheiterns bzw. der Verlauf seiner Entwicklung nicht nur in der so genannten Menschennatur zu finden sind, kann mensch – auch ohne Kommunist zu sein – zumindest vermuten.
Was waren also die Ereignisse der Oktoberrevolution in Russland? Warum gelang es Lenin und Konsorten in Russland das gesamte Land tatsächlich umzukrempeln? War dabei der Tod von Millionen bereits in ihrem Programm angelegt oder schon durch das Wesen des Kommunismus vorherbestimmt? Wie sah denn diese besondere Planwirtschaft aus, die nicht nur, aber ganz schön viel Mangel produzierte? Und in welchem Verhältnis stehen Theorie und Praxis des (ehemals) real existierenden Sozialismus zu einer heutigen Kapitalismuskritik? Also, wenn Du Lust hast, mit zu diskutieren: anmelden und vorbeischauen.
Termin: 20.-22.2.09 bei Bremen
Information & Anmeldung:
junge linke, Postfach 91 04 29,
30424 Hannover
☎(05 11) 838 62 26
info@junge-linke.de
www.junge-linke.de

ATTAC

Ist der Kapitalismus am Ende??
Finanzkrise, Wirtschaftskrise, Energiekrise, Umweltkrise. Schafft der Kapitalismus sich selber ab? Mit dem größten Crash an den Finanzmärkten seit der Weltwirtschaftskrise 1929 ist das Modell des Finanzmarktkapitalismus kollabiert. Die Weltwirtschaft rutscht in die Rezession. Weltweit werden Billionen an Steuergeldern aufgebracht, um taumelnde Konzerne zu retten. Zugleich leben 3,1 Milliarden Menschen in Armut, davon 1,4 Milliarden unterhalb der absoluten Armutsgrenze. Die Klimaerwärmung beschleunigt sich, die fossilen Energien werden knapp. Immer mehr Menschen reiben sich die Augen und fragen, ob ein Wirtschaftssystem, das solche katastrophalen Krisen hervorbringt, wirklich »das Ende der Geschichte« sein kann und fragen sich auch, wie es weitergehen soll?
Let's talk about capitalism!
Es ist an der Zeit, über den Kapitalismus zu reden – und über Alternativen. Welches sind die Verhältnisse, die wir verändern wollen, und welche Ansätze gibt es dafür? Was könnte an die Stelle des Kapitalismus »wie wir ihn kennen« treten? Mit diesen Fragen beschäftigen wir uns auf dem Attac Kapitalismuskongress. Wir wollen neue gesellschaftliche Perspektiven entwickeln, Widersprüche begreiflich machen und an politischer Handlungsfähigkeit gewinnen.
Nicht nur eine andere Welt ist möglich, sondern verschiedene Modelle gelten als Alternative zum (finanzmarktdominierten) Kapitalismus. Wir wollen die verschiedenen theoretischen und praktischen Suchbewegungen diskutieren: offen, kritisch und achtsam, weil niemand ein perfektes System in der Tasche hat.
Was alle betrifft, muss auch von allen diskutiert werden. Am Attac-Kapitalismuskongress sollen sich alle beteiligen, die mit ihrem Unbehagen und ihrer Kritik nicht daheim bleiben wollen. Wir wollen Orientierung bieten und ernsthafte Auseinandersetzungen, an denen man Spaß hat. Zwischen verschiedenen Gruppierungen und aus unterschiedlichen Blickwinkeln sollen neue Erkenntnisse erwachsen – der Austausch zwischen kritischen Geistern aus der Wissenschaft und aus der Praxis sozialer Auseinandersetzungen hilft dabei.
Termin: 6.-8.3.2009 in Berlin (TU)
Mehr Infos:
www.attac.de/kapitalismuskongress

KONGRESSVORSCHAU

Vierter McPlanet.com Kongress
Gegenwärtig erleben wir die wahrscheinlich heftigste Krise der Globalisierung: Die Weltwirtschaft ist massiv im Umbruch. Die globalen Finanzmärkte sind ins Wanken geraten, eine weltweite Rezession droht. Zugleich verschieben sich die weltwirtschaftlichen Gewichte: China und Indien haben das westliche Wirtschafts- und Konsummodell übernommen, rasches Wachstum paart sich dort mit krasser sozialer Ungleichheit und bedrückender Umweltzerstörung. Derweil geht in Europa und den USA die Angst um vor dem Verlust von Arbeitsplätzen und Absatzchancen an die neuen Konkurrenten, ökologische Standards geraten zunehmend aus dem Blickfeld.
Durch den Nachfrageschub aus Asien, Spekulation und ein falsches Wirtschaftsmodell schießen die Preise für Nahrung, Öl und andere Rohstoffe in die Höhe. Das Ende des billigen Öls ist in Sicht, eine globale Energiekrise steht am Horizont. Wasser wird knapp, die Meere sind überfischt. Und parallel werden die Auswirkungen des Klimawandels immer deutlicher spürbar.
All dies macht deutlich: »Business as usual« ist keine Option, und weit mehr als Kosmetik ist nötig, um die anstehenden Probleme zu bewältigen. Vom **24.-26. April 2009** wird in Berlin zum vierten Mal der McPlanet.com-Kongress stattfinden und echte Alternativen und Lösungen zu den Krisen der Globalisierung diskutieren. McPlanet.com stellt unbequeme Fragen, sucht Antworten und bringt in über 100 Veranstaltungen Aktive aus Umwelt- und globalisierungskritischer Bewegung, aus Politik, Kirche und Kultur, aus Wirtschaft und Wissenschaft zusammen, um über Globalisierung und Umwelt zu diskutieren und zu informieren.
Wieder werden namhafte ReferentInnen dazu beitragen. So haben beispielsweise der indische Ökonom Jagdish Bhagwati, Wirtschafts- und Politikprofessor an der Columbia University, der Schriftsteller Ilija Trojanow und Christiane Grefe, Journalistin (Die Zeit) und Mitautorin von »Der Globale Countdown« bereits zugesagt.
Termin: 24.-26. April 2009
Ort: Technische Universität Berlin
Mcplanet.com 2009 ist ein gemeinsamer Kongress von Umwelt- und globalisierungskritischer Bewegung und wird gemeinsam von Attac, dem BUND, dem Evangelischen Entwicklungsdienst, Greenpeace und der Heinrich-Böll-Stiftung in Kooperation mit dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie veranstaltet.
Info: www.mcplanet.com

BUKO

Der BUKO32 ist in Lüneburg
Die Uni gesichtet, der Asta engagiert, die Vorbereitungsgruppe lernt sich kennen: Der BUKO-Vorbereitungsprozess ist im vollen Gange! Trotz Finanzkrise und wenig Geld in der BUKO-Kasse freuen wir uns auf den 32. Kongress der Bundeskoordination Internationalismus in Lüneburg.
Damit sich auch viele Zeit nehmen, wollen wir jetzt schon an den Termin erinnern. Der Kongress findet an dem traditionellen BUKO-Wochenende rund um Himmelfahrt statt und zwar vom 21.-24. Mai 2009. Als Themen sind Bildung, Klima/Gesellschaftliche Naturverhältnisse und die globalen Auswirkungen der Finanzkrise in der Diskussion. Der Vorbereitungsprozess ist ein offener. Interessierte sind herzlich willkommen, sich zu beteiligen.
Kontakt: mail@buko.info
www.buko.info

MEDIEN

Konjunktur für Bürgermedien?
2009 bietet die Linke Medienakademie [LiMA] zum sechsten Mal ihren Kongress für engagierte Bürgerinnen und Bürger mit einem umfangreichen Programm rund um Bürgermedien – Presse, Radio, TV, Internet – an. Vier Tage vollgepackt mit Vorträgen, Diskussionen, Ausstellungen, Workshops und Exkursionen.

Insgesamt werden 120 Veranstaltungen mit mehr als 85 ReferentInnen unter dem Motto »Debatte, Networking und Weiterbildung« vom **5. bis 8. März 2009** in Berlin durchgeführt. Es werden mehrere hundert Teilnehmende erwartet.

Bereits die fünfte »Akademie für linke MedienmacherInnen« brachte im März 2008 mehr als 300 Akteure zusammen, die zu Zweidritteln nicht Mitglied der Linken waren, sondern aus Gewerkschaften, Initiativen und Bündnissen wie attac kamen.

Diskussionen, Fachvorträge, Workshops, Intensiv-Kurse, Exkursionen, Lesungen, Ausstellungen und genügend Möglichkeiten für abendliches Networking werden angeboten. Die Akademie ist anerkannte Veranstaltung der politischen Bildung sowie der beruflichen Weiterbildung nach dem Berliner Bildungsurlaubsgesetz.
»Die Mischung Weiterbildung auf dem Niveau von Journalistenschulen, politische und medienpolitische Debatten sowie das abendliche Gespräch unter Kollegen kommt sehr gut an«, erklärte LiMA-Geschäftsführer Christoph Nitz bei der Präsentation des Programms.

Weitere Informationen, das Programmheft zum Durchblättern und Anmeldung unter www.linke-medienakademie.de/

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg